

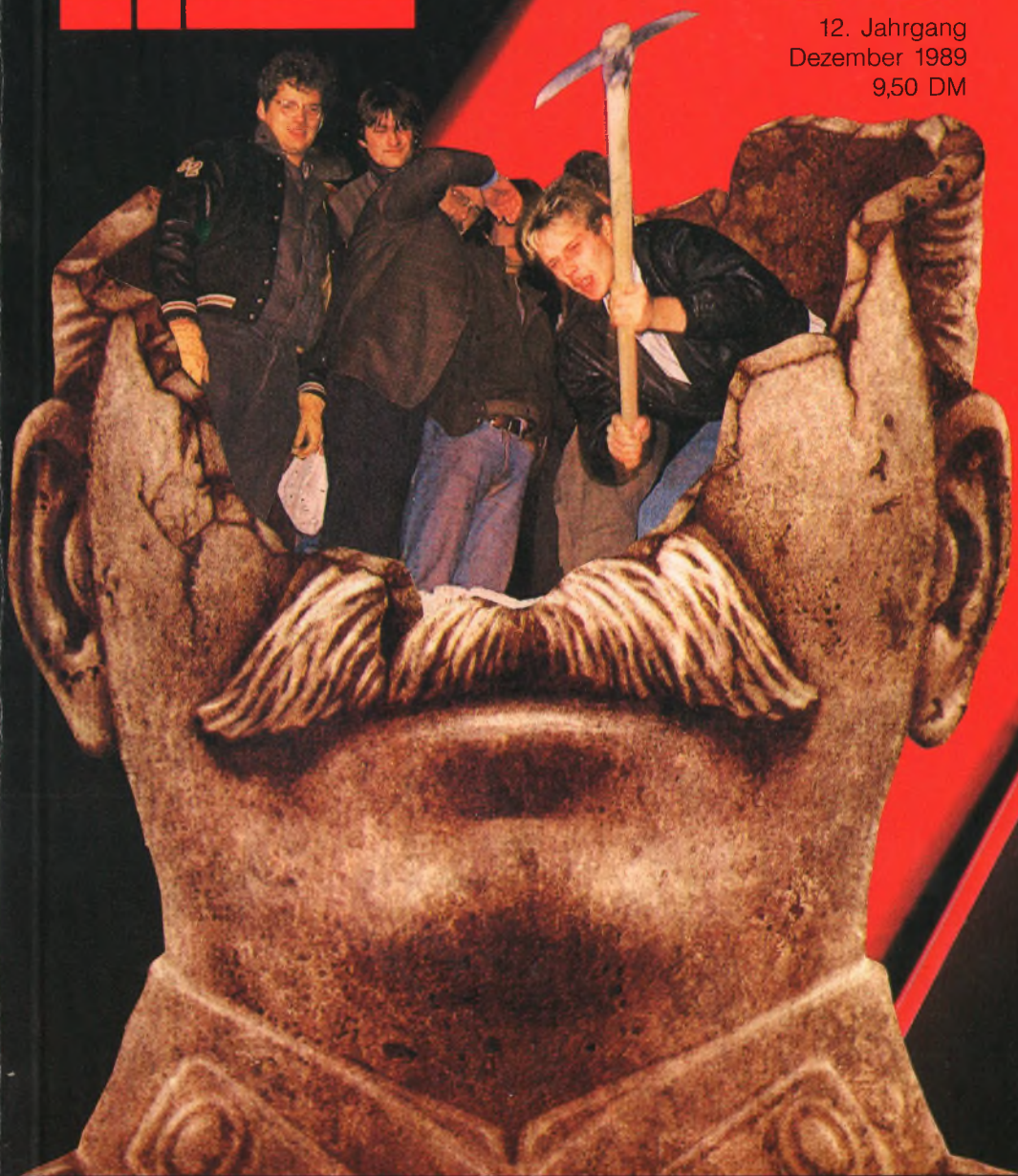
Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

A 5361 F

spw

50

12. Jahrgang
Dezember 1989
9,50 DM



Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Werbung: Michael Karnatz

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.
Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.
Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1989.

Die spw erscheint 1989 in 6 Hefen mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Abzahlungen ausschließlich auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Editorial	483
In eigener Sache: Umbau spw 1990	485
Bonner Tagebuch	487

Sozialistische Länder

Frank Heidenreich und Andreas Westphal DDR: Demokratischer Sozialismus oder Anschluß	489
Detlev Albers Annäherungen an die »deutsche Frage«	494
Walter Momper Die zweite erfolgreiche Revolution in Deutschland Rede des Regierenden Bürgermeisters vor dem Rathaus Schöneberg in Berlin/West am 10. November 1989	499
Carl Chung Sozialistische Polemik über den Sozialismus und seine Perspektive	502

Rechtsradikalismus

Joachim Günther Wie umgehen mit den Republikanern? Zehn Monate Parlamentserfahrung in Berlin/West	515
Silvia Rosendahl Die »Republikaner« in Nordrhein-Westfalen Eine Analyse der Ursache ihres Erfolges vor dem Hintergrund der Kommunalwahlen	518

Frauenbewegung

Katharina Gröning Love is in the air ... Zur Kritik der aktuellen Auseinandersetzung in der Frauenbewegung mit einem ewigen Thema	525
---	-----

Fortschritt '90

Frieder Otto Wolf Fortschritt in die Sackgasse! Zur Kritik des »Fortschritt 90«-Konzepts	531
Michael Krätke Mit Öko-Steuern steuern?	535

Eurolinke

Matthias Machnig

New Times

Konferenz von *Marxism Today*, 27. bis 29.10.1989 in London

547

Bundesdeutsche Linke

Bernd Biehl

Nach der Ebene die Berge

Bericht vom Erneuerungskongreß

551

Sozialdemokratie

Tom Janssen

Signal für ein neues Klima

Zum Parteitag der Hamburger SPD am 10./11. November

554

Gewerkschaften

Klaus Peter Kisker

Lehrstück Demokratie

Der Gewerkschaftstag der IG Metall vom 22. bis 28.10.1989
in Berlin/West

557

Aussiedlerpolitik

Gert Wartenberg

Wie weiter mit der Aussiedlerpolitik?

Welche Veränderungen sind rechtlich möglich

561

Besprechungen

Stuart Hall: Ausgewählte Schriften (*Ch.Ujma*)

564

Dowe, Dieter, und Kurt Klotzbach (Hrsg.): Kämpfe- Krisen — Kompromisse.
Kritische Beiträge zum 125jährigen Jubiläum der SPD (*J.Blume*)

566

Über die Autorinnen und Autoren

570

Jahresinhaltsverzeichnis 1989

571

Editorial

Deutschland im Herbst.

9. November. 1918. Matrosen, Soldaten, Arbeiter erheben sich. Revolution.

1989. Menschen schwingen sich auf ihr Fahrrad, steigen in ihre Trabis, gehen zu Fuß. Nach Westen. Es gibt keine Kontrollen. Sie ziehen zum Ku'damm. Sie feiern. Es gibt Sekt.

10. November. Der Ku'damm ist überfüllt. Händler ärgern sich über die *Blauen*, die sie nicht wechseln können. Glückliche DDR-Bürger ziehen mit Cola-Büchsen den Tauentzien entlang.

Rathaus Schöneberg. Der Regierende redet. Wiedersehen, nicht Wiedervereinigung. Die Menge ist begeistert. Der Kanzler redet. Man versteht seine Worte nicht. Sie gehen unter im Pfeifen. Einige Menschen versuchen, das Deutschlandlied anzustimmen. Sie kommen nicht durch. Die Menschen wollen nicht singen. Dieses Lied nicht.

13. November. Die *Tagesthemen* werden heute aus Leipzig moderiert.

18. November. Volkskammersitzung. Ab 9.00 Uhr. Übertragung. Live. In Ost und West. In ARD und DDRI.

19. November. Leipzig. Wie seit Wochen sind montags wieder Hunderttausende auf der Straße. Wieder fordern sie freie Wahlen, Pressefreiheit. Aber diesen Montag sind neue Töne dabei. Einige fangen an, die DDR-Hymne zu singen, nicht mehr nur zu summen. Auf Transparenten steht *Deutschland einig Vaterland*.

Deutschland im Herbst.

Der Wirtschaftsteil der *FAZ*, seit Tagen gefüllt mit Analysen und Berichten. Analysen der Produktionsstruktur in der DDR, des dortigen Süd-/Nord-Gefälles.

In der ARD wird Egon Krenz von Fritz Pleitgen eine dreiviertel Stunde interviewt und in die Mangel genommen.

Das *Neue Deutschland* ist seit Wochen um 6.00 Uhr ausverkauft. In Ost-Berlin. Auch in West-Berlin bekommt man es nach einer Viertelstunde nicht mehr.

Deutschland im Herbst 1989.

Umbruch. *Sanfte* Revolution. Offene Situation. Quo vadis? *Was tun?*

Den Werbungen des starken großen Bruders im Westen nachgeben? Sich die angebotene Schokolade ins Maul stopfen und auf die Selbstbestimmung verzichten?

Die Freiheit im Parlament nehmen, aber die gerade aufgestoßene Tür zur Betriebsleitung wieder zuschlagen lassen?

Oder es doch versuchen? Wenigstens im kleineren Teil Deutschlands das Wagnis eingehen? Den Sozialismus versuchen? Diesmal nicht als Importware. Diesmal: »Das Volk sind wir!« Diesmal keine Erziehungsdiktatur. Diesmal erziehen sich die Massen selbst. Es gibt hier keinen Gorbatschow. Die Menschen sind auf sich verwiesen. Ist dies nicht eine Chance? Kein Vertrauen auf große Männer. Das DDR-Volk vertraut nur noch sich selbst.

Die neue Freiheit erfordert Entscheidungen.

Den Golf aus dem Westen oder den ökologischen Umbau?

spw beschäftigt sich in vier Beiträgen mit dem Umbruch im Osten. *Carl Chung* diskutiert die weltweiten Chancen des Sozialismus. Ist er schlechthin gescheitert oder nur ein bestimmtes Modell? Befindet er sich auf einem strategischen Rückzug? Sammelt Kräfte? Eines ist für Chung allerdings klar: Ein Zurück zum alten zentral-administrativen Staatssozialismus wird es nicht geben. Und wie das Neue aussehen wird, hängt auch von uns ab.

Detlev Albers fragt nach den deutschlandpolitischen Perspektiven, die sich aus der neuen Situation ergeben. Im Unterschied zu anderen Perestrojka-Ländern stimmen weder »in Deutschland-Ost noch in Deutschland-West die Grenzen der Nation mit jenen des Staates« überein. Albers hält nichts von Wiedervereinigungsgeschwafel, aber auch nichts davon, die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander als die zwischen 'normalen' Staaten zu begreifen, denn: »Dort, wo sich die Annäherung wie zwischen den Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik als ein Prozeß erweist, der nicht nur auf europäischem, sondern auch auf nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl beruht, dort müssen ihm auch eigene Ausdrucksmöglichkeiten eingeräumt werden.«

Ähnlich argumentieren *Frank Heidenreich* und *Andreas Westphal*. So optimistisch die ersten Erfolge der demokratischen Volksbewegung stimmen mögen — mittelfristig und vor allem ökonomisch ist Skepsis angebracht, was die Perspektiven eines Sozialismus »in den Farben der DDR« und damit ihre Stabilität als Staat betrifft. Sie fragen, ob die Linke hierzulande darauf vorbereitet ist.

Wir dokumentieren ferner die Rede von *Walter Momper* am 10. November vor dem Schöneberger Rathaus. Es war eine Rede der Freude und der Warnung, die er vor begeisterten Menschen aus Ost und West hielt. Der Freude über das Wiedersehen nach 28 Jahren Mauertrennung und gleichzeitig die Warnung vor Wiedervereinigungsillusionen.

* * *

18. November. Westberlin. Ich sitze in der überfüllten U-Bahn. Voll von DDRlern, Wessis und Berlinern. Vier Hertha-Fans mit Jeansklamotten steigen ein. Sie haben Bierflaschen dabei. Schauen sich um. Sie singen: *Ein Tag so wunderschön wie heute*. Sie skandieren: *Hipp, Hipp, Hurra*. Sie brüllen: *Walter Momper — schwule Sau*. Sie singen. Diesmal das Deutschlandlied. Zunächst die erste Strophe. Dann auch die dritte. Ich höre Wortfetzen. REPs sind auch dabei. Einer setzt sich neben mich. Sie schauen sich um. Aggressiv. Erwartungsvoll. Worauf warten sie? Daß jemand reagiert. Damit sie Grund haben, reinschlagen zu können. Ich fühle mich eingeschnürt. Beklemmung. Bin froh, daß ich aussteigen kann.

Auch dies. Deutschland im Herbst 1989.

Rosendahl analysiert die beängstigenden Wahlerfolge der Republikaner bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen. Keine Chancen hatten sie dort, wo gesellschaftliche Kämpfe stattfanden wie in Hattingen oder Rheinhausen oder die Linke konsequente Aufklärungsarbeit leistete wie in Mühlheim. »Fazit: Das eigene Handeln feigt gegen Interessendelegation an den 'starken Mann' und macht für die SPD empfänglich.«

Seit einem dreiviertel Jahr sitzen die REPs im Berliner Abgeordnetenhaus. Der Abgeordnete *Joachim Günther* schildert seine Parlamentserfahrungen. Wie umgehen mit den REPs? Ignorieren? Auseinandersetzen? Aber wie? Ohne sie 'hoffähig' zu machen? Zwei Grundmuster beobachtet er in der derzeitigen politischen Auseinandersetzung mit den REPs. Während die einen »die REPs als Parlamentsfraktion nicht 'wahr'-haben wollen, gibt es auf der anderen Seite Mutlosigkeit bei der offensiven Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsradikalismus.« Dagegen schlägt er ein politisches Programm vor, daß Perspektiven für die 'zu-kurz-Gekommenen' in unserer Gesellschaft eröffnet. Und das polarisiert. »In einer polarisierten Auseinandersetzung verlagert sich die Diskussion über den Rechtsradikalismus in die gesellschaftliche Rechte und zwingt die Konservativen (CDU/CSU) zur Definition gegenüber dem organisierten Rechtsradikalismus.«

Jürgen Blume

In eigener Sache: Umbau *spw* 1990

Ab 1. Januar 1990 werden Verlag und Redaktion ihren Sitz in Köln nehmen. Über zwölf Jahre und 50 Ausgaben hinweg ist es gelungen, die *spw* als eine Zeitschrift der linken Sozialdemokratie und als Forum verschiedener sozialistischer Optionen zu sichern und weiterzuentwickeln. Sie entstand 1978 als ein Projekt vor allem marxistischer Jusos, zur gleichen Zeit wie die erste Fassung der *Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD* und unter außerordentlich schwierigen politischen Bedingungen (Ausschluß des Juso-Bundesvorsitzenden Klaus-Uwe Benneter aus der SPD 1977), die sich erst im Laufe der achtziger Jahre veränderten.

Heute spielen marxistisch orientierte Genossinnen und Genossen in vielen Parteibezirken, bei den Jusos und in verschiedenen Politikfeldern der SPD eine anerkannte Rolle. Unter ihnen sind manche, die sich unserer Zeitschrift sehr verbunden fühlen. Dabei war die *spw* in ihrem Selbstverständnis immer mehr als das »Organ« einer bestimmten Juso- oder Parteiströmung, sie war und sie bleibt ein Diskussionsangebot an die gesamte sozialistisch orientierte Linke. Und dieser Anspruch konnte gerade in den letzten Jahren zunehmend eingelöst werden. Die Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, über die Traditionen marxistischer Sozialdemokraten, die Debatten um rot-grüne Perspektiven, über das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften sowie über das neue Parteiprogramm zählen zu den Stärken der Zeitschrift.

Dies »paßt« durchaus zu den laufenden Veränderungen in der Linken, hin zu einer stärker sozialistisch profilierten SPD-Linken, die im Zuge der »Lafontaine-Debatte« entstanden ist, aber auch zu den Umgruppierungsprozessen sozialistischer Kräfte außerhalb der SPD. So steht unser Projekt *spw* vor der Aufgabe, bisherige Erfahrungen fortzuführen und die neuen Chancen zu nutzen und zu fördern, die sich aus diesen Umgruppierungen ergeben.

Es geht darum, die schon erreichte inhaltliche Bandbreite der *spw* besser zu nutzen und das inhaltliche Profil weiterzuentwickeln. Nun verbreitet sich immer mehr die Rede vom »historischen Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus«. Sie findet ihre Nahrung vor allem in der Krise des sogenannten realen Sozialismus, meint aber das sozialistische Projekt einer umfassenden Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft überhaupt. Und wir müssen feststellen, daß diese Redeweise auch die Linke beeinflusst, zumindest aber verunsichert. Wir sehen es daher als eine unserer wichtigsten Aufgaben an, mit Hilfe der *spw* ein zeitgemäßes Profil des sozialistischen Projekts zu fördern, gewissermaßen in eine neue Sozialismus-Debatte einzutreten. Sie soll sich aber nicht im luftleeren Raum bewegen: Entscheidend sind die Bezüge zu den

notwendigen Reformprojekten in den achtziger Jahren, die noch stärker in unserer Zeitschrift erörtert werden sollen.

Mit dieser Verbindung von Sozialismus-Debatte und Reformprojekten wollen wir Beiträge für eine Re-Formierung der Linken in unserem Land liefern. Als Zeitschrift im sozialdemokratischen Spektrum liegt uns dabei natürlich die Entwicklung der SPD besonders am Herzen: Jenseits überkommener Grabenkriege aus den siebziger Jahren sehen wir die Chance für eine selbstbewußte, sozialistisch profilierte Linke in der SPD. Für diese Chance will die Zeitschrift ebenso eintreten wie für den Meinungs austausch innerhalb der europäischen Linken (in Ost und West).

Welche Veränderungen sollen nun im Jahre 1990 vorgenommen werden?

1. Unsere Zeitschrift soll noch stärker mit den politischen Prozessen und Diskussionen in der Bundesrepublik verknüpft werden und den kontinuierlichen Austausch mit den verantwortlichen Kräften der Linken innerhalb und außerhalb der SPD suchen. Deshalb haben wir uns für den Umzug von der Spree an den Rhein entschieden.
2. Für unsere Entwicklung in den neunziger Jahren soll die personelle Basis der Redaktionsarbeit erneuert und erweitert werden. Vor allem aus den Reihen der (nordrheinisch-westfälischen) Jusos haben sich Genossinnen und Genossen zum Einstieg in unser Projekt bereit erklärt. Gesucht werden auch darüber hinaus aktive Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.
3. Die Zeitschrift soll in Zukunft als politisch-theoretisches Magazin geführt werden. Dies bedeutet nicht nur ein verändertes Format, sondern auch eine stärkere Vielfalt zwischen politischen »Service«-Funktionen und theoretischen Debatten. »Magazin« heißt nicht, daß wir zur Illustrierten werden: Im Vordergrund bleibt die inhaltliche Aussage.
4. Die neue *spw* soll mit ständigen Rubriken arbeiten, die sich nicht an einzelnen Themen, sondern an bestimmten Aufgaben festmachen:
 - Der jeweilige Heftschwerpunkt wird mit Hilfe von *Reportagen und Interviews* bearbeitet. Die erforderlichen journalistischen Kapazitäten und Qualitäten sollen schrittweise aufgebaut werden.
 - In Anlehnung an den Heftschwerpunkt soll jeweils ein gesonderter *Innenteil* (»special«) geschaffen werden. In ihm sollen Reformfelder der kommenden Jahre übersichtlich aufbereitet werden. Es ist daran gedacht, für diesen Teil Zusatzaufgaben zu machen.
 - Der größte Teil des Heftes bleibt der *inhaltlichen Debatte* vorbehalten, die sich vor allem um die Eckpunkte einer zeitgemäßen sozialistischen Politik drehen soll. Wie schon bisher, soll den politischen Kräften in der BRD besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.
 - Dies wird durch *Nachrichten und Korrespondenzen* ergänzt, die vor allem Entwicklungen in der Sozialdemokratie und den Parteigliederungen sowie den Arbeitsgemeinschaften transparent machen sollen.
 - Natürlich werden weiterhin *aktuelle Vorgänge* kommentiert. Über unterschiedliche Formen (Glosse, Tagebuch usw.) wird noch nachgedacht.

Es bleibt bei sechs Ausgaben pro Jahr bei vergrößertem Format und entsprechend reduzierter Seitenzahl (ca. 360 Seiten). Freiverkaufs- und Abopreis werden angeglichen, d.h. das Abo kostet auch in Zukunft 51 DM (incl. Porto), für Nicht-Erwerbstätige allerdings nur noch 42 DM (incl. Porto). Der Einzelverkaufspreis beträgt zukünftig nur noch 7,50 DM. Wir hoffen, damit auch von der finanztechnischen Seite die weitere Entwicklung unsere Zeitschrift fördern zu können. Genauso wie beim Aufbau der bisherigen *spw* und bei den ersten 50 Heften gilt bei unserem neuen Anlauf auf die nächsten 50 Hefte: Das A und O ist die Unterstützung und die Werbung durch unsere Leserinnen und Leser!

Bonner Tagebuch

17. Oktober 1989. Oskar, die (das) Letzte. Ehrenwort, ich laß ihn jetzt in Frieden. Nicht aus neuer oder besserer Einsicht, sondern weil's auch das letzte Tagebuch dieser Art ist und Ihr Euch auf eine runderneuerte *spw* freuen sollt. Vielleicht geht ihm dann ja jemand anderes ans Leder. Mir jedenfalls war es einige Wochen lang nicht ganz einsichtig, warum die SPD-Führung bei »Fortschritt '90« zwar pausenlos von Energiesteuern, aber überhaupt nicht mehr über Massenarbeitslosigkeit redete. Nahezu ungestraft konnte Arbeitgeberminister Hausmann vom »leergefegten Arbeitsmarkt« tönen. Dem *Stern* war's auch aufgefallen und er fragte unseren Medienstar: »Zum Umweltschutz ist Ihnen einiges eingefallen ... Was die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit angeht, scheint Ihre Phantasie erschöpft zu sein.« Natürlich läßt Oskar so was nicht auf sich sitzen und gibt den ahnungslosen Redakteuren Nachhilfe in sozialdemokratischer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik: »Das ist falsch. Unser zentrales Thema ist die Steigerung der Energieproduktivität. Dies dient der Modernisierung der deutschen Wirtschaft, der Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und damit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.« Na also, sind die spezifisch sozialdemokratischen Prioritäten klar? Die *Stern*-Redakteure zeigen sich bockig, lernunfähig und fast unverschämt: »Das könnten Christdemokraten und Liberale ähnlich formulieren.« Immer diese Rechthaberei ...!

19. Oktober 1989. Wissen und Forschen. Ja, früher, da wurde noch viel gewußt und geforscht. Und dann landet es im Antiquariat, wie dieser Raubdruck von Jürgen Kuczynskis »Die Bewegung der deutschen Wirtschaft von 1800 bis 1946« aus der genannten Reihe Wissen und Forschen, der mir beim Stöbern in Tübingen in die Hände fällt. Da ist viel von Monopolprofitem vor der zyklischen Krise von 1929 bis 1932 die Rede und davon, daß die Monopolisten bis in die Krise hinein die Schaffenskraft des deutschen Volkes dazu benutzen, ihrer Herrschaft eine äußerst solide produktionstechnische Basis zu geben. Und schließlich über die Lage der Großkapitalisten, Monopolisten und Junker in der Krise selbst: »Es ist richtig, sie können zumeist weiter Eier mit Schinken zum Frühstück essen und gute Zigarren rauchen. (Was der Schelm Kuczynski ja bis heute so gerne tut.) Aber schließlich sind ja ihre Profite nicht dazu da, um ihnen einen angenehmen Frühstückstisch zu sichern, sondern ihr Ziel ist die Ausdehnung ihrer wirtschaftlichen Basis, ihrer Machtmittel.« Der frühere Raubdruckbesitzer hat's sich dick angestrichen und mit einem satten »Genau!« versehen. Beispielhafter Ausdruck geballten Bildungshungers und vernichtender Kapitalismuskritik. Der Namenszug weist übrigens einen gewissen Johannes Rau als ehemaligen Besitzer aus. Ob er's selber war oder bloß ein Doppelgänger?

7. November 1989. *Frankfurter Rundschau*. Kurz bevor wir uns mit diesem Tagebuch verabschieden ein letztes Kapitelchen Medienkunde. Heute: Sorgfältiges, unverfälschtes Zitieren. Zur Erinnerung — von Norbert Blüm (»Marx ist tot, Jesus lebt«) bis

Joschka Fischer (»Sozialismus tot, Kapitalismus lebt«) reichte bislang die Liste der Grabredner am Sarg des Sozialismus. Nun fügt die *FR* noch einen hinzu: das Zentralkomitee der PVAP. Sorgfältig in Anführungszeichen gesetzt titelt sie auf der ersten Seite: »Der Sozialismus ist gescheitert«. Aber wieso wollen die sich dann nicht gleich ganz auflösen und ihren Laden verhöckern, sondern bloß — wie der Bericht meldet — eine neue Partei der Linken in Polen gründen? Richtig, ganz so blind waren die doch nicht, haben nämlich etwas differenzierter eingesehen: »Der bislang angewandte Sozialismus hat Bankrott gemacht.« Darüber läßt sich reden, redet man auch in der *FR*, sollte das aber nicht gleichzeitig aus Platzgründen mit knackigen Kurzüberschriften selbst ad absurdum führen.

10. November 1989. *Die Zeit*. Nun muß es doch raus. Ich hab eingangs geflunkert, als ich über die Gründe für das Einstellen dieses Tagebuchs schrieb. Sie liegen doch woanders. Ich hab einfach kalte Füße gekriegt, nachdem ganz offen zutage getreten ist, daß die kleinen Spitzen dieser Kolumne bis in die höchsten Etagen weitergetratscht werden. O.K., wenn mal einer von der »Welt« bei mir abkupferte. Aber das jetzt, der Ex-Kanzler höchstpersönlich, mit einem Dementi auf Seite eins der *Zeit*, und das alles, nur weil ich ihn in *spw* 48 wegen seiner flapsigen Bemerkung vom museumsreifen marxistischen Kommunismus in die schlechte Gesellschaft eines Joschka Fischer gebracht habe?! Sowas möchte ich nicht nochmal verantworten müssen. Ich nehme alles zurück, denn Schmidt stellt jetzt höchstpersönlich richtig: »Der Kommando-Sozialismus hat im Bewußtsein der DDR-Bürger abgewirtschaftet. Aber dies ist kein 'Sieg des Kapitalismus' (Joschka, ich hoffe Dir klingen die Ohren), sondern ein Sieg des Willens zu demokratischer Freiheit.« Und als wär's nicht genug, springt auch noch Peter Glotz im Feuilleton in die Bresche: »Aber wie die Welt in einem Jahrzehnt aussehen wird und welcher Ismus welchen anderen besiegt haben wird, bleibt offen — trotz des aufgeregten Geschnatters der Vereinigung der Kreml-Astrologen.«

Da kann ich mich doch wohl für's erste mal als Kolumnist zurückziehen!

Uli Schöler (Bonn)

Sozialistische Länder

Frank Heidenreich und Andreas Westphal

DDR: Demokratischer Sozialismus oder Anschluß

Bildkalender für 1990 mit dem Foto Erich Honeckers waren bereits gedruckt. Würden sie ausgeliefert, ihr Schicksal wäre gewiß. Immerhin das *Deutsche Historische Museum* erwarb ein Exemplar für seinen Fundus — ein ausstellungswürdiges Sinnbild jener Macht, die immer aufs Neue ängstlich das Versprechen ihrer Ewigkeit gab.

Die wirkliche Geschichte durchlebt Momente ungeheurer Beschleunigung ebenso wie scheinbar endlose Perioden quälender Bewegungslosigkeit. Nach über 15 Jahren im Zeichen des »weiter so« mit einer zunehmend brüchigen Politik der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik kündigte das Volk der DDR seiner Führung die Gefolgschaft. Die Verschmelzung von Partei, Staat und Gesellschaft wurde nicht länger hingenommen. Massenflucht nach draußen und demokratische Massenbewegung daheim erzwangen die *Wende*. Zu lächerlich war die Phrase vom »entwickelten Sozialismus« geworden, zu mächtig die Anziehungskraft des nahen Westens. Seit Mitte der achtziger Jahre lagen die Wachstumsraten des DDR-Nationalprodukts nach DIW-Schätzungen bei etwa zwei statt bei den prognostizierten 4,5 Prozent. Schließlich machte die neue Generallinie der KPdSU, die Politik der Umgestaltung, die alten Zustände in allen RGW-Ländern von Monat zu Monat auch ideologisch unhaltbarer und instabiler. Die Perestrojka mußte doch eines Tages die DDR, Bulgarien, jetzt die Tschechoslowakei erreichen.

Atemberaubend viel hat sich in der kurzen Zeitspanne seit dem Ritual des 40. Gründungstages der DDR am 7. Oktober ereignet. Sicherlich drückten die Szenen an den deutsch-deutschen Grenzübergängen dies am spektakulärsten aus. Reisefreiheit wurde hergestellt, nachdem die alte Partei- und Staatsführung sogar die östlichen und südlichen Grenzen der Republik undurchlässiger gemacht hatte. Nicht minder bedeutsam werden die Reformen des politisch-wirtschaftlichen Systems der DDR sein. Die drei wichtigsten Funktionen im Staatsapparat — die Posten des Staatsratsvorsitzenden, des Präsidenten der Volkskammer und des Vorsitzenden des Ministerrats — wurden neu besetzt. Die SED verlor dabei das einflußreicher werdende Amt des Volkskammerpräsidenten an den Vorsitzenden der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) Günter Maleuda. Ministerrat und SED-Politbüro wurden gezwungen, ihren kollektiven Rücktritt zu erklären — ein in sozialistischen Ländern alten Typs bis dahin einmaliger Vorgang. Obwohl ihre Neuwahl auf einer demokratisch zweifelhaften Legitimationsgrundlage erfolgen mußte, finden sich in beiden Organen nicht nur zahlreiche unbekannte Gesichter, sondern wohl auch einige klüge Köpfe.

Am sichtbarsten ist die *Wende* bisher in den Medien der DDR, vor allem im Fernsehen. Nicht zufällig bildete der Verlautbarungsjournalismus mit seinen Desinformationen aus der »Hauptverwaltung ewige Wahrheiten« (Havemann) ein strategisches Ziel des demokratischen Bürgerprotests. Die Journalisten üben im Verhältnis zu den Politikern

den aufrechten Gang, stellen bohrende und unabgesprochene Fragen. Kundgebungen der Opposition werden vom Fernsehen ungekürzt übertragen, ihre Vertreter für die Nachrichtensendung »Aktuelle Kamera« interviewt.

Der »revolutionäre Aufbruch mit friedlichen Mitteln« (Markus Wolf) erteilt auch außerhalb der DDR eine neue Lektion in (vergessener) marxistischer Theorie: Jenseits aller Haupt- und Staatsaktionen entscheiden in letzter Instanz die Massen. Dagegen vertritt der Staat — auch der sozialistische — mit Konsens stiftenden und repressiven Instrumenten eine »illusorische Gemeinschaftlichkeit« (MEW 3, 33). Theoretiker des wissenschaftlichen Sozialismus, gerade auch Lenin, hatten diese Gesetzmäßigkeiten des Politischen wie kaum andere analysiert und zu nutzen gewußt. Der unter einem wachsenden Realitätsverlust leidenden SED-Führung waren solche Grundeinsichten fremd. Erst die demokratische Volksbewegung mit ihren wöchentlichen Massendemonstrationen in Leipzig und anderswo haben die SED zu einem schnellen Lernprozeß genötigt. Aber es ist zugleich unschwer zu erkennen, daß die SED selber große Potentiale und Kompetenzen umfaßt, die für den Aufbruch des Landes unverzichtbar sind. Die historische Dimension der Entwicklung im anderen deutschen Staat liegt in der Chance, die Spaltung von Demokratie und Sozialismus aufzuheben. Die politische Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialdemokraten und Kommunisten, die antikommunistische und die stalinistische Entgegensetzung von Sozialismus und Demokratie nach 1945 wurde schließlich zu einem wichtigen Faktor der Teilung Deutschlands.

Welchen Einfluß werden die SED und die Massenorganisationen in einer demokratischen politischen Kultur der DDR und in ihrem zukünftigen politischen System haben? Die SED befindet sich in einer tiefen Krise. Eine wachsende Zahl von Mitgliedern macht sich darüber keine Illusionen mehr. Am Ende des außerordentlichen Parteitagess Mitte Dezember werden ein verändertes politisches Programm und ein völlig neues Zentralkomitee stehen; allenfalls ein Viertel der bisherigen Mitglieder werden ihm wieder angehören. Die Parteibasis stellt eindeutig die treibende Kraft bei der Öffnung und der Demokratisierung der SED dar. Ein Risiko liegt in der Tatsache, daß sich — von den Medien bislang nicht beachtet — die Konservativen gegen die Reformbestrebungen in Partei und Gesellschaft zu formieren beginnen. In einer vom Fernsehen der DDR übertragenen Lesung aus seinem Buch »Die Troika« deutete der SED-Reformer Markus Wolf an, daß dieser Widerstand zur Spaltung der SED führen könnte. Eine Abspaltung oder Parteineugründung könnte vom Standpunkt der Erneuerer vor allem dann in Frage kommen, wenn der hauptamtliche Apparat die Veränderung boykottiert. Beunruhigend, keinesfalls überraschend, sind die Mitgliederverluste, besonders unter den jüngeren. Nach der Gründung von parteinahen Jugendorganisationen durch die CDU und die LDPD hat die Freie Deutsche Jugend (FDJ) endgültig aufgehört, ein allgemeiner Staatsjugendverband zu sein. Die Mitglieder werden zu verhindern wissen, daß die FDJ weiterhin als »Kampfeserve der Partei« (FDJ-Statut) fungiert. Eine Selbstauflösung der FDJ scheint nicht mehr ausgeschlossen. Will die SED die Jugend nicht der politischen Konkurrenz überlassen, wird sie einen eigenen Jugendverband schaffen müssen. An den Hochschulen ist dies mit der Gründung des den SED-Erneuerern nahestehenden Sozialistischen Studentenbundes (SSB) bereits geschehen.

Vieles spricht dafür, daß die SED bei den Ende 1990 stattfindenden Neuwahlen zur Volkskammer nicht mehr als 25 Prozent der Stimmen erzielen wird. Ein solches Ergebnis würde zwar ungefähr dem jetzigen Mandatsanteil der SED-Fraktion entsprechen. Nur hängt der reale parlamentarische Einfluß der SED bislang in erheblichem Maße von den Massenorganisationen (FDGB, DFD, FDJ, Kulturbund) ab. Zahlreiche Abgeordnete ihrer Fraktionen besitzen zugleich das SED-Parteibuch und sind damit den Direktiven der SED unterworfen — daher die vielfach erhobene Forderung, künftig nur Parteien die Aufstellung von Kandidaten für die parlamentarischen Vertretungen zu gestatten. Im günstigsten Fall wird die SED nach den Wahlen eine Regierungsbeteiligung erreichen können; ihre »führende Rolle«, seit langem unreal, ist bereits jetzt vor der absehbaren Verfassungsreform unwiederbringlich verloren.

Die bundesdeutsche Linke kann nicht den unbeteiligten Zuschauer der Vorgänge in der DDR abgeben, die über die Aussichten von Demokratie und Sozialismus in ganz Europa mitentscheiden. Die Demokratisierung und eine erfolgreiche Erneuerung des ökonomischen Systems des Sozialismus würden die DDR als Staat in Deutschland stabilisieren. Wie aber, wenn das Projekt der Erneuerung des Sozialismus »in den Farben der DDR« scheitert, weil ihm die Voraussetzungen oder die konsistenten Konzepte fehlen? Klaus von Dohnanyi postuliert: »Wer Politik für Deutschland machen will, muß erkennen: Die Teilung bleibt widernatürlich. Und wer die Chance bekommt, über Widernatürliches zu bestimmen, wird das Natürliche wiederherstellen. *Selbstbestimmung* und *Vereinigung* der beiden deutschen Staaten sind eben nur *zwei Worte für eine Sache*« (Dohnanyi 1989, 49). Widernatürlich ist für Dohnanyi damit auch die Existenz einer sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden, denn diese würde die Koexistenz zweier deutscher Staaten notwendig machen. Dohnanyi begründet seine Auffassung zentral damit, daß die Migration von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik erst dann beendet sein würde, wenn gleiche Lebensverhältnisse in beiden deutschen Staaten existieren, die »am schnellsten sicherlich durch die de facto Vereinigung der beiden Staaten hergestellt« (ebd.) werden könnten. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist für Dohnanyi nur in kapitalistischen Verhältnissen vorstellbar.

Wie Otto Reinhold geht Eppler (1989, 10) davon aus, daß die DDR nur dann überleben kann, wenn sie eine ihren Bürgern einleuchtende Funktion erfüllt. Eine solche Funktion wäre »das Experiment eines poststalinistischen, demokratischen Sozialismus in einem mitteleuropäischen Industrieland. Damit meine ich den Versuch, auf der — verfassungsrechtlich festgeschriebenen — Grundlage des Gemeineigentums an den großen Produktionsmitteln politischen und ökonomischen Wettbewerb freizusetzen.«

Die gegenwärtigen politischen Akteure in der DDR (einschließlich der Oppositionsgruppierungen) klammern das Thema Wiedervereinigung fast vollständig aus. Dies reflektiert sicherlich nicht nur eine taktische Zurückhaltung, sondern einen noch vorhandenen gesellschaftlichen Konsens unter den politisch Aktiven, daß man weiterhin einen vom gesellschaftlichen Modell der Bundesrepublik abweichenden Weg gehen will und eben dazu einen getrennten Staat benötigt.

Bei vollkommen offenen Grenzen ist auf keinen Fall mit einem Abebben der Fluchtwelle zu rechnen, da von einem Andauern und wahrscheinlich sogar von einer Ver-

größerung des Lohndifferentials zwischen beiden deutschen Staaten auszugehen ist. Ein andauerndes Lohndifferential bei offenen Grenzen wäre nur möglich, wenn die Idee, einen demokratisch-sozialistischen Weg in der DDR auch unter Inkaufnahme eines im Vergleich zur Bundesrepublik noch langfristig fortbestehenden Wohlstandsgefälles zu gehen, zur materiellen Gewalt wird, indem sie so viele Köpfe ergreift, daß allein dadurch die Wanderungsbewegung zum Stoppen gebracht wird.

Dies muß allerdings als relativ unwahrscheinlich angesehen werden — vor allem in bezug auf die Segmente der Bevölkerung, deren Arbeitskraft sowohl in der DDR als auch in der BRD relativ knapp ist. Denn diese Knappheit senkt in zweifacher Hinsicht die Migrationskosten: Zum einen können diese Arbeitskräfte in der BRD mit hoher Wahrscheinlichkeit Arbeitslosigkeit vermeiden und zum anderen könnten sie, im Falle der Revision ihrer Migrationsentscheidung, in der DDR mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder einen ihrer Kompetenz angemessenen Arbeitsplatz finden. Letzteres gilt trotz der mit Sicherheit in der DDR im Verlauf der Einführung von Marktmechanismen entstehenden Arbeitslosigkeit. Das Dilemma besteht nun aber darin, daß es sich bei diesen am ehesten zur Auswanderung neigenden Teilen der Bevölkerung gerade um die für den Umbau und die Erneuerung des Produktionsapparates wichtigsten handelt.

Doch die Konsequenzen der Migration sind nicht die einzigen — und noch nicht einmal die schwerwiegendsten — Gründe für die Prognose einer zumindest mittelfristig andauernden Stagnation der DDR-Wirtschaft. Zentral ist die gegenwärtige Konzeptionslosigkeit hinsichtlich des wirtschaftlichen Umbaus, die angesichts der welt-historischen Offenheit der Frage nach der Möglichkeit eines gesellschaftlichen Modells zwischen planwirtschaftlichem Sozialismus und Kapitalismus nicht verwunderlich ist. Es ist anzunehmen, daß zunächst ein pragmatisches angebotspolitisches Konzept praktiziert wird, in dessen Mittelpunkt zum einen eine Preisreform und zum anderen eine Zerschlagung von Angebotsmonopolen stehen dürfte. Es muß nun allerdings auf den Unterschied zwischen einer *Preisreform* (Veränderung der Struktur der relativen Preise bei Beibehaltung des bisherigen Verfahrens der Preisbildung) und einer *Preisbildungsreform* (Herstellung von den Postulaten der liberalen Ökonomie genügenden Allokationsbedingungen) unterschieden werden. Hinter der Frage Preisreform oder Preisbildungsreform verbirgt sich somit die grundsätzlichere Frage nach der gesellschaftlichen Form der Herstellung des allokativen Gleichgewichts.

Eine Beschränkung auf eine Preisreform könnte wahrscheinlich nicht die inhärenten stagnativen Tendenzen der bisherigen Planökonomie überwinden. Im Fall einer Preisbildungsreform könnte zwar eine anhaltende Akkumulationsdynamik in Gang gesetzt werden, diese würde aber einen massiven Preisniveauschub zur Folge haben. Ob er in einen Inflationsprozeß übergeht, hängt davon ab, ob zum einen eine Kontrolle der Nominallöhne gelingt und zum anderen ein Vertrauen in die Wertstabilität der DDR-Mark hergestellt werden kann. Dieser Zusammenhang verweist darauf, daß die Einführung einer marktmäßigen Preisbildung nicht ohne eine radikale Reform des monetären Systems auskommen kann. Hört der Plan auf, die Produktion zu steuern, kann diese Steuerungsfunktion nur durch Geld übernommen werden. Eine Geldsteuerung der Ökonomie kann aber nur unter der Bedingung der Knapphaltung von Geld erfolgen.

Knappheit von Geld ist aber in der DDR nicht gegeben, sondern müßte durch eine Währungsreform hergestellt werden. Eine Währungsreform scheint jedoch gegenwärtig vollkommen illusorisch, da die politische Kraft, die sie vorschlagen würde, sofort einen drastischen Popularitätsverlust hinnehmen müßte.

Solange die wirtschaftspolitische Reformdiskussion in der allgemeinen Phraseologie eines veränderten Plan-/Markt-Verhältnisses steckenbleibt und keine Konzepte zur Auflösung des Strategiedilemmas Stagnation oder Inflation existieren, läuft die Zeit gegen den Sozialismus. In Deutschland ist die Frage der Nation mit der Frage des gesellschaftlichen Systems in einer Weise verknüpft, daß unter den Bedingungen offener Grenzen und des bestehenden wirtschaftlichen Gefälles der Spielraum und der zeitliche Horizont zur Herausbildung eines welthistorisch neuen Entwicklungsmodells dramatisch zusammenschrumpfen.

Die Funktionsbedingungen demokratischer Systeme erfordern, daß neue fundamentale Bedürfnisse der Gesellschaft oder von Teilen der Gesellschaft (zumindest längerfristig) von existierenden oder gegebenenfalls auch von neuzubildenden politische Formationen artikuliert werden. Sollte der sich jetzt abzeichnende Fahrplan der DDR für politische Reformen eingehalten werden, so wird — in einem Szenario der Stagnation oder in einem Szenario der Inflation der DDR-Wirtschaft — eine politische Formation in der DDR, die den Kapitalismus (in der Benennung als »soziale Marktwirtschaft«) auf ihre Fahnen schreibt, nicht lange auf sich warten lassen. Spätestens in dieser Situation wird die durch die (reale oder vermeintliche) Attraktivität des »Modell (West-) Deutschland« induzierte Wiedervereinigungsdiskussion vom Unthema zum zentralen Thema der DDR-Innenpolitik. In der DDR-CDU formieren sich unter der Führung von Johannes Kübler, dem wirtschaftspolitischen Berater des Vorsitzenden der DDR-CDU, bereits Kräfte, die planwirtschaftliche Modelle endgültig verabschieden und einen Wirtschaftsverbund mit der Bundesrepublik eingehen wollen (FAZ vom 27.11.1989). Noch sind diese Kräfte in der Minderheit — angesichts der auch in dieser Partei überfälligen Erneuerung muß aber mit der baldigen »marktwirtschaftlichen Wende« in der Programmatik gerechnet werden.

Angesichts dieser Perspektiven täte die bundesdeutsche Linke gut daran, sich strategisch auf die Möglichkeit einer Mehrheitsentscheidung des DDR-Volkes für einen deutschen Einheitsstaat vorzubereiten. Entgegen einer weitverbreiteten linken Auffassung, die eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Einigung denken kann und sich deshalb gegen das »Wieder« der Wiedervereinigung verwahrt, kann gerade nicht davon ausgegangen werden, daß das Volk der DDR — sollte die Option eines poststalinistischen demokratischen Sozialismus scheitern — auf Europa wartet. Dies gilt um so mehr, als die Entwicklungen in der DDR und die damit zusammenhängenden Strategien der Bundesrepublik selbst die westeuropäische Integration nicht gerade beschleunigen werden.

Literaturverzeichnis

- Dohnanyi, Klaus von, 1989: Wiedervereinigung: Konflikt zwischen Kopf und Bauch? In: *Stern* vom 16.11.1989
Eppler, Erhard, 1989: Ist die DDR noch zu retten? In: *Die Zeit* vom 24.11.1989
MEW 3: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke, Band 3. Berlin/DDR (hier: Deutsche Ideologie)

Detlev Albers

Annäherungen an die »deutsche Frage«

I

»Ist die DDR noch zu retten?« — fragt Stefan Heym im Oktober 1989.¹ Und er begründet sein »Ja, trotz alledem« mit einer Gegenfrage: »Soll denn das noble Experiment des Sozialismus hier im Herzen Europas, nur weil es so lange mit unzulänglichem Gerät und falschen Zutaten probiert wurde, so gänzlich aufgegeben werden?« Im fünften Jahr der »Perestrojka«, dem Beginn revolutionärer Umbauprozesse im Zentrum der real-sozialistischen Staatenwelt, haben die jahrzehntelang aufgestauten Reformbedürfnisse den zweiten deutschen Staat mit voller Wucht erreicht. Vieles mußte geschehen, bis der leichtfertige Tapeten-Vergleich des Kurt Hager seine Erfinder einholte; aus einem Perestrojka-Land mußten drei werden, bis endlich, spät, allzu spät die DDR als Vierter im Bunde dazustößt. Wie so oft in dramatischen geschichtlichen Umbrüchen wird erst mit größerem Abstand zu klären sein, ob das endliche Eintreten eines längst überfälligen Ereignisses schon Vorbote seiner Erfolglosigkeit war oder ob es umgekehrt die produktiven gesellschaftlichen Energien gebündelt und damit ihre Veränderungsmacht begünstigt hat.

II

So unfertig und offen gegenwärtig die Resultate des Veränderungsprozesses in der DDR noch sind, so deutlich unterscheidet sich doch von Anfang an ihr Profil im Vergleich zur Sowjetunion, zu Ungarn und Polen. Gemeinsam ist ihnen das Abschütteln eines zur Staatsdoktrin verknöcherten und mißbrauchten Marxismus. Überall geht es darum, elementare demokratische Einfluß- und Freiheitsrechte wiederzuentdecken, zurückzuerobern und einzuüben. Überall kommt es darauf an, die Fesseln einer zentral administrierten Kommandowirtschaft hinter sich zu lassen, um damit die ökonomische, aber in ihrem Schatten längst auch die ökologische Krise dieser Länder zu überwinden.

Anders als dort bestimmt sich jedoch das Drinnen und Draußen. Das zeigt sich nicht nur an der Dauerpräsenz elektronischer West-Medien, die sich der Abschottung eines isolierten DDR-Bewußtseins widersetzt. Weiter schon reicht die Besonderheit jener »Abstimmung mit den Füßen«, die sich in diesem Jahr von Monat zu Monat mehr zu einem mächtigen Außenbord-Motor der innergesellschaftlichen Opposition in der DDR entwickelt hat. Das eine wie das andere aber findet seine eigentliche Brisanz erst darin, daß weder in Deutschland-Ost noch in Deutschland-West die Grenzen der Nation mit jener des Staates übereinstimmen.

In Polen wie in Ungarn verkörpert der Nationalstaat eine aus jahrzehntelangen Kämpfen hervorgegangene, von niemandem in Frage gestellte Realität; sie hat alle bisherigen Wandlungen des Gesellschaftssystems überdauert und wird das auch künftig tun. Selbst im Vielvölkerstaat der Sowjetunion ist zwar der Ausgleich der Nationen, ihr

Weg zum gleichberechtigten Miteinander noch lange nicht bewältigt. Seine Widersprüche mögen äußerstenfalls separatistische Forderungen auf den Plan rufen. Aber niemand käme darauf, im Für und Wider der Perestrojka die Halbierung gewachsener Nationen ins Auge zu fassen. Dagegen haben die beiden deutschen Staaten, die aus der Nachkriegswelt von 1945 hervorgegangen sind, immer wieder die Lesart von sich verbreitet (der kleinere notgedrungen schriller als der größere), ihr Fortbestand sei an die Existenz eines bestimmten Gesellschaftssystems gebunden. Das hieß zu deutsch im Falle der DDR: Wer dort für radikale Erneuerung von innen heraus eintritt, gefährdet ausgerechnet jetzt die Stabilität der europäischen Staatsordnung und damit letztlich den Frieden.

III

»Wir muten Europa das Thema Deutschland zu, weil es uns gibt«, lautete einer der Kernsätze aus der Bundestagsrede Erhard Epplers am 17. Juni 1989.² Von Zumutung zu sprechen, ist nach zwei Weltkriegen, nach Hitler und nach Auschwitz sicher notwendig. Es war und ist unabdingbar, um am Ende des 20. Jahrhunderts von Deutschland in eigener Sache und vor den Völkern Europas zu handeln. Und doch steckt die Herausforderung erst im Nachsatz: Das »Thema Deutschland«, die »deutsche Frage« existiert, »weil es uns gibt«. Wieso eigentlich, mit welchem Fug und Recht wird hier die Unentrinnbarkeit eines deutschen nationalen Problems behauptet, die These von den zwei selbständig, unabhängig nebeneinanderstehenden Staatsvölkern der DDR und der BRD bestritten?

Eingeschlossen ist darin freilich ein Verständnis von Nation, eine Bewertung der deutschen Geschichte bis zum heutigen Tag sowie der Zustände um uns herum, die kritischen Nachfragen standhalten muß. »Die Nation ist die Gesamtheit der durch Schicksalsgemeinschaft zu einer Charaktergemeinschaft verknüpften Menschen« — diese Definition bildet den Mittelpunkt einer seinerzeit vieldiskutierten Abhandlung, die der österreichische Sozialdemokrat Otto Bauer bereits vor dem Ersten Weltkrieg veröffentlicht hat.³ Es ging ihm damals noch im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn darum, den jeweiligen Nationalcharakter als einen »Niederschlag vergangener geschichtlicher Prozesse« zu begründen und damit natürlich auch aufzuzeigen, wie er »durch folgende geschichtliche Prozesse wieder verändert« werden kann⁴; wie also die Nationen selbst niemals als etwas Fertiges, gegen neue Erfahrungen und Differenzierungsprozesse Abgeschlossenes begriffen werden können.

Im Jahre 1989 von den Deutschen der Bundesrepublik und der DDR als den Angehörigen einer Nation zu reden, schließt demnach die Bewertung ein, daß die gemeinsamen Erfahrungen der Geschichte, samt dem, was sie an materiellem und geistigem Erbe hinterlassen haben, noch heute trotz vierzigjährigem Neben- und Gegeneinander in zwei Staaten derart überwiegen, daß von einer »Charaktergemeinschaft« im Sinne Bauers zu sprechen ist. Eine solche Feststellung scheint, nur auf den ersten Blick überraschend, bei den Nachbarn, egal, ob in Ost oder West, weniger Aufsehen zu erregen als bei den Betroffenen, im größeren der beiden Staaten mehr als im kleineren, auf der Linken mehr als auf der Rechten. Allemal schlägt sich in solcher Distanzierung vom

Nationalbewußtsein die Verarbeitung bestimmter Katastrophen der deutschen Geschichte nieder; kurzschlüssig vielleicht, aber deshalb nicht weniger wirksam.

Verbleibender Skepsis sei noch folgende Überlegung entgegengehalten: Gerade unsere Geschichte liefert besonders buntes Anschauungsmaterial dafür, anders als in Frankreich oder England, daß die Zugehörigkeit zur »deutschen Schicksalsgemeinschaft« nicht an das Vorhandensein eines einheitlichen Nationalstaats gebunden ist, ja, nicht einmal darauf abzielen muß. Oder sollten wir unsere ganze Geschichte vor der Entstehung des Bismarck-Reiches wegwerfen, ihren Anteil daran, was uns als »Deutsche« kennzeichnet, bestreiten? Und schließlich, was die erste Hälfte dieses Jahrhunderts anbetrifft: Führen nicht gerade auch Katastrophen wie der in deutschem Namen begangene Holocaust dazu, die Teilhabe an der nationalen Vorstellung eines kollektiven Austritts aus der Nation und der Begründung einer ganz neuen obsolet werden zu lassen?

IV

Freilich haben wir bisher eine Kernfrage der deutschen Nachkriegssituation umschiffert. Kann es nicht nur verschiedene Teilstaaten auf dem Boden einer Nation, sondern auch verschiedene Gesellschaftssysteme darauf geben, und welchen Sinn macht es, dennoch vom Fortbestand einer einheitlichen »Schicksalsgemeinschaft« zu sprechen? Dabei brauchen wir nicht in historische Abstraktionen zu verfallen. Wenn sich generationenlang aus freien Stücken ein Teil der ursprünglichen Nation dazu entschließt, ein völlig neues Staats- und Gesellschaftswesen zu errichten, und der andere aus ebenso freien Stücken daran festhält, es beim alten zu belassen, dann mag sich schließlich der nationale Zusammenhalt verflüchtigen. Die Geschichte kennt, wenn auch aus anderen Gründen, viele Beispiele der Herausbildung neuer Nationen. Aber eben dies ist, alles in allem genommen, nicht das Bild der deutschen Wirklichkeit seit 1945.

Keiner der beiden Staaten kann seine Geburtsmerkmale in der Anpassung an das Gesellschaftssystem der jeweiligen Siegermächte verleugnen. Der jetzige Umbruch in der DDR macht gerade deutlich, wieviel Nachholbedarf an Selbstbestimmung besteht, um sich wirklich demokratisch und sozialistisch im eigenen Staatsgebäude einzurichten. In der Bundesrepublik bestehen zwar keine Zweifel daran, daß sich ihr heutiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem auf die Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit stützen kann. Jedoch nur unter der Bedingung, daß ihre Umwandlung zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung jederzeit dem Mehrheitswillen überlassen bleibt. Hier ist kein Konsens zu reklamieren, »für immer« die kapitalistische deutsche Nation bilden zu wollen; dort muß die gewollte sozialistische Hausordnung erst noch gefunden werden. Das ist gewiß eine weitreichende Asymmetrie, ein Spannungszustand, den, mit historischen Maßstäben betrachtet, niemand als dauerhaft wird bezeichnen wollen. Und wir sollen ausgerechnet darauf eine permanente Trennwand zwischen einer ersten und einer zweiten deutschen Nation errichten?

V

Zwei, ihrem Anspruch nach souveräne Staaten auf dem Boden einer Nation also, nur, was unterscheidet ihre Beziehungen untereinander von jenen zu beliebigen anderen Ländern? Die Berliner Sozialdemokraten haben dazu in einem Änderungsantrag für das neue Grundsatzprogramm die folgende Umschreibung formuliert: »Ein Europa, das sich anschickt, das System der Nationalstaaten zu überwinden, wird weiterhin geprägt sein von der Vielfalt und dem Reichtum seiner Nationen, ihrer geschichtlichen Entwicklung, ihren Kulturen und Sprachen. In einem solchen Europa haben auch die Deutschen als fortbestehende Nation ihren Platz, ohne daß die staatliche Einheit dafür Voraussetzung wäre.«⁵ Das hat nichts mit Wiedervereinigungsrhetorik zu tun; schon gar nicht ist es als Verlängerung des unseligen »Alleinvertretungs-Anspruchs« aus der Adenauer-Zeit mißzuverstehen. Statt dessen verwahrt sich eine solche Aussage dagegen, das Auseinanderfallen von Nation und staatlicher Einheit nur als verhängnisvolle Anomalie zu begreifen; sie verweist vielmehr auf die Richtung, dieser Situation beim Bau des »gemeinsamen Hauses Europa« auch positive Züge abzugewinnen.

Aus dem gleichen Gedankengang ergibt sich, daß weder eine vollständige Ausprägung der Zweistaatlichkeit noch die Weiterentwicklung des Selbstbestimmungsprinzips mit dem Fortbestehen der deutschen Nation unvereinbar sind. Das erste bezieht sich beispielsweise auf die Fragen einer wechselseitigen Respektierung der jeweiligen Staatsbürgerschaft (was seinerseits nicht ausschließt, jedem Deutschen die Wahlmöglichkeit zwischen der Staatsangehörigkeit West oder Ost einzuräumen). Das zweite konkretisiert etwa den heute von allen vier ehemaligen Siegermächten zu hörenden Satz »Die Deutschen müssen selbst entscheiden« dahin, daß jede Veränderung der Beziehungen beider Staaten zueinander von der separaten und selbständigen Zustimmung der Angehörigen der DDR wie der Bundesrepublik abhängt.

Beide Gesichtspunkte liefern allerdings nur äußerliche, formale Rahmenfestsetzungen; darüber, wie ihre inhaltliche Ausfüllung wünschenswert wäre, sagen sie nichts aus. Um so bemerkenswerter scheint mir die Zielvorgabe zu sein, die Manfred Stolpe, stellvertretender Vorsitzender des DDR-Kirchenbundes, in einem *Spiegel*-Essay schon vor der *Wende* in der DDR ausgesprochen hat. Auch er übrigens in Abgrenzung gegen all jene Konservativen in der Bundesrepublik, die »Wiedervereinigung trommeln, bis alles in Scherben fällt«: »Über einen rechtlichen Verbund beider deutscher Staaten, der ihre Friedenspflicht festhält, ihre gewachsenen Bindungen wahrt, wirtschaftliche Kooperationen (wohlgemerkt: Zusammenarbeit, nicht Almosen) regelt und der menschlichen Dimension freien Lauf läßt, muß doch mindestens ernsthaft nachgedacht werden.«⁶

VI

Und Europa? Wie soll der Kontinent der »Alten Welt« mit seinen so verschiedenartigen Teilstücken damit umgehen, daß in seinem geographischen Zentrum, eineinhalb Generationen nach Kriegsende, noch immer solche »Unübersichtlichkeit« herrscht? »Niemand in Europa soll Deutschland je wieder als Bedrohung empfinden. Die Sozialdemokraten in der Bundesrepublik werden ihre Kräfte darauf richten, daß die Einheit

der Deutschen gemeinsam mit der Einheit Europas vollendet werden kann.« In dieser Aussage mündet eine deutschlandpolitische Entschließung des SPD-Parteirats vom 31. Oktober 1989. Wer wollte ihr widersprechen; aber wer könnte sich andererseits mit ihrer Allgemeinheit zufriedengeben?

So sehr der Gedanke zutrifft, daß wir heute nicht nur eine gesamteuropäische Friedensordnung, sondern auch eigens dafür zu schaffende Institutionen benötigen, so wenig darf er davon ablenken, daß es auch in Zukunft ganz verschiedene Formen und Geschwindigkeiten der Annäherung zwischen einzelnen Teilen der europäischen Staaten- und Völkerfamilie geben wird. Dort, wo sich die Annäherung wie zwischen den Deutschen in der DDR und in der Bundesrepublik als ein Prozeß erweist, der nicht nur auf europäischem, sondern auch auf nationalem Zusammengehörigkeitsgefühl beruht, dort müssen ihm auch eigene Ausdrucksmöglichkeiten eingeräumt werden. Niemand kann den StaatsbürgerInnen der beiden deutschen Staaten abnehmen, erst einmal für sich zu konzipieren, ob und wie »gemeinsame deutsche Bausteine« in das »gemeinsame europäische Haus« einzufügen wären. Wobei ebenso sicher ist, gerade weil sich hier »Erste« und »Zweite Welt« im bisherigen Sinne unmittelbar gegenüberstehen: keiner unserer engeren oder weiteren Nachbarn wird sich anschließend davon abhalten lassen, über die Abmessung, das Gewicht und die Einfügung solcher Bausteine nach eigenem Gusto und Interesse mitzubestimmen.

Und noch eines zu den verschiedenen Geschwindigkeiten der Annäherung in Europa: Wenn sich die Bundesrepublik, nach einem Ausdruck Richard von Weizsäckers, auch in Zukunft als »der Osten des Westens« begreift, wird sie allein deshalb gewährleisten müssen, daß Integrationsschübe im Westen, wie sie jetzt der »Binnenmarkt '92« herbeiführt, mit hinreichenden Öffnungs- und Anknüpfungsmöglichkeiten für die Perestrojka-Länder des Ostens versehen werden. Je bewußter das geschieht, um so weniger werden sich darin deutsch-deutsche Annäherungen als Fremdkörper oder, schlimmer noch, als Bedrohung ausnehmen.

VII

Zurück zu Stefan Heym und zu seinem Plädoyer für »das noble Experiment des Sozialismus hier im Herzen Europas«. Die Wende in der DDR und die Öffnung ihrer Grenzen schaffen für jede sozialistische Perspektive auf deutschem Boden, egal, ob nun in den Farben des Westens oder des Ostens, prinzipiell neue Ausgangsbedingungen. Wer wollte heute darüber richten, ob der Weg dahin drüben einfacher ist als hierzulande, ob gesellschaftlicher Umbau und Bewußtseinswandel dort weniger einschneidend auszufallen brauchen als die Veränderung der hiesigen ökonomischen Strukturen, die allein zu demokratisch-sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen in der Bundesrepublik führen könnten? Unzweifelhaft aber scheint zu sein, daß das Eintreten für den einen wie den anderen Vorgang sich künftig unvergleichlich mehr als bisher beeinflussen, bedingen und gegenseitig zum Maßstab nehmen wird.

Zu den geschichtsmächtigen Bildern dieser Tage gehören eben nicht nur das Einreißen der Mauer, sondern auch der endlos lange Strom jener Trabbis — die in die DDR zurückkehren. Das ist gewiß weniger als die Vision, von der Stefan Heym

träumt, nämlich »eine DDR, die eines Tages vielleicht auch provisorische Quartiere zu errichten haben würde, um Zuwanderern zu ihrem neuen Sozialismus eine erste Unterkunft zu gewähren«. Als Linker in der Bundesrepublik wünsche ich mir auch lediglich, daß es sich dabei nur um Hotel-Unterkünfte und niemals um Behausungen auf Dauer handeln möge. Aber daß es sich überhaupt wieder lohnen kann, solchen Träumen nachzuhängen, als Sozialist in Deutschland-West wie in Deutschland-Ost, das freilich verdanken wir schon jetzt den Akteuren der *Wende* in der DDR.

Anmerkungen

- 1 Stefan Heym: Ist die DDR noch zu retten? *Die Zeit*, Nr. 42, 13. Oktober 1989.
- 2 Ehrhard Eppler: Wir muten Europa das Thema Deutschland zu, weil es uns gibt, Rede zur Feier des 17. Juni im Deutschen Bundestag, abgedruckt in: *Frankfurter Rundschau*, 19. Juni 1989.
- 3 Otto Bauer, *Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie (1907)*; in: *Werke*, Bd. I, Wien 1975, S.194.
- 4 Ebd., S.57.
- 5 Änderung des Landesverbands Berlin zu Textziffer 102 des Grundsatzprogramms der SPD, Entwurf März 1989.
- 6 Manfred Stolpe: Ein deutsches Sommertheater, in: *Der Spiegel*, Nr. 39 (25. September) 1989. Er fügt hinzu: »Das setzt allerdings voraus, daß die Bundesrepublik der DDR und ihren Menschen wirkliche, ernsthafte, handlungsbereite Aufmerksamkeit zuwendet und nicht nur leichtfertig über sie, sondern mit ihr, ihren Verantwortungsträgern und ihren Menschen deutsche Zukunft ins Gespräch bringt.«

Walter Momper

Die zweite erfolgreiche Revolution in Deutschland

Rede des Regierenden Bürgermeister vor dem Rathaus
Schöneberg in Berlin/West am 10. November 1989

Dies ist ein großartiger Tag: Die Mauer trennt uns nicht mehr. Ich begrüße besonders alle, die heute aus Ost-Berlin und der DDR zu uns gekommen sind — Willkommen in unserer Mitte! Wer gestern an den Grenzübergängen gewesen ist, der wird das nie mehr vergessen. In Berlin war Volksfeststimmung, auf dem Kurfürstendamm genauso wie auf dem Alexanderplatz. Unsere ganze Stadt und alle ihre Bürgerinnen und Bürger werden diesen 9. November 1989 nie mehr vergessen. Dies war der Moment, auf den wir so lange gewartet haben. 28 Jahre lang, seit dem Bau der Mauer am 13. August 1961, haben wir diesen Tag herbeigesehnt und herbeigehofft. Die Deutschen sind jetzt das glücklichste Volk der Welt.

Wir erinnern uns in dieser Stunde der Freude aber auch an die Toten und an die Verletzten, an das Leid, das diese Mauer gefordert hat. Möge sich dies niemals wiederholen.

Die Grenze, die uns so lange gequält hat, hat gestern ihren trennenden Charakter verloren. Das freie Reisen ist ein Menschenrecht. Die DDR-Bürger haben sich gestern dieses Menschenrecht genommen. So wie sie sich in den letzten Wochen das Recht genommen haben, die Bevormundung abzuschütteln und ihr Land selbst zu gestalten. In der DDR wird jetzt ein faszinierendes Kapitel deutscher Geschichte geschrieben. Dieses Kapitel wird vom Volk der DDR selbst geschrieben. Wir beglückwünschen die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu ihrer friedlichen und demokratischen Revolution.

Gestern war nicht der Tag der Wiedervereinigung, sondern es war der Tag des Wiedersehens. Viele tausend DDR-Bürger werden in den nächsten Tagen und Wochen nach West-Berlin kommen. Sie werden zu uns reisen aus Ost-Berlin und Dresden, aus Frankfurt/Oder und Magdeburg. Wir heißen alle Besucherinnen und Besucher herzlich willkommen. Wir freuen uns auf das Wiedersehen und das Zusammensein.

Manche bei uns haben Angst vor dem schnellen Wandel, und sie fürchten die Probleme und die Lasten, die auf uns zukommen. Ich bitte die Berlinerinnen und Berliner, sich stets an die glücklichen Stunden des heutigen Tages zu erinnern. Und ich bitte alle, sich auch daran zu erinnern, welches Leid die Mauer für uns bedeutet hat. Wenn wir uns dessen immer bewußt bleiben, dann werden wir auch gemeinsam die Probleme meistern können. Berlin hat schon ganz andere Dinge bewältigt. Wichtig ist, daß wir es wollen, daß wir den Optimismus nicht verlieren und mit Mut und Tatkraft in die Zukunft blicken.

Es ist nicht unsere Sache, den DDR-Bürgern irgendeinen Ratschlag zu geben. Der Wille, in der DDR zu leben, muß in der DDR selbst wachsen. Dort müssen die Menschen eine Perspektive für sich sehen. Wenn sie es nicht können, dann ist das ein Fehler des Systems, des Staates und der bisherigen Führung. Viele Menschen in der DDR überlegen sich, die DDR zu verlassen. Ich bitte diese Menschen, jetzt zu prüfen, ob sie nicht doch mehr Vertrauen in den Prozeß der Erneuerung und der Reform der DDR haben können. Ob sie nicht gebraucht werden, beim demokratischen Aufbruch in der DDR. Ob sie nicht gebraucht werden für eine bessere Gesellschaft in der DDR. Gegen das Volk kann in der DDR nichts mehr entschieden werden, das haben die letzten Tage gezeigt. In der DDR wird in Zukunft nur noch das Volk entscheiden.

Wir unterstützen die Ziele der Demokratiebewegung in der DDR. Wir unterstützen die Forderung nach demokratischer Konkurrenz aller Parteien und Gruppen in der DDR und die Abhaltung von freien Wahlen.

Die SED-Führung hat die Krise der DDR verursacht. Sie hat in den letzten Wochen viel Zeit verschenkt und Vertrauen verloren. Mit der Einführung der Reisefreiheit, mit der Nominierung von Hans Modrow zum Vorsitzenden des Ministerrates und mit den Umwälzungen und Protesten innerhalb der SED zeigt sich jetzt, daß auch die SED einen grundlegenden Neuanfang wagen will. In der DDR ist eine neue Zeit angebrochen. Die SED muß ihren Führungsanspruch aufgeben, denn sie hat ihn in der Realität längst verloren.

Vielleicht werden wir von der demokratischen Kultur in der DDR noch einiges lernen können. Unsere Demokratie ist uns von den Befreiern 1945 geschenkt worden. Die DDR-Bürger haben sich die Demokratie selbst erkämpft. Sie wissen, was sie an

der Demokratie haben. Die Demonstration vom 4. November in Ost-Berlin hat eine vorbildlich demokratische Kultur geprägt. Dies ist die zweite erfolgreiche Revolution in Deutschland. Nach der Revolution von 1918, die auch am 9. November stattfand, ist dies die erste demokratische Revolution in Deutschland, die erste Revolution, die mit völlig friedlichen Mitteln auskommt, die mit friedlichen Mitteln durchgesetzt wird. Wir bewundern den Mut und die Disziplin der demokratischen Bewegung in der DDR. Die demokratische Kultur der Bürger der DDR ist unverbraucht, sie zeugt von sozialer Verantwortung und von der Abneigung gegen die Ellenbogengesellschaft. Davon werden wir uns noch manche Scheibe abschneiden können. Wir dürfen diesen großartigen Prozeß nicht durch unbedachtes Handeln gefährden. Deshalb bitte ich alle Berlinerinnen und Berliner um Besonnenheit und Disziplin.

Wir wünschen der Demokratiebewegung in der DDR, daß sie ihr eigenes Land, den zweiten deutschen Staat, so gestalten kann, wie sie es wünscht. Mit Leidenschaft und Sympathie unterstützen wir Berlinerinnen und Berliner den Reformprozeß in der DDR. Wir werden zusammenstehen und helfen, damit die DDR auch wirtschaftlich wieder vorankommt.

Das gemeinsame europäische Haus, von dem Michail Gorbatschow spricht, nimmt Gestalt an. Wir alle werden in den nächsten Wochen und Monaten umdenken müssen. Wir müssen die Mauer in unseren Köpfen abbauen. Den Ostblock gibt es nicht mehr. Das Europa der Zukunft wird nicht aus starren Nationalstaaten gemacht und nicht aus Blöcken. Es wird von Menschen gemacht.

Für uns in Berlin eröffnet diese Entwicklung großartige Perspektiven. In dem europäischen Haus werden wir das Berliner Zimmer mit Türen nach allen Seiten einrichten — Mittelpunkt des Interesses der Welt. Berlin ist der Ort, an dem europäische Geschichte gemacht wird. Berlin ist der Ort, der Europa vorantreiben kann, wo sich Ost und West wieder die Hand reichen, so wie gestern Nacht die Menschen sich an den Grenzen die Hand gereicht haben. Berlin wird die Stadt des Austausches und der Kooperation sein. Und in 15 Jahren wollen wir gemeinsam und gleichberechtigt mit Ost-Berlin die Stadt der Olympischen Friedensspiele sein. Berlin blickt mit Optimismus in seine Zukunft. Mit allen Menschen in Europa hoffen wir auf eine neue Zeit des Friedens und der guten Nachbarschaft auf unserem Kontinent.

Carl Chung

Sozialistische Polemik über den Sozialismus und seine Perspektive

Wir sind Zeugen — Objekte und Subjekte — einer Zeit, in der sich Veränderungen von historischer Bedeutung vollziehen: In anderer als der von uns erwarteten Form spitzt sich der internationale Klassenkampf zu. Der Sozialismus, das Projekt der Befreiung der Menschen von den Zwängen und Gegensätzen kapitalistischer Verhältnisse, steht vor einer entscheidenden Bewährungsprobe. Die aus den Widersprüchen des Kapitalismus hervorgegangene Idee der Umwälzung der sozialen Verhältnisse hin zu einer Gemeinschaft freier Individuen, die sich in gleichberechtigter und solidarischer Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Leben entfalten, wird nun entweder politisch offensiv, oder sie wird für Jahrzehnte — vielleicht länger — aus der Geschichte gedrängt. Erfolg oder Niederlage hängen vom Handeln der Menschen, der Sozialisten, der sozialistischen Bewegung in ihrer ganzen Breite, auch von uns also, ab.

Sozialismus in einem Lager

Der zentraladministrative Staatssozialismus, den man auch realen Sowjetsozialismus alten Typs nennen könnte, ist am Ende. Selbst für die Leitung jener Gesellschaft, für die und in der sie entwickelt wurde, die sie selbst entwickelte und formte, hat sich diese Kriegs- und Entwicklungsdiktatur einer »marxistisch-leninistischen« Partei im Namen der Arbeiterklasse überlebt. Das befehlsadministrative System der politischen Diktatur und der zentralistischen Planwirtschaft wird beim Übergang zur entwickelten Industriegesellschaft im Zeitalter der Mikroelektronik zur Fessel der Produktivkräfte.

Die Leistung dieser Diktatur bestand in der Schaffung der materiellen Basis einer sozialistischen Gesellschaft und in der Verteidigung dieser Grundlage bis auf den heutigen Tag — wenigstens im größten Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft. Ihre Leistung bestand weiter in der Bildung eines Gegengewichts zum Imperialismus, das die Entwicklung der kapitalistischen Welt, einschließlich ihrer »Peripherie«, der sogenannten »Dritten Welt«, maßgeblich beeinflusst hat.

Das Versagen dieses Entwicklungsmodells manifestierte sich im Aufbau und in der Zementierung militärisch-bürokratischer Herrschaftsformen, in der Gleichsetzung von zentralistisch-administrativer Diktatur mit Sozialismus; einer Diktatur, die nicht nur nicht über bürgerliche Herrschaftsformen hinausgeht, sondern hinter diese zurückfällt und das kreative, dynamisierende und konstruktiv-kritische Potential einer sozialistischen Übergangsgesellschaft (nicht selten physisch) gefesselt und abgetötet hat.

Ein weiteres entscheidendes Versagen liegt in der Verabsolutierung des in der sowjetischen Praxis entstandenen Gesellschaftsmodells, in der Theorie des »Marxismus-Leninismus«, wie sie seit Lenins Tod 1924 entwickelt und im Ausbau der Sowjetunion zum stalinistischen Staat materialisiert wurde. Mit der Verstümmelung, Sinnentleerung

und Dogmatisierung des wissenschaftlichen Sozialismus wurde das wichtigste theoretische Instrument der internationalen Arbeiterbewegung weitgehend unbrauchbar — das Schwert wurde stumpf geschmiedet. Das erstarrte Lehrgebäude des »ML« verbaute eher den Zugriff auf die Realität, als daß es ihn gefördert hätte; in dem ideologischen Bunker verkam die lebendige Wissenschaft zur Polit-Scholastik, welche die emanzipatorische Weltanschauung von Marx und Engels, Lenin, Luxemburg u.a. den um ihre Befreiung kämpfenden Menschen entfremdete.

Eben dieser Bunker — und kein lebendiger, vielfarbig schimmernder kristallener Gewächspalast — bildete den Überbau der sozialistischen Basis, chronischer Mangel an Freiheit und Demokratie — eben kreativer Lebendigkeit — wurde zum Kennzeichen des realen Sowjetsozialismus alten Typs.

Leistung wie Versagen, beide Aspekte dieses Sozialismus-Modells gehören zusammen, sind nur in ihrem historischen Werden und miteinander zu erklären. Der Sozialismus alten sowjetischen Typs ist nicht ohne sein Entstehen im Systemkonflikt mit dem Imperialismus zu begreifen, und Leistung wie Versagen sind gleichermaßen Ergebnis dieses Werdens unter konkreten historischen Bedingungen. Dieser historisch wirklich gewordene Sozialismus ist gleichermaßen Sinnbild der realen Möglichkeit des Sozialismus wie er diese Möglichkeit durch die Form der Realisierung diskreditiert.

Unter den Bedingungen einer entwickelten Gesellschaft, komplexer Produktions- und Distributionsverhältnisse, entwickelter materieller wie ideeller Bedürfnisse und Interessen der Menschen wird der Bunker zum Zwinger.

Im Überlebenskampf der ersten Jahre und Jahrzehnte des in einem Lande real gewordenen Sozialismus war unter den gegebenen weltpolitischen, innergesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen die Erziehungs- und Entwicklungsdiktatur in der einen oder anderen Form — nicht aber naturnotwendig und historisch alternativlos die Form der Stalinschen Terrorherrschaft — vielleicht unvermeidlich, um Grundlagen für einen sozialistischen Entwicklungsweg schaffen zu können. Im übrigen gelang es dieser Diktatur — die »Diktatur in rein bürgerlichem Sinne«¹ blieb — in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg über ein extensives Wachstum der sozialistischen Ökonomie und intensives Wachstum in Teilbereichen der Volkswirtschaft den Rückstand gegenüber dem Entwicklungstempo des Kapitalismus deutlich zu verringern und gar zur zweiten Weltmacht aufzusteigen.

Beispielhaft hierfür stehen die Leistungen der sowjetischen Raumfahrt und die drastische Verminderung der militärischen Unterlegenheit gegenüber dem Westen. Bis auf den (für Weltmachtpolitik allerdings wesentlichen) Bereich der Hochseestreitkräfte gelang es der UdSSR bis zum Ende der siebziger Jahre, den Vorsprung der USA (bzw. NATO+SEATO+ANZUS) im Rüstungsbereich weitgehend aufzuholen, das heißt, ein ungefähres Gleichgewicht herzustellen oder in einzelnen Bereichen West-Quantität mit Ost-Quantität auszugleichen. Atomare Zweitschlagsfähigkeit und annähernde Parität in der militärischen Stärke machten das »sozialistische Lager« zu einem realen Gegengewicht zum Weltkapitalismus. Der Status der UdSSR als zweite Weltmacht garantierte den Bestand des »sozialistischen Lagers« (nach innen und außen) in einer weiterhin imperialistisch dominierten Welt.

Bereits seit Mitte/Ende der fünfziger Jahre zeichnet sich aber ab, daß die — in die Zwangsjacke der Diktatur gezwängte — sozio-ökonomische Basis die militärische Weltmacht eigentlich nicht trägt. Der Weltmachtstatus der UdSSR beruhte nicht zuletzt auf dem konzentrierten Aufbau einer militärischen Sonderwirtschaft, die der Gesamtgesellschaft weitere Entwicklungspotenzen und Ressourcen entzog. Im Zuge des Rüstungswettlaufes, der sich immer mehr in den Bereich der Hochtechnologie verlagerte und in dem mit Quantität allein nicht mithalten war, wurde die relative Unterentwicklung der gesamtgesellschaftlichen Basis der Rüstungswirtschaft zur existentiellen Bedrohung für die UdSSR. Reformversuche, die erstmalig unter Chruschtschow 1955 bis 1964 in Angriff genommen wurden, blieben weitgehend auf die ökonomische Sphäre beschränkt und waren nicht mit einer revolutionären Umgestaltung und umfassenden Demokratisierung des Systems der Leitung und Planung der Volkswirtschaft wie von Gesellschaft und Staat insgesamt verknüpft. Diese wie spätere Reformversuche und die gesamte erste »Entstalinisierung« blieben in technokratischen Ansätzen, in der politischen Kultur der Befehlswirtschaft und zentraladministrativen Bürokratie stecken.

Der Mangel an Kreativität, Dynamik, Innovationsfähigkeit, Flexibilität, Effizienz und Vitalität einer grobschlüchtig zentralverwalteten Gesellschaft ließ nun nicht nur den Abstand zu dem sich weiterentwickelnden Kapitalismus wieder wachsen, vielmehr wurde mit der Stagnation der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung auch der militärische Sektor, der nicht völlig jenseits der Gesellschaft bestehen kann, von Stagnation bedroht. Mit der Frage nach dem Weltmachtstatus der UdSSR stellt sich unter den Bedingungen des Systemgegensatzes aber für das »sozialistische Lager« die Existenzfrage. Sie ist der eigentliche Hintergrund der Perestrojka.

Demilitarisierung und Politisierung der Sicherheits-, Außen- und Innenpolitik, Freisetzung der schöpferischen Potentiale und Mobilisierung der Gesellschaft in möglichst allen ihren Teilen sowie Entrümpelung der politisch-administrativen Leitungsorgane — also: Versuche der Wiederbelebung von Freiheit und Demokratie in allen Bereichen der sozialistischen Gesellschaft — bilden einen Zusammenhang. Sie sind eine zusammenhängende Antwort nicht auf die Frage des Fortbestehens des Sowjetsozialismus alten Typs, sondern auf die Frage nach der Perspektive jedweden Sozialismus in der Sowjetunion, in den Staaten der Warschauer-Vertrags-Organisation und auch anderswo.

Die Probleme stellen sich grundsätzlich ähnlich für die anderen präsozialistischen Industrie- und Schwellenländer: Auch bei ihnen ist die zentraladministrative Leitungsform teilweise überaus akut zur Fessel des sozialen und ökonomischen Fortschritts geworden. Im Vergleich zu den westlichen Systemkonkurrenten fehlt es diesen Gesellschaften gleichfalls an Dynamik, Flexibilität, Innovationsfähigkeit, Effizienz und Vitalität. Mit dem Ballast ihres zentraladministrativen Leitungssystems werden sie binnen mittlerer oder kürzerer Frist auf dem Weltmarkt untergehen. Versuchten sie, sich aus der kapitalistisch dominierten Welt zurückzuziehen, entzögen sie sich dem Wettbewerb und der Auseinandersetzung mit dem Westen, so beraubten sie sich ihrer internationalen Handlungsfähigkeit, entzögen sie weitere dynamisierende Stimulatoren des

sozialen und ökonomischen Fortschritts, verfielen in einer sich rasch wandelnden und immer näher zusammenrückenden Welt in immer tiefere Stagnation und würden von der lebendigen Entwicklung der Welt isoliert.

Um nicht von der Geschichte und der Welt überrollt zu werden, lassen sich heute Polen und Ungarn immer weiter auf die Regeln der Welt ein, in welcher der Kapitalismus nach wie vor vorherrscht. Angesichts ihrer realen ökonomischen, sozialen und (innen-)politischen Lage, an der die bis dato regierenden »leninistischen« Bürokraten und Funktionäre alles andere als unschuldig sind, bleibt ihnen auch kaum eine andere Wahl, als entweder immer weiter zu erstarren und schließlich abzusterben oder aber sich ganz und gar auf die Welt — wie sie eben ist — einzulassen.

Natürlich passiert hier ein strategischer Rückzug — nicht zum ersten Mal übrigens. Natürlich droht der Ausverkauf dieser Länder an EG und Weltkapital und die völlige Preisgabe auch der *realen* gesellschaftlichen Errungenschaften. Aber wie sagte Lenin angesichts des offenkundigen Scheiterns des Kriegskommunismus 1921: »Bevor man uns endgültig schlägt, wollen wir den Rückzug antreten und alles aufs neue umbauen, aber stabiler.«²

Es bleibt zu retten, was zu retten ist. Je nach dem, was an solidem Bestand in der Volkswirtschaft, an sozialen Errungenschaften und sozialistischer Hegemonie noch real existiert, muß die Front zurückgenommen, aufgelockert oder aufgelöst werden. Gewahrt werden muß die Chance zu einer neuen Offensive! Der »Sozialismus in einem Land«, in einem »Weltlager«, ist als Weg gescheitert. Er hat sich als Entwicklungsphase herausgestellt.

Mit dem Eingeständnis dieses Scheiterns brechen in und zwischen sozialistischen Ländern bislang gedeckelte und mit Gewalt niedergehaltene Konflikte auf: Nationale Identitäten, Gefühle und Interessen artikulieren sich nun in einem rückwärtsgewandten aggressiven Nationalismus, soziale Interessen formieren sich unter dem Banner des »freien Marktes«, des »freien Konsums«, der »Freiheit« im allerbürgerlichsten Sinne. Die polnische Arbeiterklasse formuliert ihre Interessen im überschwenglichen Glauben an den Nationalstaat, die kapitalistische Marktwirtschaft und den Papst als Gegensatz zum Sozialismus. Mit der Aufgabe der Breschnew-Doktrin zerfallen RGW und WVO, transformieren sich zu diffusen Kampfarenen nationaler Egoismen. Nationale Konflikte, die politische, soziale und ökonomische Interessengegensätze transportieren, greifen um sich. Mit dem Abbau des Zwangs beginnt sich die Zwangsgemeinschaft zu desintegrieren. Über Jahrzehnte aufgestaute Probleme, Versäumnisse und Mißstände entladen sich mit einem Schlag in ökonomischen und politischen Krisen.

Funktionäre, die im zentralistischen Kommando-Bürokratismus sozialisiert und im Zwiedenken geschult wurden, die gelernt haben, sich im System der Mängel und Mißstände, der Heuchelei und latenten Korruption einzurichten, sollen plötzlich selbständig und verantwortlich entscheiden, die werktätigen Staatsbürger ernst nehmen, überzeugen und wirklich vertreten, eine eigene Meinung haben und sie offen artikulieren und all die Mißstände angehen, die sie mitzuverantworten haben. Viele sperren sich gegen die Veränderung; andere, die versuchen, was sie nie gelernt haben, scheitern und versagen.

Der Beton der bürokratischen Apparate stabilisiert die Trägheit der Gesellschaft, lastet auf den Feuerwehren, welche die heftig ausbrechenden politischen, sozialen und ökonomischen Brände bekämpfen sollen und ist die Substanz, an der sich kreative Neuerer nach wie vor die Köpfe einrennen. Und ohne Gefahr für die tragenden Säulen und die nebenstehenden Bauten läßt sich dieser Beton nicht so einfach wegsprengen. Wieviel Bausubstanz muß, wieviel kann erhalten werden?

Der »Westen« im Vormarsch

Die Schwäche und der Rückzug des Sowjetsozialismus alten Typs ist umgekehrt Stärke und Vormarsch des Imperialismus. »Westliche Werte« sind in der Offensive: »Freiheit« und »Demokratie« werden hüben wie drüben wieder mit Kapitalismus gleichgesetzt — von ihren Befürwortern (jedenfalls vielen) wie von ihren Gegnern. Orthodox-»leninistische« wie bürgerliche Konservative sehen in demokratischen Reformen, solange sie östlich der Elbe stattfinden, den Siegeszug bürgerlich-liberaler Ideologie und kapitalistischer Marktwirtschaft.

Der Vormarsch westlich-bürgerlicher Ideologie in Gesamteuropa ist der eine, die fortschreitende Integration des westeuropäischen Kapitalismus (und zunehmende internationale Verflechtung des Kapitals insgesamt) der andere Aspekt dieser Entwicklung. Der kommende europäische Binnenmarkt vollendet die Schaffung eines weiteren einheitlichen kapitalistischen Wirtschaftsraumes (neben dem amerikanischen und japanisch-pazifischen) und stärkt nicht nur die größte Handelsmacht der Welt, die EG schickt sich zudem offenbar unwidersprochen an, die Organisationsform der ökonomischen Basis für den Aufbau eines »gemeinsamen europäischen Hauses« zu werden. Wie sich diese Entwicklung auf die politische Integration Westeuropas und Gesamteuropas, auf das Verhältnis der EG zu WEU, NATO sowie auf die Europäische Politische Zusammenarbeit, auf die imperialistische Weltmarktkonkurrenz mit den USA und Japan sowie auf das Innenverhältnis der EG-Mitgliedsländer auswirkt, muß noch ausgefochten werden.

Einige Bedingungen der kommenden Auseinandersetzungen zeichnen sich aber bereits ab: Kernstück des integrierten Europas scheint die Achse Bonn — Paris zu werden; der Zentralisationsgrad des Großkapitals und die Integration von Industrie- und Bankkapital (+ Handel & Versicherungen) zum Finanzkapital entwickelt sich in Westeuropa insgesamt höher als beispielsweise in den USA; die Staatsintervention zugunsten der vorherrschenden Kapitalinteressen kann sich auf entwickelte Institutionen stützen — politische Institutionen allerdings, die sich demokratischer Kontrolle weitgehend entziehen: An die EG abgetretene nationalstaatliche Hoheitsrechte unterliegen nicht mehr der Kontrolle nationaler Volksvertretungen und noch nicht der des Europaparlaments.

Im Gegensatz zum Kapital ist die übernationale Integration der Gewerkschaftsbewegung völlig unterentwickelt. Von einer weltweit organisierten gewerkschaftlichen Gegenmacht zum Kapital kann keine Rede sein. Vielmehr werden im Zusammenhang mit der Integration des europäischen Marktes die im nationalen Rahmen erkämpften sozialen Errungenschaften zurückgedrängt.

Während die inneren sozialen wie die Konflikte zwischen den imperialistischen Metropolen (USA, EG, Japan) ungelöst und weitgehend unbeachtet bleiben, boomt der Weltkapitalismus weiter. Während die Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt eklatante Widersprüche der imperialistisch geprägten Weltwirtschaftsordnung unbewältigt läßt, scheint sich die Weltlage zu stabilisieren. Während die globale ökologische Katastrophe weiter ungebremst in die Geschichte drängt, freut sich alle Welt über die kleinen Schritte auf internationalen Umweltkonferenzen. Die Brandherde Nahost und südliches Afrika scheinen sich zu beruhigen.

Löst bürgerlich-liberalkonservative Politik alle Probleme? Hat Bundesminister Blüm recht, wenn er ausruft: »Marx ist tot, Jesus lebt!«

Wissenschaftlicher Sozialismus passé?

Wenn Jesus lebt, dann sicher nicht in der CDU oder der römischen Kurie, dann ist er mitten unter den Opfern ach-so-christlicher IWF-Politik in Chile, Honduras, Mexiko, Ägypten, Indien oder auf den Philippinen. Und er wird nach Polen kommen, wenn EG und IWF dort die Arbeit der korrupten »leninistischen« Bürokratie vollendet haben.

Nein, auf Jesus kann sich der große Gesundheitsreformer Blüm nicht berufen, aber wir — wir, ein lebendiger Sozialismus an der Wende zum 21. Jahrhundert — können immer noch und jetzt erst recht etwas mit Marx anfangen! Sein Denken lebt, solange es zur Erschließung der Realität — und auch zur Widerlegung einzelner seiner Aussagen — taugt.

Wo und wodurch wäre der wissenschaftliche Sozialismus widerlegt? Durch das Fortbestehen des bürgerlichen Mittelstandes? Die Mittelschichten, die Marx konkret vor Augen hatte, gibt es in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften so nicht mehr. Andere sind entstanden. Haben Konkurrenz und Kapitalzentralisation aber etwa nicht die Großwirtschaft als bestimmenden Faktor des modernen Kapitalismus durchgesetzt?

Durch die Abschaffung der Kinderarbeit in den entwickelten Zentren des Kapitalismus? Doch wodurch wurde sie möglich? Ging es ohne Klassenkämpfe? Gilt dieser Fortschritt für die Mehrheit der Kinder in der Welt? Und wenn die Kinderarbeit unter kapitalistischen Bedingungen weltweit abgeschafft würde — stürzte damit notwendig ein Grundpfeiler oder nicht vielmehr nur eine Verzierung, eine Spitze der Marxschen Theorie?

Hat Marx in seinen Grundaussagen geirrt? Gibt es keine Tendenz zur Zentralisation und Integration des Kapitals? Gibt es keine Internationalisierung des Kapitalismus? Gibt es keine Tendenz zur Selbstaufhebung der Konkurrenz? Gibt es kein krisenhaftes Auseinanderfallen von Angebot und Nachfrage mehr? Gibt es keine Tendenz zur Entwertung des Werts, das heißt, eine Tendenz, daß mit immer geringerem Aufwand an Arbeitszeit immer mehr Produkte hergestellt werden können? Tritt nicht genau hier der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zutage?

Wieso schafft denn die Entwicklung der Produktivkräfte nicht das Paradies auf Erden, sondern Streß und Fremdbestimmung einerseits, Arbeitslosigkeit andererseits

und Not und Elend im Süden der Welt? Wieso steht betriebswirtschaftliche Vernunft in Fragen sozialer und ökologischer Kosten und gesamtgesellschaftlicher Interessen so oft der Vernunft der Gesamtgesellschaft und der Volkswirtschaft, ja der Gattung Mensch diametral entgegen? Was sind denn die »Sachzwänge«, die internationale Wettbewerbsfähigkeit, die — betriebswirtschaftliche — Rentabilitätsfrage? Was ist dieses »wir würden ja gerne ... aber ach, die Verhältnisse, die sind nicht so ...«?

Ja, genau diese Verhältnisse sind gemeint! Zwangsverhältnisse; nicht Verhältnisse von Dingen zueinander, wie es scheint, sondern Verhältnisse zwischen Menschen; Herrschaftsverhältnisse, gesellschaftliche Verhältnisse — von Menschen gemachte Verhältnisse, welche die den Menschen und ihre Gesellschaft entfremdete Macht des Kapitals zum allgemeinen Gesetz der Gesellschaft erheben: das Klassenverhältnis des Kapitalismus eben! Und diese Verhältnisse wollen wir Sozialisten beseitigen, umwälzen, genau diese Verhältnisse, die nur der Ausdruck des sozialen Herrschaftsverhältnisses des Kapitals sind, noch immer sind!

Dieser Kampf beginnt mit dem Kampf gegen die Lüge, die in Worten steckt: In Worten wie »Arbeitnehmer« für die Verkäufer der eigenen Arbeitskraft, die »Arbeitgeber« für die Produktionsmittelbesitzer, die lebendige menschliche Arbeitskraft kaufen; in Worten wie »Arbeitsplatzbesitzer« für die bar jeder Verfügungsgewalt über ihre Arbeitsplätze von Lohnarbeit Abhängigen; in der Rede von der »sozialen Marktwirtschaft«, die nichts anderes umschreibt, als die materielle Hegemonie des privatwirtschaftlich organisierten und von direkter Staatsintervention abhängigen Kapitalismus des zentralisierten Finanzkapitals! Kampf der Lüge von der »freien Marktwirtschaft«, welche die am privaten Profit orientierte Planwirtschaft der Trusts, Konzerne und Kartelle mit fürsorglicher Staatshilfe verdeckt! Kampf der Lüge vom »freien Welt-handel«, die nur das freie Handeln der transnationalen Konzerne in der Welt verschleiert!

Sozialismus fängt damit an, die Dinge bei ihrem richtigen Namen zu nennen! Sozialismus zeigt die hintergründigen Interessen, Interessengegensätze und der Gesellschaft innewohnenden Widersprüche auf, setzt bei ihnen an und nimmt Partei: Reden wir also über die Weltwirtschaftsordnung, die »terms of trade« und die Schuldenkrise. Reden wir über die Plünderung der Naturschätze und menschlichen Arbeitskraft im Süden der Welt, über die Internationalisierung des Klassenkampfes und die Perspektive eines Nordens, der davon leben will, daß er dem nackten Mann in Bolivien, Argentinien oder Zaire weiter in die Tasche faßt. Reden wir über die absehbaren sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Folgen der imperialistischen Perspektive! Reden wir über die Perspektive einer Gesellschaftsordnung, deren Lebenselixier im ökonomischen Wachstum, in Expansion besteht.

Die Zähligkeit und ungebrochene Dynamik des Kapitalismus können wir nicht bestreiten. Marx selbst war der größte Bewunderer dieser Dynamik, er war schon geradezu verblendet von der dynamischen Entwicklung der Produktivkräfte. In eben dieser Dynamik — und auch das wissen wir seit Marx — liegt zugleich die destruktive Kraft, die entmenschlichte Gewalt gegen Mensch und Natur; die Grenzen und Widersprüche des Kapitalismus stecken gerade in dieser ihm eigenen Dynamik. Seine Grenze besteht

ja gerade darin, daß dieses von Menschen in die Welt gebrachte Produktionsverhältnis an einer dem Menschen entfremdeten und menschlicher Kontrolle entrückten Eigendynamik gewinnt, die schließlich den Menschen selbst, seine Gesellschaft und seine natürlichen Lebensgrundlagen zu verschlingen droht.

Wir können die Kraft des privaten Profitmotivs nicht bestreiten, aber wir müssen nach seinem Verhältnis zur und seiner konkreten Wirkung in der Gesellschaft unter den Bedingungen der Vorherrschaft des Kapitals fragen. Für uns und andere müssen wir heute aber offenbar auch das Verhältnis des Sozialismus zu Begriffen wie »Markt«, »Eigentum«, »Staat«, »Demokratie«, »Freiheit«, »Selbstbestimmung« und »Menschenrechte« erneut thematisieren.

○ Man sagt, Sozialisten wären gegen den Markt. Aber pardon, haben Sozialisten die Elefantenhochzeit von Mercedes-Benz und MBB gefordert? War es nicht ein bürgerlich-liberaler Minister und Gralsritter der »freien Marktwirtschaft«, der die Schaffung marktbeherrschender Monopole mit angeblich gesamtgesellschaftlichen Interessen zu begründen suchte? Was wirft man uns vor? Daß wir die Allmacht des Marktes durch politische Eingriffe nicht im Interesse des Großkapitals, sondern im Interesse der Mehrheit der arbeitenden Menschen beschränken wollen? Nun denn: Schuldig im Sinne der Anklage!

Aber nicht wir, sondern das Kapital selbst schafft den Markt ab; wir haben gelernt, nicht den Markt an sich zu verdammen, aber wir fragen nach seiner Funktion in der Wirtschaft. Ich für meinen Teil wünsche mir sogar mehr Markt, mehr Vielfalt, als sie die großen Lebensmittel- und Fast-Food-Ketten beispielsweise herstellen können. Einen Markt allerdings, der den Menschen als freien Subjekten in einer von ihnen gestalteten Volkswirtschaft dient, und der nicht umgekehrt als Arbeits-, Wohnungs-, Waren- und Kreditmarkt über das Leben der Menschen herrscht. Ein Markt, der nicht Diktator der Gesellschaft, sondern Ratgeber und Richter ist, ein Richter, der an Regeln gebunden bleibt, die von und für Menschen gemacht werden und für Menschen veränderbar bleiben. Nicht der Markt, der Mensch soll frei sein!

Es kann nicht um die Alternative Markt oder Plan gehen, es geht vielmehr um die Frage, in wessen Interesse Markt und Plan welche Funktion in der gesellschaftlich organisierten Volkswirtschaft ausüben sollen. Es geht darum, ob sich die Volkswirtschaft als Wirtschaft des Volkes verwirklicht.

○ Man sagt, Sozialisten wären gegen das private Eigentum. Doch pardon, hatten Marx und Engels Unrecht, als sie schrieben: »Ihr entsetzt euch darüber, daß wir das Privateigentum aufheben wollen. Aber in eurer bestehenden Gesellschaft ist das Privateigentum für neun Zehntel ihrer Mitglieder aufgehoben; es existiert gerade dadurch, daß es für neun Zehntel nicht existiert.«³ Und seit 1848 — da täuschen keine Kleinaktionäre drüber weg — ist die Zentralisation des Kapitals in immer weniger Händen weiter fortgeschritten! Und nicht wir, sondern das Kapital dogmatisiert die Frage der Eigentumsverhältnisse, indem es die bestehenden bürgerlichen zur heiligen Kuh erklärt!

○ Man sagt, Sozialisten wären für mehr Staat. Aber pardon, rufen nicht die Konservativen nach mehr Polizei und Überwachung und Kontrolle — nicht des Staates

durch die Bürger, sondern der Bürger durch den Staat? Und war es nicht Friedrich Engels, der da schrieb: »In Wirklichkeit ... ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung der einen Klasse durch eine andere ...; und im besten Fall *ein Übel*, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird und dessen schlimmste Seiten [also etwa politische Geheimpolizei oder Behördenwillkür; Anm.d.Verf.] es sowenig wie die Kommune umhin kommen wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.«⁴ Wollte nicht Engels diese »aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht« in einer künftigen Gesellschaft, »die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert« dahin gestellt wissen, wohin sie dann gehört: »ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt«⁵?

Auch Sozialisten, die mit Gramsci den Staat als »Diktatur + Hegemonie« beschreiben, werden — was die Diktatur betrifft — letztlich auch über die höchste Staatsform, die Demokratie, insofern hinausgehen wollen, als auch der demokratische Staat Staat ist. Die sozialistische Demokratie, das heißt, die Verwendung der Demokratie in der Ausübung einer sich immer noch über eine in Klassenantagonismen gesplante Gesellschaft stellende Macht, die der Mehrheit zur (notfalls gewaltsamen) Durchsetzung ihrer in Gesetze gefaßten Interessen gegen die Minderheit dient, kann Sozialisten nur als notwendiges Übel erscheinen, bis ihre politischen Funktionen mehr und mehr von einer Gesellschaft selbst ausgeübt werden, die keine Klassengegensätze mehr kennt. Sozialistische Demokratie muß in eine möglichst direkte gesellschaftliche, das heißt, in die soziale Demokratie einer klassenlosen Gesellschaft übergehen.

Sozialismus im Sinne von Marx, Engels und Luxemburg erstrebt die Beseitigung jeglicher dem Menschen und seiner Gesellschaft entfremdeten Macht. Wir kämpfen mithin nicht nur für die politische Gleichberechtigung der Menschen als Staatsbürger, sondern darüber hinaus für die soziale und menschliche Emanzipation.

An der bürgerlichen Demokratie kann uns die formale Freiheit und Gleichheit der Menschen nicht stören, sondern die Reduzierung der Freiheit auf die abstrakte Rolle des Staatsbürgers. Wir verwerfen nicht die demokratische Form, sondern den undemokratischen und unfreien gesellschaftlichen Inhalt bürgerlicher Demokratie; wir wollen die politische Form »mit neuem sozialen Inhalt füllen«⁶ und so die bürgerliche Demokratie durch eine »vollständigere Demokratie ersetzen«⁷. Wir wollen soviel mehr Demokratie, daß sich der Staat verwandelt »in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist«⁸, sondern eine sich selbst regierende und formende gesellschaftliche Demokratie.

○ Man sagt, Sozialisten wären gegen persönliche Freiheit. Hierzu schrieben Marx und Engels schon 1848: »In der bürgerlichen Gesellschaft ist das Kapital selbständig und persönlich, während das tätige Individuum unselbständig und unpersönlich ist. Und die Aufhebung dieses Verhältnisses nennt die Bourgeoisie Aufhebung der Persönlichkeit und Freiheit! (...) Unter Freiheit versteht man innerhalb der jetzigen bürgerlichen Produktionsverhältnisse den freien Handel, den freien Kauf und Verkauf.«⁹ Und in der Tat, diese Verhältnisse will der Sozialismus aufheben — und damit auch den

spezifischen Charakter jener Freiheiten, die in der bürgerlichen Gesellschaft Funktionsbedingungen des Kapitalismus sind. Die Freiheit der Dinge soll der Freiheit des Menschen Platz machen!

Was ist das für eine Freiheit? — Der Mensch zeichnet sich dadurch aus, daß er die Anlage zum Bewußtsein über seine Individualität, zum selbstbewußten Individuum wie die Anlage zum gesellschaftlichen Wesen in sich trägt. Das Einzelwesen Mensch ist nicht selbstgenügsam und bedingungslos, ist nur für sich nicht menschlich, sondern verwirklicht sein Menschsein, seine selbstbestimmte Individualität in Gemeinschaft mit anderen Menschen unter bestimmten Bedingungen. »Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen ...«¹⁰

Freiheit ist Selbstverwirklichung des Menschen als bewußtes Individuum und soziales Wesen in Erkenntnis der von ihm vorgefundenen Bedingungen; ihre Schranke liegt darin, daß sie immer auch die Freiheit der anderen umfassen muß. Diese Selbstverwirklichung des Menschen in gleichberechtigter Teilhabe am Leben der Gemeinschaft ist nichts anderes als die »Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«¹¹, also Ziel des Sozialismus.

Sozialismus ist Demokratie, ist Freiheit, ist Selbstbestimmung und umfassende Verwirklichung der Menschenrechte. Er stellt den individuellen Freiheits- und Grundrechten nicht nur die sozialen gegenüber, er muß vielmehr bestrebt sein, den Gegensatz der unterschiedlichen Freiheiten in einer neuen, ganzheitlichen Freiheit aufzuheben.

Wenn jetzt endlich in der UdSSR und anderen präsozialistischen Staaten mit der Erweckung der Demokratie aus dem Koma begonnen wird, so ist das noch kein Einbruch bürgerlicher Ideologie (oder nur so weit, wie westlich-demokratische Ideen sowieso zum Sozialismus gehören), sondern die Chance zur Entfaltung des Sozialismus. Damit hört er doch nicht auf, Sozialismus zu sein, sondern beginnt vielmehr endlich Luft zu holen und einer zu werden, der den Namen verdient! Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß die antisozialistische Konterrevolution droht, wenn sich das werktätige Volk daran macht, die ihm eigene Wirtschaft wirklich in Besitz zu nehmen! Sozialismus beginnt mit der Auflehnung des arbeitenden Volkes gegen ihm entfremdete Macht und verwirklicht sich in seiner Herrschaft als »Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique, ... das heißt in breitester Öffentlichkeit, unter tätiger ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie«.¹²

Die DDR im Herbst 1989 — das ist Sozialismus: auferstanden aus Ruinen mit dem Ruf aus hunderttausenden Kehlen »Wir sind das Volk! Wir bleiben hier! Demokratie — jetzt oder nie!« In den riesigen Volksdiskussionsforen und wirklich öffentlichen Parlamentsdebatten in Dresden, Leipzig, Ost-Berlin und anderswo wurde *sozialistische* Demokratie lebendig! Jawohl! Mehr Demokratie wagen, heißt mehr Sozialismus wagen! Nur Mut, Sozialismus ist machbar, lieber Nachbar! Wie? Ja, wie man das macht, »darüber gibt kein sozialistisches Programm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß ... Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme. Nur Erfahrung ist imstande, zu korrigieren

und neue Wege zu öffnen. Nur ungehemmtes, schäumendes Leben erhält *schöpferische* Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.«¹³

Nicht jammern, was tun!

Hüben wie drüben gilt: Es geht nicht ohne Niederlagen, Rückschritte und Fehler — der Mensch ist fehlbar und so auch der Kampf um eine wirklich menschliche Gesellschaft; irren ist menschlich. Nur dürfen Sozialisten nicht Schwarz für Weiß ausgeben, müssen offen sagen, wo und wofür sie stehen und wohin sie gehen wollen.

Wenn Lenin sagte, »vielleicht ist unser Apparat schlecht, aber man sagt, die erste Dampfmaschine, die erfunden wurde, sei auch schlecht gewesen, und es sei sogar fraglich, ob sie funktioniert hat. Doch nicht darauf kommt es an, sondern darauf, daß die Erfindung gemacht worden ist«¹⁴, so ist das nur die halbe Wahrheit. Auch Leonardo da Vinci erfand viel, auch Flugapparate. Aber solange die Dinger nicht flogen, waren Abstürze, wie der des Schneiders von Ulm, Beweis für die Unmöglichkeit des Fliegens. Die Erfindung allein genügt nicht. Wenn der Apparat nicht besser wird, kann man lange erzählen, daß der Flug über den Atlantik schneller ist als die Schiffspassage — es überzeugt nicht. Solange die Schiffe fahren, aber der Flugzeugbau nicht über Otto Lilienthal hinausgeht, ist der Gebrauchswert nicht hinreichend bewiesen, die Erfindung wertlos.

Aber, *Lenin da Vinci* würde dem sicher zustimmen, es ist keine Schande, wenn sich herausstellt, daß der Traum von der klassenlosen Gesellschaft nicht leichter zu verwirklichen ist als der vom Fliegen. Und schließlich funktionieren ja die modernen Flugdrachen im Prinzip so, wie es sich die ersten Flugzeugkonstrukteure dachten. Es hat eben nur seine Zeit gebraucht und einiger Entwicklungen, die nicht aus dem Flugzeugbau hervorgingen.

Es gibt keinen Grund, den Traum aufzugeben, man muß nur immer neu beginnen und es jedesmal besser machen. Der Sowjetsozialismus alten Typs war nur der erste oder zweite Prototyp. Und dieses Teil gehört jetzt eben ins Museum.

Wenn man uns hier im Westen als Modellflugzeugbastler belächeln mag — so schlecht sieht unsere Bilanz nun auch nicht aus: Auch hier hat realer Klassenkampf stattgefunden, demokratische Rechte und soziale Errungenschaften gab es nicht umsonst. Die betriebliche Mitbestimmung und die politische Demokratie in der BRD brauchen sich vor den Errungenschaften etwa der DDR in den entsprechenden Bereichen nicht zu verstecken. Demokratie und soziale Sicherungssysteme sind keine bürgerlichen Errungenschaften, sie sind dem Kapital abgerungene Elemente einer neuen Gesellschaft im Schoße der alten. Diese ist als solche noch nicht zur Welt gebracht; die Elemente sozialer Demokratie — zu denen man durchaus den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, gesellschaftlich verwaltete Institutionen des Sozialsystems und viele Teile des Bildungssystems zählen kann — sind in den vorherrschenden Verhältnissen nicht bestimmend, aber sie sind ebenso real wie die Errungenschaften des realen Sozialismus mit chronischem Demokratiemangel.

Ansätze für einen demokratischen Sozialismus gibt es nicht nur östlich der Elbe, und — so zweischneidig diese Feststellung auch ist — ohne sozialistische Elemente wäre der moderne Kapitalismus überhaupt nicht mehr lebensfähig. Und bei aller Zweischneidigkeit (die Zwiespältigkeit der Realität schreckt Sozialisten aus der Schule von Marx und Engels nicht!) der sozialen Errungenschaften, die eben auch den Kapitalismus und bürgerliche Hegemonie stabilisieren, können wir auf das real Erreichte auch stolz ein. Schließlich: An den Früchten sollst du den Baum erkennen ...

Trotzdem, wir sind in der Defensive — hüben wie drüben. Ja, es ist alles schwierig und das Ziel ist fern — aber wer hat denn behauptet, daß es leicht wäre? Und ist die Lage etwa aussichtslos? Man könnte den Imperialismus als hochgezüchteten Leistungssportler beschreiben, der ständig mit Tranquillizern daran gehindert werden muß, sich totzurrennen, wie weiland der Läufer von Marathon. Der reale Sozialismus wäre dann ein junges Talent, das noch nicht ausgewachsen und schwach trainiert mit allerlei Doping ins Rennen geschickt wurde, und dem nun — da helfen keine Pillen mehr — die Puste ausgegangen ist. Wo aber ist die Perspektive? Nehmen wir jenem die Beruhigungsmittel, so wird er laufen, bis die Gelenke pulverisiert und die Sohlen bis auf die Knochen durchgescheuert sind (ein Münchhausener Windhund). Nehmen wir dem anderen das Dope, trainieren ihn endlich aus und schicken ihn dann wieder ins Rennen, so wird er kaum zu schlagen sein.

Wir müssen und können wieder in die Offensive. Gerade wenn soviel über Sozialismus, Freiheit und Demokratie geschwätzt wird. Das sind unsere Kampfbegriffe — allesamt! Holen wir sie uns zurück! Wir haben keine Zeit mehr. Auch wenn wir jetzt den übernächsten Schritt noch nicht wissen — wir müssen jetzt den nächsten gehen und dann weitersehen. Europa — Gesamteuropa — wird jetzt zum Kampfplatz für die Gestaltung des Lebens in den Ländern des Kontinents ausgerufen; wir müssen in den Ring! Schuldenkrise und Umweltkatastrophe drohen jetzt!

Jetzt ist der Sozialismus Thema — keine Zeit für Plandiskussionen! Wir brauchen eine gesamteuropäische Linke! Wir müssen jetzt beginnen, die Kampfbegriffe für diese Linke, die wir erst aufbauen wollen, zu besetzen! Das Rüstzeug ist doch da! Wenn wir mehr brauchen, machen wir es uns — im politischen Kampf werden wir sehen, was noch fehlt, was unbrauchbar und was veränderungsbedürftig ist. An allem zu zweifeln, war das Lieblingsmotto von Marx; ja, recht hat er: Auch an ihm und uns und unserem Sozialismus müssen wir zweifeln, immer wieder alles in Frage stellen — aber warum denn jetzt mehr als sonst? Und weshalb verzweifeln? Zweifel ja, aber auch Selbstvertrauen und Mut!

Welcher Kirche Gläubige sollen wir denn sein, daß wir verzweifeln, nur weil ein grauer, mißgestalteter Dom seinen Zustand mit dem Schild »Einsturzgefahr« ausweist? Götzenanbeter? Pharisäer? Sozialismus kann kein abstraktes Bekenntnis sein, er ist Methode, Instrumentarium, Standpunkt und Kampf. Soll er nicht zur Floskel verkommen, muß er auf konkrete Probleme angewandt, bewiesen und gelebt werden. Sozialistische Politik beweist sich im Streit um die Verwirklichung der Rechte auf Erwerbsarbeit, Wohnraum und Bildung, um Umweltschutz, um Abrüstung und um die multikulturelle Gesellschaft. Sie kann die Probleme nicht auf einen Schlag lösen, aber

Schritt für Schritt Bedingungen erkämpfen, die Lösungen ermöglichen. Daran allerdings, ob und wie wir die möglichen Schritte gehen, wie wir mit Zielkonflikten umgehen und ob man unseren Schritten die Orientierung an unseren Zielen und den Drang nach vorn anmerkt, muß und wird man unsere Politik messen.

Ja, oft genug werden wir kleine Brötchen backen müssen, dem allgemeinen Bewußtsein und den realen Bedingungen nicht allzuweit vorausseilen können — »lieber weniger, aber besser«, sagt Lenin. Sozialismus läßt sich eben »seiner Natur nach nicht oktroyieren durch Ukase«. ¹⁵

Wenn wir nur offen und ehrlich sind! Wenn wir offen unsere Probleme, unbeantworteten Fragen wie unsere Perspektiven und Grundsätze benennen und bei jedem Schritt, den wir gehen, den Weg für die Menschen glaubwürdig erfahrbar wird, dann ist diese Offenheit unsere stärkste Waffe. Man muß an uns erleben können, daß wir die Menschen ernst nehmen und ihre Probleme anpacken — so gut wir es eben verstehen, daß es uns um die Menschen geht und wir Hilfe nicht ablehnen.

In unserem Umgang mit konkreten Problemen beweist sich unser Sozialismus, durch uns wird er erlebbar, denn er lebt in und durch uns. Unser Sozialismus ist nicht lebendiger, nicht glaubwürdiger, nicht kompetenter, nicht besser als wir selbst und nicht schlechter als wir ihn machen. Die Demokratie, Freiheit und Solidarität, die wir fordern, müssen wir für uns und andere erfahrbar machen; nur so bleibt der Sozialismus eine lebendige Kraft mit Perspektive. Einer Perspektive, die es durch uns, Genossinnen und Genossen, aufzubauen gilt, und für die wir »Volk und Partei zu einem langwierigen und beharrlichen Kampf mobilisieren« müssen, wobei jeder Schritt bei der Bewegung nach vorn bemerkt und dazu genutzt werden muß, noch einen Halt für einen neuen, breiteren Schritt zu finden — so rät Grobatschow. ¹⁶ Und im vernünftigen Glauben an den Menschen haben wir eine Chance!

Wer denn, wenn nicht wir?

Wo denn, wenn nicht hier?

Wann denn, wenn nicht jetzt?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution, GW 4, S. 362.
- 2 W.I. Lenin: »Die NÖP ...«, LW 33, S. 43 (»Ein strategischer Rückzug«); lesenswert ist in dem Zusammenhang auch Lenins Argumentation im selben Band z.B. S. 91f. (Über die Bedeutung des Goldes), S. 143f. (IX. Gesamtrussischer Sowjetkongreß) oder S. 258-263 (XI. Parteitag der KPR[B]).
- 3 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in MEW 4, S. 477.
- 4 Friedrich Engels: Einleitung zu »Der Bürgerkrieg in Frankreich« (Ausg. 1891), in MEW 17, S. 625.
- 5 Friedrich Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats, in MEW 21, S. 165, 168.
- 6 Rosa Luxemburg: Siehe Anm. 1, S. 363.
- 7 W.I. Lenin: Staat und Revolution, LW 25, S. 432.
- 8 W.I. Lenin: Ebd.
- 9 Marx/Engels: Manifest ..., MEW 4, S. 476.
- 10 Friedrich Engels: Anti-Dühring, MEW 20, S. 106.
- 11 Marx/Engels: Manifest ..., MEW 4, S. 482.
- 12 Rosa Luxemburg: Siehe Anm. 1, S. 363.
- 13 Rosa Luxemburg: Siehe Anm. 1, S. 360.
- 14 W.I. Lenin: XI. Parteitag der KPR(B), LW 33, S. 288f.
- 15 Rosa Luxemburg: Siehe Anm. 1, S. 360.
- 16 Michail Gorbatschow: Schlußwort auf dem ZK-Plenum vom 27.1.1987. In: Die Rede, Reinbek 1987, S.89.

Rechtsradikalismus

Joachim Günther

Wie umgehen mit den Republikanern?

Zehn Monate Parlamentserfahrung in Berlin/West

Mit der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29. Januar 1989 haben sich die rechtsradikalen »Republikaner« den Weg in die Länderparlamente geebnet. Seitdem steht die Frage nach dem »Umgang« mit den REPs auf der Tagesordnung der Linken. Spontane Demonstrationen am Abend der Wahl und in den Tagen darauf, Aktionen gegen den Parteitag der REPs im Juli und andere antifaschistische Aktivitäten sind allerdings nur kurzfristige Antworten auf das Auftreten der neuen Rechten. Im täglichen politischen Geschäft wird durch immer neue Fragestellungen erst die Basis für die längerfristige Herausforderung von Rechts deutlich.

Grüßen oder nicht grüßen? Auf der Treppe des Schöneberger Rathauses kommen mir Abgeordnete der Fraktion der »Republikaner« entgegen. Wir haben eines gemeinsam: Wir sitzen erst seit wenigen Tagen als Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses im Parlament, sind also »Kollegen«. Ich grüße nicht, das geht mir doch zu weit. Ich verlasse auch bei den ersten parlamentarischen Auftritten den Saal. Aber wie sonst damit umgehen?

Fraktionssitzung der SPD: Es geht um die Verteilung der Ausschüsse, wer wo Vorsitzende oder Vorsitzender wird. Das Verfahren ist vorgeschrieben: Nach dem System von d'Hondt wird »zugegriffen«. Das heißt, nach dem sogenannten Höchstzahlverfahren kann die jeweilige Partei aus den verbliebenen Ausschüssen denjenigen auswählen, in dem sie den Vorsitz übernehmen will. Die REPs wären bei Ausschuß-Nummer 12 dran. Sie könnten dann immer noch unter über 10 Ausschüssen wählen. Eine makabre Vorstellung: Ein REP als Vorsitzender des Rechts- oder gar des Ausländer-Ausschusses? Das ist aber nur zu verhindern, wenn sich alle anderen Parteien auf eine Verteilung einigen. Die CDU ist bereit, mitzuspielen. Doch welchen Ausschuß sollen wir für die REPs »reservieren«. Die Lösung ist verblüffend: Es wird der Bauausschuß sein, ein für die Koalition existentieller Bereich angesichts der Wohnungsnot in der Stadt, einige GenossInnen machen fragende Gesichter. Doch die Logik ist überzeugend: Wohnungs- und Straßenbau sind keine »ideologischen Themen« — und die REPs waren schließlich auch für den Erhalt der Mietpreisbindung.

Nach dem 50. Tagesordnungspunkt wird es anstrengend, immer den Saal zu verlassen, wenn ein »REP« redet. Überhaupt gibt es mit der Zeit wirkliche Auseinandersetzungen mit den Rednern der REPs. Das fängt schon bei der Anrede an: Andres, zu diesem Zeitpunkt noch Fraktionsvorsitzender der REPs, setzt der Formel »Herr Präsident, meine Damen und Herren« immer noch die Begrüßung »Liebe Berlinerinnen und

Berliner« hinzu. Beim dritten Mal hat es das Plenum bemerkt und stimmt nun chor-mäßig ein. CDU-Parlamentspräsident Wohlrabe rügt die schlimmsten Entgleisungen des (inzwischen ausgeschlossenen) REP-Chefs, der mit Hetzparolen (»16. März, Machtergreifung der Grünfaschisten«) um sich wirft. Vor allem wird es jetzt interes-sant, wie und ob die CDU — nach der Berliner Wahl mit deutlich rhetorischem Rechts-ruck auftretend — sich von den REPs distanziert.

Der AL-Abgeordnete Bernd Köppl geht während der Debatte um den Nachtrags-haushalt 1989 als erster mit der parlamentarischen Arbeit der REPs öffentlich ins Gericht: »... das paßt zu den 'Republikanern'. Wir haben eine Hauptausschußsitzung gehabt ... und zu den 38 Tagesordnungspunkten gab es keine einzige Wortmeldung der 'Republikaner'. Heute verzichten Sie auf eine Rede zum Nachtragshaushalt ... wenn Sie zu einem der wichtigsten Themen des Parlaments hier überhaupt nicht Stellung nehmen, dann sind Sie hier im Haus auch eigentlich entbehrlich.«

Auf der Zuschauertribüne der Bezirksverordnetenversammlung von Kreuzberg ist immer »Stimmung« gewesen. Ob Hausbesetzerszene Anfang der achtziger Jahre, Autonome oder welche Gruppen auch immer, die BVV wurde auf Trab gebracht. Seit dem 29. Januar 1989 hat sich die Szene gewandelt: Nun sind es vor allem Anhänger der REPs, die sich hier lautstark zu Wort melden. Angeführt vom ehemaligen Fraktions-vorsitzenden der Kreuzberger CDU machen sie deutlich, daß es nicht mehr allein Domäne sich wie auch immer im linken Spektrum bewegender Gruppen ist, sich öffentlich zu artikulieren.

»Haltungsfragen« ergeben sich bei jeder Gelegenheit. Beispiel 1: Anhörung der Kommission für den weiteren Umgang mit dem ehemaligen GeStaPo-Gelände, jenem historischen Ort der bürokratischen Planung des Massenmordes durch den Faschismus. Die Parteien des Abgeordnetenhauses sind (selbstverständlich alle) als Teilnehmerinnen geladen. Auch die REPs. Sie kommen zwar nicht, aber es reicht zu apodiktischen Erklärungen, einige Organisationen stellen ihre Teilnahme in Frage, wenn die REPs zugelassen würden. Die Situation ist prekär: Kann jemand einer Verfolgten-Organisation verdenken, daß sie sich gegen die Teilnahme der REPs zu einem solchen sensiblen Thema verwehren? Was bedeutet es andererseits für die gesellschaftliche Auseinandersetzung, gerade wenn zu einem solchen Thema eine Parlamentspartei nicht zugelassen würde?

Beispiel 2: Landeszentrale für politische Bildung. Der Vertreter des DGB im Beirat der Landeszentrale, Horst Jäckel, erklärt zur Mitarbeit der »REPs«: »Ich protestiere gegen die Mitgliedschaft der Partei der Republikaner ... es darf nicht berufen werden, wer mißbräuchlich die Grundrechte angreift oder gefährdet, insbesondere wer nation-alsozialistische oder andere totalitäre Ziele verfolgt ... Sie wollen die Gewerkschafts-arbeit in ihrer ökonomischen, aber vor allem in ihrer politischen Form beschränken und die Tarifautonomie zerschlagen ... Ich sehe in dieser Zielsetzung keinen Unter-schied gegenüber der Verordnung über Wesen und Ziel der Arbeitsfront der faschisti-schen Zwangsorganisation vom Oktober 1934.« Aber es gibt auch das Gegenbeispiel: Das Kuratorium der Landeszentrale diskutiert im November die Frage, ob eine Bro-schüre veröffentlicht werden darf, die sich kritisch mit den REPs auseinandersetzt.

Zwei Grundmuster in der derzeitigen politischen Auseinandersetzung mit den REPs werden in diesen Beispielen deutlich: Während der DGB (vom Anliegen her einig mit vielen anderen politischen Kräften in der Stadt) mit seinem Antrag die REPs als Parlamentsfraktion nicht »wahr«-haben will, gibt es auf der anderen Seite Mutlosigkeit bei der offensiven Auseinandersetzung mit dem neuen Rechtsradikalismus.

Die REPs werden in Zukunft Bestandteil des politischen Spektrums sein. Darauf deuten Wahlanalysen in der Bundesrepublik hin. Sie bestätigen einen hohen Erstwähleranteil der REPs, die aus Erfahrung in hohem Maße dazu tendieren, bei zukünftigen Wahlen sich für die Partei zu entscheiden, der sie beim ersten Mal ihre Stimme gegeben hatten. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach dem Wählerpotential der REPs. Gibt es z.B. fast 100 000 WählerInnen in Berlin, die bewußt den Rechtsradikalismus unterstützen? Die Analysen der Wahlergebnisse hatten u.a. verblüffende Erkenntnisse zutage gefördert: Etwa jede/r zweite WählerIn der REPs hat mit der sogenannten Erststimme (für die Direktkandidatur — die REPs hatten kaum eigene Direktkandidaten) die KandidatInnen der SPD gewählt! Ohne alle Wahlanalysen der unterschiedlichen Institute hier referieren zu wollen, kann doch übergreifend festgestellt werden, daß die Entscheidung für die REPs nicht Ergebnis klar strukturierter neo-faschistischer Gedankengutes war, sondern der auf bestimmte Fragen (Ausländer/Wohnungsnot) zugespitzte Protest gegen die herrschende Politik. Anders als bei dem Auftreten der Grünen, die neue gesellschaftliche Problemfelder mit anderen Formen politisch-gesellschaftlicher Organisation beantworteten und damit einen bestimmten sozialen Typus ansprachen, wird ein sich verfestigender Rechtsradikalismus in der Bevölkerung mit »alten« Lösungsvorschlägen die politische Landschaft polarisieren.

Welches ist die Antwort der Linken? Mag auch die Parallelisierung der neuen Rechten mit dem historischen Faschismus in vieler Hinsicht berechtigt sein, entsteht daraus keine Strategie, es sei denn, die Linke diskutiert kritisch die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus. Dabei spielt bereits die Begrifflichkeit eine wichtige Rolle: Der »Kampf« gegen Rechts suggeriert von der Wortwahl her die Illusion, der »Kampf um die Köpfe« sei die Widerspiegelung physischer Auseinandersetzungen. Die Entrollung von Transparenten und das Belagern von Versammlungsstätten der REPs (so etwa zum Landesparteitag im Juli in West-Berlin) mag mobilisierendes Element für diejenigen sein, die vom Grundsatz bereits entschieden sind; die wirklichen und potentiellen AnhängerInnen der REPs bleiben davon unbeeinflußt. Gegen die REPs hilft nur ein politisches Programm, das an die Stelle des Umkippen von rudimentärem Klassenbewußtsein in neo-faschistische Denkstrukturen Perspektiven für die »Zu-kurz-Gekommenen« in unserer Gesellschaft eröffnet.

Ein erster Schritt im Kampf gegen Rechts ist die Polarisierung gegenüber der CDU. Der Wählerfolg der REPs in West-Berlin resultierte u.a. auch aus der Unzufriedenheit mit den »etablierten« Parteien. Das gilt sowohl für ehemalige CDU-WählerInnen als auch für das Potential, das direkt oder über Umwege von der SPD gekommen ist. Gerade diejenigen WählerInnen der REPs, die aus dem traditionellen Spektrum des SPD-Stammwählerpotentials kommen, finden sich in der politischen Landschaft nicht mehr zurecht. Polarisierung bewirkt in jedem Fall eine Hilfe bei der eigenen Standort-

bestimmung. Polarisierung ist auch dann ein richtiges Mittel, wenn das Thema im Augenblick nicht mehrheitsfähig ist, wobei die SPD allerdings den »handelnden Part« übernehmen muß. Selbst das Ausländerwahlrecht bzw. die Ausländerpolitik insgesamt wären Beispiele für profilbildende Politik und positive Polarisierung. In einer polarisierten Auseinandersetzung verlagert sich die Diskussion über den Rechtsradikalismus in die gesellschaftliche Rechte und zwingt die Konservativen (CDU/CSU) zur Definition gegenüber dem organisierten Rechtsradikalismus.

Silvia Rosendahl

Die »Republikaner« in Nordrhein-Westfalen

Eine Analyse der Ursache ihres Erfolges vor dem Hintergrund der Kommunalwahlen

Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen am 1. Oktober fiel der Wahlerfolg der sogenannten »Republikaner« landesweit wesentlich geringer aus als drei Wochen später in Baden-Württemberg (2,3 % Landesdurchschnitt mit Spitzen bis 7,4 % in NRW, 9,5 % Durchschnitt in Baden-Württemberg, dort, wo sie angetreten waren). Doch spricht auch die SPD in NRW von einer »ernsten Herausforderung für alle Parteien« und nicht mehr, wie nach den Europawahlen, vollmundig von: »Rechte gestoppt«. Immerhin hatte die NRW-SPD als einzige Partei im Kommunalwahlkampf ein aufklärendes Flugblatt gegen die REPs in Umlauf gebracht.

Erfolge der REPs in den Ballungszentren

Die »Republikaner« traten in 24 von 54 Kreisen und Städten zu den Wahlen an, und insofern kann der Landesdurchschnitt von 2,3 % nicht darüber hinwegtäuschen, daß das WählerInnenpotential wesentlich höher liegt (bei den Europawahlen waren es 4,1 % und noch 1,3 % für die DVU). Vor allem die Großstädte geben Grund zur Besorgnis. Die REPs zogen in 6 von 13 Kommunalparlamenten der Städte über 170 000 EinwohnerInnen ein. Hochburgen sind Gelsenkirchen und Köln mit je 7,4 %, aber auch Dortmund mit 6,3 % und Düsseldorf mit 6,2 %.

Ich möchte exemplarisch drei Ballungszentren herausgreifen: Köln, Dortmund und Duisburg. Alle drei sind Städte mit hoher Arbeitslosigkeit (über 10 %), hohem AusländerInnenanteil, marginalisierten Stadtvierteln und Bevölkerungsgruppen sowie SPD-Stadtregierungen.

In Köln hat die SPD bei den Kommunalwahlen 4,3 % verloren und liegt jetzt bei 42,1 %. Die CDU verlor gar 7,3 % und erreichte noch 30,5 % der WählerInnenstimmen. Die REPs haben ihre höchsten Ergebnisse in den Satellitenstädten wie Chorweiler (13,7 %) erzielt. Einbrüche schafften sie auch in sämtlichen traditionellen Arbeitervierteln mit hohem AusländerInnenanteil wie Ehrenfeld (mit Spitzen bis 11,4 %),

Niehl, Kalk, Vingst etc. Die niedrigsten Ergebnisse liegen in eher gutsituierten Gebieten (Junkersdorf: 3,8 %), gesicherten Facharbeitersiedlungen (Immendorf: 4,3 %) und auch Bezirken mit hohem StudentInnenanteil (Lindenthal: 4,7 %). In Kölnberg, einem extremen sozialen Brennpunkt, erreichten die REPs nur durchschnittliche Ergebnisse, aber: Die Wahlbeteiligung lag nur bei ca. 30 %. In Köln ist also davon auszugehen, daß die besten REP-Ergebnisse von den WählerInnengruppen stammen, die entweder zum marginalisierten Drittel der Zwei-Drittel-Gesellschaft gehören oder aber knapp oberhalb der sozialen Deklassierung schweben. Dies vor dem Hintergrund, daß in Köln die Legitimationskrise »der Politik« bzw. der Parteien ziemlich offensichtlich ist. Ganz im Sinne des »Kölschen Klüngels« wird zwischen allen Parteien gekungelt (manche benutzen auch härtere Formulierungen), natürlich ist die SPD mitten dazwischen, ob rechts, ob links, egal ...

In *Dortmund* hatte schon die FORSA-Studie einigen Aufschluß darüber gegeben, wie ein Abwandern von traditionellen SPD-WählerInnen zu den Rechten funktioniert. Die typische Abwanderungsmotivation setzt sich zusammen aus dem Gefühl, sozial unten zu stehen, sich gegen massenhaft neu hinzu strömende KonkurrentInnen um Arbeitsplätze und Wohnungen (Aus- und ÜbersiedlerInnen) wehren zu müssen und von der SPD und überhaupt allen »Altparteien« nicht vertreten zu werden. Der Aussage, »ich glaube nicht, daß sich die Politiker viel darum kümmern, was Leute wie ich denken«, stimmten 100 % (!) der abgewanderten SPD-WählerInnen zu (Rechtswähler insgesamt: 85 %). In Dortmund hat die SPD 2,5 % verloren, blieb aber mit 52,9 % deutlich stärkste Partei. Die CDU ist von 30,7 % auf 25,7 % abgesunken. Die »Republikaner« zogen mit 6,3 % in den Stadtrat ein, und in den 6 Stadtbezirken, in denen sie kandidierten, wurden sie in die Bezirksvertretungen gewählt. Hochburgen der REPs liegen in der nördlichen Innenstadt, wo sie Stimmenergebnisse bis 11 % erzielten. Die Wahlanalyse des Dortmunder Wahlamts läßt folgenden sozioökonomischen Hintergrund erkennen (ähnlich wie in Köln): Die SPD-Hochburgen liegen dort, wo der Arbeiter-, Ausländer- und Erwerbslosenanteil am höchsten ist, und hier hat die SPD im Vergleich zur letzten Kommunalwahl am stärksten verloren. Die REPs haben gleichzeitig hier ihre höchsten Ergebnisse erzielt, es ist also von einer Abwanderung traditioneller SPD-WählerInnen zu den REPs auszugehen. Der Umfang der REP-Gewinne ist jedoch durch die SPD-Verluste bei weitem nicht abgedeckt, und das Dortmunder Wahlamt läßt keinen Zweifel daran, daß der Hauptanteil der REP-WählerInnen ehemals der CDU nahestanden. Diese hat überall in Dortmund verloren, insbesondere in ihren Hochburgen. Interessant ist noch ein Blick auf die Altersstruktur: In Dortmund haben die REPs ihre besten Ergebnisse bei jungen Männern zwischen 18 und 25 Jahren erzielt, bei denen die SPD die höchsten Verluste zu beklagen hat.

Ähnliche Bedingungen, aber andere Wahlergebnisse gab es, auf den ersten Blick überraschend, in *Duisburg*: Hier konnten die Republikaner nicht zur Wahl antreten, weil sie gefälschte Unterstützerunterschriften vorgelegt hatten und ihnen die Kandidatur gerichtlich verboten worden war. Man/frau kann natürlich spekulieren, wieviel sie bekommen hätten, wenn sie angetreten wären (bei den Europawahlen waren es immerhin 5,3 %). Wesentlicher ist m.E. folgendes: Die SPD hat von vorher 57,9 % noch

einmal glatte 4 % zugelegt und damit das beste Ergebnis von ganz NRW erzielt. Wie kam es dazu? Meines Erachtens liegt der Schlüssel letztendlich im Arbeitskampf um Rheinhausen. Dieser Arbeitskampf eines Stadtteils von Duisburg hat die gesamte Stadt tief bewegt, man/frau erinnert sich an die Brückenbesetzung, den Sturm auf das Bonzen-Buffet in der Villa Hügel etc. Ein Teil der Duisburger Bevölkerung hat hier konkrete Klassenkampf Erfahrungen im Stile der traditionellen ArbeiterInnenbewegung gemacht. Der Rheinhausener Kampf richtete sich auch gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus. Wer z.B. am 1. Mai 1988 miterlebt hat, wie eine große Mai-Veranstaltung in Rheinhausen kurzfristig aus dem Boden gestampft wurde, weil die FAP (Freie Arbeiter Partei) sich für diesen Tag dort angekündigt hatte (die daraufhin natürlich keinen Fuß auf Rheinhausener Boden zu setzen wagte), hat das auf beeindruckende Weise erfahren. Nun war der Arbeitskampf zwar nicht in dem Sinne erfolgreich, daß die Schließung der Krupp-Hütte verhindert wurde. Bedeutsam ist aber die Rolle des SPD-Oberbürgermeisters Josef (»Jupp«) Krings. Er stellte sich eindeutig auf die Seite der Beschäftigten und konnte in den Verhandlungen mit Krupp, dem Land und dem Bund verschiedenste Hilfsmaßnahmen herauschlagen, z.B. den Ausbau des Duisburger Freihafens. Zum einen hat sich Krings damit das Vertrauen der Duisburger Bevölkerung erworben, zum anderen ist auf Grund der Gelder, die jetzt einfließen, z.B. aus der »Zukunftsinitiative NRW«, eine wirtschaftliche Aufbruchstimmung entstanden, die sich erstens in der Gründung des »Initiativkreis Ruhrgebiet« unter Federführung von Herrhausen (Deutsche Bank), Gramke (Kommunalverband Ruhrgebiet) und dem verstorbenen v. Benningsen-Foerder (VEBA) und zweitens in der kurzfristigen Übernahme der Universiade im August niederschlug. Dieser wirtschaftliche Optimismus in Verbindung mit dem so gesehen erfolgreichen Kampf um Rheinhausen plus eine glaubwürdige sozialdemokratische Leitfigur wie Josef Krings hat den Wahlslogan der Duisburger SPD, nämlich »Dieser Mann hat unser Vertrauen. Josef Krings« zum »Wahlschlager« gemacht. Eine ebenfalls für die SPD mobilisierende Wirkung hatten die Arbeitskämpfe um die Henrichshütte in *Hattingen*. Auch hier legte die SPD 5 % zu, und dies, obwohl das Verhältnis der SPD zur kämpfenden IG Metall dort nicht so eindeutig wie in Duisburg aussah. — Fazit: Das eigene Handeln feht gegen Interessendelegation an den »starken Mann« und macht für die SPD empfänglich.

Interessant ist noch der Fall *Mülheim/Ruhr*. Bei den Europawahlen kamen dort die »Republikaner« immerhin auf 3,6 %. Kurz danach bildete sich eine Betriebsräteinitiative »Junge Arbeitnehmer gegen rechts«, die den konsequenten Kampf gegen die REPs aufnahm. Sie gingen mit ihrer Initiative, Flugblättern, Info-Materialien etc. in die Mülheimer Arbeiterviertel und betrieben Aufklärungsarbeit über die REPs. Ergebnis: Bei den Kommunalwahlen bekamen die REPs in Mülheim nur noch 1,3 % (während ansonsten in den Ballungszentren das Kommunalwahlergebnis meist über dem Europawahlergebnis lag).

Natürlich hat es auch an anderen Orten Aktivitäten antifaschistischer Initiativen gegeben, aber wohl nirgends mit solchem Erfolg. Woran das liegt, ist meines Erachtens leicht zu erklären: Ein junger Mann in Punkerkluft und Ketten oder aber Öko-Strickpullover und sanftem Lächeln überzeugt z.B. einen Arbeiter vom Stahlwerk nicht

davon, daß die REPs ihn »hinters Licht führen« wollen. Da stehen scheinbar unüberbrückbare Unterschiede im Habitus, in der Lebensweise dazwischen. Unbedingt notwendig ist eine gewerkschaftlich/sozialdemokratische Vertrauensarbeit. In NRW krankt die »Antifa-Bewegung« noch erheblich daran, daß kaum eine Zusammenarbeit zwischen den jungen, oft intellektuellen, Aktiven in den örtlichen Bündnissen und Betriebsräten, Gewerkschaften und der Sozialdemokratie besteht und diese auf Grund milieubedingter krasser Unterschiede schwer herzustellen scheint.

Erwiesen ist inzwischen auch, daß noch so erfolgreiche Verhinderungsaktionen von Veranstaltungen und Infoständen der Rechtsextremen nichts ausreichen, was das WählerInnenpotential angeht (manche sagen sogar, sie lösen einen Märtyrereffekt aus). Auch an Orten, wo kein einziger Infostand der REPs stattgefunden hat, kein einziges Flugblatt verteilt wurde, erzielen sie hohe Ergebnisse. Immerhin erschwert die Verhinderung von Delegiertenversammlungen und Parteitag den organisatorischen Aufbau. Ob weiterhin Verhinderungsaktionen und Verbotsforderungen im Mittelpunkt stehen sollen oder wie statt dessen eine »moderne antifaschistische Strategie« auszusehen hat, ist in der NRW-Antifa-Bewegung, die immerhin Konferenzen mit mehreren hundert TeilnehmerInnen auf die Beine stellt, noch völlig umstritten.

NRW-Land: Hohe SPD-Gewinne

Eine Überraschung sind die Wahlergebnisse in den ländlichen, insbesondere katholischen, Gebieten NRWs. Während bundesweit der Trend dahin geht, je höher der Anteil von Katholiken ist, desto höher die WählerInnenanteile der REPs, ist es in NRW genau umgekehrt. Beispiel Kreis Borken: Mit 81 % ist hier der höchste Anteil katholischer Bevölkerung in NRW zu verzeichnen, mit 1,8 % hatten aber schon bei den Europawahlen die REPs das niedrigste NRW-Ergebnis. Zu den Kommunalwahlen traten sie nicht an. Dafür legte die SPD im Kreis Borken um 4,2 % zu, die CDU verlor 8,1 %. Ähnlich sieht es im »zweitkatholischsten« Landkreis NRWs aus: Kreis Steinfurt, 79 % katholische Bevölkerung, REP-Ergebnis bei den Europawahlen 2,0 %. Zu den Kommunalwahlen traten die REPs nicht an. SPD-Ergebnis: +4,8 %, CDU: -6,6 % (jeweils scheinen CDU-WählerInnen zu SPD und FDP abgewandert zu sein). Ähnliches gilt für Düren, Coesfeld, Kleve etc.

Erklärungsansatz ist zum einen natürlich die bundesweit und in NRW erst recht nachlassende Bindewirkung der CDU auf ländliche, katholische WählerInnengruppen. An Rhein und Ruhr und auch in den ländlichen Gebieten des heutigen NRW bestanden in der Weimarer Republik die Hochburgen der Zentrumsparterie, der fortschrittlicheren katholischen Kräfte. Deren Traditionselemente, z.B. verkörpert durch die Kolping-Bewegung, sind in NRW weitgehend durch die SPD aufgenommen worden, die Kolping-Bewegung ist inzwischen sozialdemokratisch »unterwandert«. Die NRW-SPD hat sich hier im positiven Sinne zu der vielgeschmähten Volkspartei entwickelt, indem sie früher SPD-ferne Milieus integriert hat. So ist in den katholischen Landstrichen der Schritt von der CDU zur SPD viel naheliegender als zu den rechtsextremen »Republikanern«.

Ganz anders sieht es in Bayern aus. Es hat dort eigentlich keine Kontinuität größerer WählerInnengruppen in ihrer Parteibindung gegeben, wie sie in NRW durch die Sozialdemokratie verkörpert wird. In der Weimarer Republik hatte in Bayern das reaktionäre Pendant zur Zentrumsparterie, die Bayrische Volkspartei, die Mehrheit. Deren Erbe trat nach dem Zweiten Weltkrieg die Bayernpartei an. Die nach dem Krieg neugegründete CSU wurde erst im Laufe der fünfziger Jahre zur Mehrheitspartei und hat, wie sich heute zeigt, im wesentlichen durch die Person Franz-Josef Strauß und nicht als Partei über einen längeren Zeitraum einen großen Teil der WählerInnen an sich binden können. So gibt es nach dem Tod von Strauß vagabundierende WählerInnengruppen, die den idealen Fundus für Rechtsextreme bieten.

Eine ähnlich lockere Parteibindung herrscht in Baden-Württemberg, dem früheren FDP-Stammland. Auch bei den Kommunalwahlen vom 22. Oktober haben das die dortigen freien WählerInnenvereinigungen bewiesen, die auf dem Land »absahnten«. In den Großstädten wurde statt dessen der Schritt von der CDU zu den REPs vollzogen. Das andere Wahlsystem in den beiden südlichen Bundesländern, bei dem mehrere Parteien und Personen gleichzeitig gewählt werden können (das sogenannte Kumulieren und Panaschieren) mag die »Flexibilität« im Wahlverhalten noch fördern. Hinzu kommt, daß die baden-württembergische SPD mit ihrem intellektuellen Image kaum geeignet ist, die WählerInnen an sich zu binden.

Soziale und kulturelle Motivationsmuster

Abgesehen von lokalen und regionalen Besonderheiten lassen sich in NRW sicherlich ähnlich WählerInnengruppen der REPs herauskristallisieren, wie sie in der im Oktober veröffentlichten Sinus-Studie, die der Parteivorstand in Bonn in Auftrag gegeben hatte, genannt werden: Zum einen sind die Gruppen ermittelt worden, die bisher zum CDU/CSU- bis NPD-WählerInnenpotential gehörten wie »enttäuschte Wendewähler«, »angepaßte Neonazis« und »statusbedrohte Mittelständler«. Zu letzteren gehören z.B. Taxi-Unternehmer, die sich durch die Gesundheitsreform und den damit verbundenen teilweisen Wegfall von Krankenfahrten in ihrer Existenz bedroht sehen, oder Optiker, die auf Grund der rapiden Konzentrationsprozesse in diesem Bereich vor dem Ruin stehen. Zu dieser WählerInnengruppe zählen übrigens durchaus viele Frauen, was dem Gesamttrend der REP-WählerInnen zuwiderläuft.

Zum anderen kristallisierten sich die Gruppen heraus, die der sozialdemokratischen Klientel angehören wie »entfremdete Kleinbürger« (Facharbeiter, kleine Beamte), »autoritäre junge Arbeiter« und die »Opfer der Zwei-Drittel-Gesellschaft«. Was all diese Gruppen vereint, ist laut Sinus-Studie die »soziokulturell motivierte Fremdenfeindlichkeit«. Wie schon bei der FORSA-Studie über den Dortmunder Norden festgestellt wurde, handelt es sich nicht um eine Angst vor dem Fremden an sich, was bei den DDR-Übersiedlern auch schwer zu begründen wäre, sondern um eine (realistischere) Angst vor KonkurrentInnen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Der Aufstieg der REPs ist als eine (Nicht-) Verarbeitungsform der gesellschaftlichen Modernisierung unter neokonservativen Vorzeichen zu verstehen, als ein Ausdruck der

Hegemoniekrise eben dieser Neokonservativen aber auch einer allgemeinen Legitimationskrise der politischen Parteien. Die neokonservative Modernisierung bringt zum einen materielle bzw. soziale Opfer hervor (sowohl innerhalb der ArbeiterInnenklasse als auch in mittelständischen und kleinbürgerlichen Schichten), zum anderen — und dieser Aspekt hat mindestens ebenso viel Gewicht — kulturelle bzw. wertemäßige ModernisierungsverliererInnen (vgl. C. Leggewie, REP. Die Republikaner — Phantombild der Neuen Rechten, Berlin/West 1989). Daraus schlagen die REPs Kapital. Mit einem unverarbeiteten Wertewandel ist z.B. die hohe Affinität von Polizisten zu den REPs zu erklären. Recht und Ordnung, Ruhe als erste Bürgerpflicht oder ähnliches bleibt heute bei weiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr unhinterfragt. So erleben Polizisten, daß sie für »die Politik« bei dem Austragen politischer Konflikte ihren Kopf hinhalten müssen und daß sie dafür gleichzeitig öffentlicher Kritik ausgesetzt sind. Da halten sie es dann lieber mit Schönhuber und seinen Mannen, die klar und deutlich erklären: »Wir stehen eindeutig hinter den deutschen Sicherheitskräften wie Polizei und Bundesgrenzschutz.« (Zitat Schönhuber)

Ähnliches Unverständnis für den Wertewandel ist z.B. bei älteren Hausfrauen zu erwarten, deren Lebensinhalt in der Betreuung von Kindern und Sorge für die Familie bestand (wie es im REP-Grundsatzprogramm auch propagiert wird) und die sich durch das moderne Frauenbild (Karrierefrau) in ihrer Lebensleistung entwertet fühlen.

Dies dürfte bei jungen Frauen ganz anders aussehen. Ich gehe davon aus, daß das modernisierte Frauenbild (ob in neokonservativer oder feministischer Ausprägung) gesamtgesellschaftlich hegemonial geworden ist, insofern Frauen, wenn auch nicht sozial, so doch kulturell, auf der Ebene des Überbaus, zu den Modernisierungsgewinnerinnen gehören und daraus wiederum der generelle Trend resultiert, daß das REP-WählerInnenpotential zu zwei Dritteln männlich und nur zu einem Drittel weiblich ist.

Im Ruhrgebiet, wo die traditionelle Arbeiterbewegung am stärksten verankert ist, fördert u.U. noch der autoritäre, chauvinistische Arbeiterhabitus und teilweise auch dementsprechende Strukturen in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie einen Übergang zu den autoritären Orientierungsmustern der »Republikaner«. In Voerde am Niederrhein sind z.B. profilierte SPD-Mitglieder kurzerhand zu den REPs übergelaufen und standen dann an der Spitze der REP-Liste bei den Kommunalwahlen.

Was tun?

Meine Überlegungen bezüglich einer sozialdemokratischen Strategie gegen den Rechtsextremismus beziehen sich auf Politikinhalte und Politikformen, auf soziale wie kulturelle ModernisierungsverliererInnen.

1. Wie der Fall Duisburg zeigt, wird den REPs am ehesten der Boden entzogen durch eine konsequente, erfolgreiche Interessenvertretungspolitik der SPD und durch das eigene Handeln der Menschen für ihre Interessen. Die Politik der SPD muß sich vorrangig niederschlagen in der Beschäftigungs-, Sozial- und Wohnungspolitik. Beispielsweise könnte sich die NRW-SPD durch eine eindeutige Unterstützung der IG Metall im bevorstehenden Arbeitskampf für die 35-Stunden-Woche als Interessenvertreterin der

arbeitenden Bevölkerung beweisen. In der Wohnungspolitik wäre neben Wohnungsbauprogrammen vor allem die Beschlagnahme von leerstehendem Wohnraum einer Politik vorzuziehen, die den Mangel »gerecht« aufteilt. Dabei kommt nämlich heraus, daß z.B. junge ArbeitnehmerInnen, die von zu Hause ausziehen und eine Familie gründen wollen, auf den Listen der Wohnungsämter plötzlich weit abgeschlagen hinter Aus- und ÜbersiedlerInnen landen, die auf Grund dessen, daß sie gar keinen Wohnraum zu Verfügung haben, bevorzugt behandelt werden. Daß dies Unmut und »Fremdenfeindlichkeit« auslöst, ist nicht überraschend. Übrigens schließt eine solche konsequente Interessenvertretung jegliches Liebäugeln mit der FDP hier in NRW von vorn herein aus.

Weiterer wesentlicher Bestandteil der sozialdemokratischen Politik gegen rechts muß die Verbesserung der kommunalen Jugendarbeit sein. Es darf nicht mehr sein, daß Jugendliche auf der Straße herumlungern, weil keine attraktiven Freizeitangebote der Stadt vorhanden sind. Neue Jugendzentren müssen her, mehr kulturelle Angebote für Jugendliche, mehr Unterstützung für Initiativen etc. Überlegenswert fände ich auch, an das Jugendamt angebundene Foren zum Thema Rechtsextremismus anzubieten, um antifaschistische Arbeit vor Ort zu fördern und zu institutionalisieren.

Hinzu kommen muß eine Politik der Solidarität mit ausländischen MitbürgerInnen. Kern-, wenn auch nicht einziger, Punkt ist die Einführung des kommunalen Wahlrechts für AusländerInnen, das die SPD durchsetzen und für das eine gesellschaftliche Mehrheit gewonnen werden muß.

Schließlich ist die Aufgabe der SPD im direkten Umgang mit den REPs, eine Isolierung in den Kommunalparlamenten voranzutreiben. Richtiger Schritt ist die Maßnahme der Landesregierung, die REPs durch den Verfassungsschutz überwachen zu lassen.

2. Diese konsequente Interessenvertretungspolitik greift nur dann, wenn die Partei »den Menschen nah« ist (auch wenn manche Linke diese Formulierung nicht mögen, weil sie von Johannes Rau stammt). Auch Aufklärung über rechtsextreme Parteien ist nur dann erfolgreich, wenn sie milieunah praktiziert wird, wie das Mülheimer Beispiel zeigt. Die Partei muß dabei die verschiedenen Milieus berücksichtigen, sei es das traditionelle Arbeitermilieu (das wohl in NRW immer noch den Schwerpunkt darstellen sollte), seien es junge, moderne ArbeitnehmerInnengruppen, seien es studentische Milieus. Der Ansatz, milieunahe Politik zu machen (in Sprache, Themenschwerpunkten etc.), muß begleitet werden von einem Zusammenführen der verschiedenen Zugänge in einer fortschrittlichen Gesamtidentität. So ist wohl auch die Intention der NRW-Wahlwerbung der SPD mit einem fortschrittlichen Heimatbegriff gedacht, NRW soll als toleranter, sozial wie kulturell pluralistischer Ort dem reaktionären Heimatbegriff der Rechten entgegengestellt werden. Eines muß allerdings klar sein, für den oben genannten Zusammenhang zwischen konsequenter Interessenvertretung und »den Menschen naher« Politik gilt auch das umgekehrte: milieunahe Sprache, Inhalte etc. greifen nur, wenn den Worten Taten folgen, sonst ist schnell die Glaubwürdigkeit dahin.

Frauenbewegung

Katharina Gröning

Love is in the air ...

Zur Kritik der aktuellen Auseinandersetzung in der Frauenbewegung mit einem ewigen Thema

1987 brachte die US-amerikanische Psychotherapeutin Robin Norwood ein Buch über das Thema »Wenn Frauen zu sehr lieben« heraus. Während qualifizierte bundesdeutsche Therapeutinnen sich weigerten, das Buch überhaupt in die Hand zu nehmen, erlebten Frauenzentren und Bildungsinstitute einen geradezu unwirklichen Boom. Wie Pilze aus dem Boden schossen Selbsterfahrungsgruppen, Gesprächskreise und Trainings. Von der Geschäftsfrau bis zur Gewerkschaftsfunktionärin fühlte frau sich von der »Sucht nach dem Gebrauchtwerden« betroffen. Dem Bestseller von Norwood folgten Antworten von Männern, die »lieben lassen« oder »sich nicht binden wollen«. Das Thema Liebe bekam in der Frauenbewegung Konjunktur.

Auszumachen sind letztlich verschiedene Tendenzen: Der starke Sog, den das Thema Liebe in der Norwoodschen Verarbeitungsform auf Frauen — besonders intellektuelle und bereits privilegierte Frauen — ausübt, muß als subjektive Reaktion auf den objektiv sich vollziehenden Wandel der Lebensformen, auf die Nichtstandardisierung von Biographien gedeutet werden.

Mehr und mehr erweist sich die Frauenbewegung als überfordert, angemessen im Sinn einer wissenschaftlichen und produktiven Verarbeitung auf den mitinitiierten sozialen Wandel zu reagieren. Zunehmend verfallen immer größer werdende Teile des Feminismus der Positivierung des traditionellen weiblichen Geschlechtscharakters. Frauen als die bessere Hälfte der Welt!

Die Bedeutung von Liebe für die weibliche und männliche Identität ist im Feminismus wie in der Linken ein tabuiertes und delikates Thema. Jede(r), die/der darüber schreibt, begibt sich ins Gestrüpp bürgerlicher Projektionen, ausgelutschter Theorien zur Befreiung des Sexuellen, mißglückter Versuche alternativer Lebenskonzepte und der sogenannten Nähkästchenpolitik.

Trotzdem ist Liebe Säule von Unter- und Überordnung, Macht und Unterwerfung, ist Liebe gleichzeitig produktives Arbeitsvermögen. Arbeits- und Liebesfähigkeit sind Kennzeichen psychischer Gesundheit, die Unfähigkeit zu lieben schließt die Unfähigkeit zu trauern und Mitleid zu empfinden grundsätzlich ein. Daß diese Unfähigkeit mangelnde Autonomie bedeutet und zu politischen Katastrophen führen kann, damit hat sich vor allem die Psychoanalyse in ihrer Aufarbeitung zum NS-Staat ausführlich befaßt. Liebe stellt den zentralen Bezugspunkt weiblicher Identität dar, so es mein

Anliegen ist, Liebe als Faktor im Arrangement der Geschlechter zu diskutieren, ohne der immer schneller um sich greifenden Positivierung des Weiblichen zu erliegen.

Liebe als Unterordnung

Vom Dasein für andere zum Recht auf ein Stück eigenes Leben — so ist die Entwicklung zu beschreiben, die heute Einstellungen von Frauen zu ihrem Leben, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zum Kinderwunsch kennzeichnet. Durch bessere Bildungschancen, Teilhabe an demokratischen und sozialen Bewegungen und Veränderungen der Sexualnormen, jedoch nicht durch Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt und Gleichberechtigung in Familie und Privatleben, ist eine Situation entstanden, ein struktureller Konflikt, insofern Gleichheitserwartungen von Frauen auf reale gesellschaftliche Ungleichheit stoßen. Das Ineinander der Geschlechter in seiner Vielschichtigkeit von Arbeit, Elternschaft, Liebe, Beruf, Politik, Entfaltung und Selbstverwirklichung im und gegen den anderen ist ins Wanken geraten. Die Möglichkeit der Familienplanung, die Chance, ohne (Ehe-)Mann zwar schlecht, aber trotzdem zu (über-)leben, hat zu einem ständigen Ansteigen von Scheidungen und Trennungen geführt. Immer mehr Menschen leben allein, immer mehr Kinder wachsen in sogenannten Mutter-Vater-Familien auf.

Doch zurück zur Liebe, denn sie stellt letztendlich individuelles Motiv für Bindung und Trennung, für Bleiben und Gehen dar. Leidenschaft und Ehe galten bis vor kurzem noch als Gegensätze. Die Geschichte enthält eine Fülle von Hinweisen über die sorgfältige Trennung, die zu fast allen Zeiten, in fast allen Gesellschaften zwischen ehelicher und außerehelicher Liebe gemacht wurde. Schamhaftigkeit und Zurückhaltung auf seiten der Frau, Besonnenheit und Würde auf seiten des Mannes wurden zum Maßstab, zum Ideal ehelicher Liebe. Sexualität als noch heute gültige gegenseitige Verpflichtung der Eheleute diente der Löschung der Lust, nicht ihrer Erhöhung oder gar Verlängerung. Auch wenn die Liebe im bürgerlichen Ideal als gegenseitiger Aneignungsprozeß, als Symbiose konstruiert wird, so bedeutet sie in ihrer weiblichen Ausprägung Unterordnung. Weibliche Unterordnung sichert letztlich die Unauflöslichkeit der Ehe, ihre Dauer. Gekoppelt mit Mutterschaft stellt dieses Konstrukt den Bezugspunkt weiblicher Identität bis heute dar.

Seit dem 18. Jahrhundert wandeln sich die Dinge. Die traditionell gegensätzlichen Formen der Liebe in und außerhalb der Ehe nähern sich langsam an. Es entsteht ein Eheideal, das es den Ehegatten zur Pflicht macht, wie Verliebte zu lieben. Die außereheliche Erotik findet Eingang in die Ehe. Die traditionelle Zurückhaltung wird zu Gunsten der Leidenschaft und auf Kosten der Dauer schrittweise verdrängt. Spätestens seit Anfang dieses Jahrhunderts avanciert die freie Liebe zur sozialen Utopie. Die alte sozialistische Frauenbewegung hat, ausgehend von der Analyse August Bebel's, die bürgerliche Doppelmoral, sinnentleerte Ehen, spießige Unterdrückung sinnlicher Bedürfnisse, sexuelle Gewalt gegen Frauen und das Dilemma ungewollter Schwangerschaften scharf kritisiert und die proletarische Kameradschaft, Ehe und Formen freier Liebe als Alternative aufgezeigt. Ihr Postulat, daß proletarische Beziehungen von mehr

Gleichheit und Achtung geprägt, die einzige Alternative zur bürgerlichen Liebe seien, erwies sich jedoch als verkürztes Verständnis von Männlichkeit und Weiblichkeit. Der Geschlechterwiderspruch wurde verschwiegen oder verkürzt, da er schlecht in die politische Strategie paßte.

Mit ihrer Forderung nach Zerschlagung der bürgerlichen Kleinfamilie hat die Linke in den sechziger/siebziger Jahren diese Fehleinschätzung wiederholt. Gleichzeitig haben ihre männlichen Vertreter neue Lebensformen für ihre ureigensten Bedürfnisse ausgenutzt. Mit einer gewissen Schlitzohrigkeit übten die sich der Linken zuordnenden Männer eine Rhetorik sozialer und sexueller Utopie ein, die ihnen individuelle Autonomie und sexuelle Entfaltung sicherte. Verantwortung für Fruchtbarkeit, Kinder und Reproduktion wurden und werden an Frauen delegiert, die sich, zumindest was ersteres angeht, zum Teil zähneknirschend nach dem Motto »Das Hemd sitzt näher als der Rock« in diese Zuweisung fügen müssen. Auch wenn männliche Privilegien und weibliche Unterordnung heute legitimationsloser denn je dastehen, bleiben sie soziale Tatsachen. Das Liebespaar stellt jeweils den mal mehr mal weniger gelungenen individuellen Versuch dar, die gesellschaftliche Ungleichheit im Binnenraum von Privatheit und Intimität zu brechen und zu kompensieren. Als Bezugspunkt von Erfüllung, Sinnhaftigkeit und Identität ist das Paar, nicht Familie, nicht Nachbarschaft, nicht Kind und Hof übriggeblieben. Und entgegen allen Versingelungs-Tendenzen und der Realität von Ein-Person-Haushalten und neuen Müttern glaube ich, daß sich dieser Zustand noch ein Weilchen halten wird. Dies um so mehr, als zunehmend bei Frauen, mehr als bei Männern, eine Differenzierung von Rollenidentität und Ichidentität, also von zugemuteter und gewünschter Rolle zu beobachten ist.

Keine unzulässige Positivierung des weiblichen Geschlechtscharakters

Die Slogans »Frauen gemeinsam sind stark« und »Frauen kommt her, wir tun uns zusammen« markierten in den siebziger Jahren das coming-out, den Prozeß des Sichbegreifens als Frau im Sinn eines politischen Subjektes. Dem in Erziehung, Kultur und Alltag vermittelten Bild der Frau als Andere und Mindere, wurden Solidarität, Parteilichkeit und Identifikation entgegengesetzt. Frauen fühlten Stärke und Verbundenheit. Ohne diese Gefühle hätte es keine §-218-Bewegung und nicht die Forderung nach sozialer, politischer und rechtlicher Gleichstellung gegeben. Die Differenzierungen im Feminismus, die Strömungen der Frauenbewegung, die sich heute zunehmend konträr gegenüberstehen, begannen Ende der siebziger Jahre mit der öffentlichen Diskussion um das sogenannte weibliche Arbeitsvermögen. Auch wenn dieser Begriff eine richtige Kritik am verkürzten, instrumentellen Arbeits- und Produktivitätsbegriff des Marxismus enthält, so ersetzt er Erfahrung und Vergesellschaftung durch Natur. Politisch mündete die Diskussion um Beziehungsarbeit und weibliches Arbeitsvermögen 1982 in die konservative Strategie der »sanften Macht der Familie«. 1987 zettelten »Grüne« Frauen eine öffentliche Diskussion um das sogenannte Müttermanifest an: Ein weiterer Meilenstein der Hegemonie der Politik des Unterschieds.

In der SPD findet sich die Verarbeitung dieser im Kern ideologischen Projektionen über Weiblichkeit in den Entwürfen Oskar Lafontaines. Eine Politik der Umschichtung der Werte, wie Lafontaine sie systematisch für die Geschlechterfrage publiziert, enthält letztlich eine als bürgerlich männlich genügend entlarvte Projektion der Idee des Weiblichen, die Erfahrung und Aneignung als zentrales Medium von Identitäten ignoriert, sich dafür einem vordergründigen Biologismus hingibt und sich auf diese Weise gegen Widersprüche abschottet.

Was Lafontaine für den Bereich der Zukunft der Arbeit erledigt, besorgen die neuen Liebesbücher der Norwoods und Wieks für das Feld der Beziehungen, der Lebensform, der Intimität und Sexualität. Sie geben den Frauen schon durch die Wahl der Titel, aber besonders durch ihre ideologischen Kurzschlüsse das subjektive Gefühl des moralischen Rechthabens. Durch Psychologisierung der Konflikte sorgen sie schließlich dafür, daß dessen Ursachen nicht in ihrer Komplexität von Vergesellschaftung und Individuation gewichtet, sondern mit den Mitteln der Psychologie die Ursachen mangelnder weiblicher Subjektivität in Familientraditionen und Bezugspersonen gefunden werden. Die Überhöhung des weiblichen Geschlechtscharakters als Gutes und Echtes bedeutet selbstverständlich narzistische Zufuhr für Frauen. Sie stellt aber gleichzeitig den mißglückten Versuch dar, eine bereits als ideologisch erkannte Projektion zu wenden, statt sie zu bekämpfen. Sollte sich diese Haltung, die mit einem Verzicht analytischer Differenzierung einhergeht, durchsetzen, gibt die Frauenbewegung ihre politische Radikalität schrittweise auf.

Weibliche Liebe — männliche Liebe

In den Erfahrungsberichten geschlagener Frauen wird eine Dynamik und Strategie sozialer Isolation durch die mißhandelnden Männer deutlich, die lange vor der ersten Mißhandlungshandlung einsetzt. Schlagende Männer — und wahrscheinlich nicht nur sie — versuchen, die sozialen Kontakte ihrer Frauen systematisch zu beschneiden, bis sie selbst als einziger Bezugspunkt emotional wie sozial übrig bleiben. Eigenartigerweise werden diese Begrenzungen anfangs von den Frauen als Liebe empfunden, als Ausdruck ihrer Bedeutung für den Mann — und akzeptiert. Als männliches Motiv für dieses Verhalten gilt Eifersucht, die Kontrolle und Isolation legitimiert. Es gehört zur bürgerlichen Inszenierung von Weiblichkeit, daß richtige Frauen im Zustand zwischen Tod und Leben, schlafend statt sehend auf den Mann warten, der sie weckt; der ihrem Leben Ziel und Richtung gibt: Liebe und Freiheit. Ihre Passivität als Basis seiner Eroberung gilt als Garant der großen Liebe. Ihre Liebe wiederum bezieht die Identität aus ihrer Gefühls- und Versorgungsmacht. Es ist die heimliche Grandiosität, auch den wildesten, gewalttätigsten und größten Mann durch Liebreiz, Selbstlosigkeit und Echtheit zu gewinnen, zu besiegen und damit zu retten. Frauen sind Retterinnen, aber nicht im Kampf, sondern im Opfer.

Im Bild der Mater Dolorosa sind Weiblichkeit und Aufopferung unauflöslich verbunden. Weibliche Stärke, Potenz und Liebesfähigkeit beziehen sich hier auf die Tugend Schmerz, Enttäuschung und Kummer geduldig zu ertragen. Im Arrangement

der Geschlechter korreliert diese den Frauen zugeschriebene Kompetenz mit widersprüchlichem männlichem Verhalten, welches teils kindhaft teils dominierend auftritt und wiederum bemutterndes oder unterwürfiges Verhalten herausfordert. Das bürgerliche Patriarchat hat Weiblichkeit ihrer Vitalität beraubt und zum Trabanten und Spiegelbild männlicher Individualität stilisiert. Handlung, Aneignung und Selbstwertung sind Männern vorbehalten. Im Gegensatz dazu sichert Frausein keine Identität, sondern löst sich auf in Muttersein, in Geliebtessein oder in Töchterlichkeit. In dieser Selbstauflösung, so das Versprechen, wird die Frau sich selbst finden, wenn sie nur genug liebt. Paradoxerweise ist Liebe trotzdem zentraler Bezugspunkt weiblicher Wünsche und wird als Totalität von beiden Geschlechtern phantasiert: Die große Liebe, die einzige Liebe, die wahre Liebe — sie beinhaltet für Frauen im Gegensatz zu ihren Vorfahrinnen nicht nur Gehorsam und Unterordnung, sondern Hingabe und Selbstaufopferung und damit auch Selbstzerstörung. Wie konkretisiert sich dem gegenüber männliche Liebe, wie verknüpft sie sich mit Ausbeutung von Frauen?

Autonomie, Trennung und Distanzierung sind nicht nur Zuschreibungen an Männlichkeit, sie stellen eine kognitive Grundvoraussetzung dar, die Welt zu begreifen, ohne von ihr ergriffen zu werden.

Die Fähigkeit zur Trennung lernt das Kind im dialogischen Prozeß mit der Mutter, da sie — und das ist eine strukturelle Bedingung derzeitiger Sozialisation — allein zuständig für die Erziehung der Kinder ist. Symbolische Vaterlosigkeit und mütterliche Allgegenwärtigkeit bedeuten für das männliche Kind, seine Geschlechtsidentität durch Abgrenzung zu gewinnen. Auf Grund dieser Konstellation gewinnt der Junge seine Unabhängigkeit im Übertreten der mütterlichen Ge- und Verbote, während sich das Mädchen innere Autonomie durch das selbständige Einhalten und Anwenden dieser sichert. Durch die längere Verbundenheit mit der Mutter ist Aggression gegen sie immer Aggression gegen das eigene Selbst.

Für beide Geschlechter hat die alleinige Zuständigkeit der Mutter fatale Folgen. In seiner realen Abhängigkeit stattet das Kind die Mutter mit unendlichen Potenzen aus. Ihre reale Ohnmacht erscheint dem Kind als verweigerter Macht und weckt Haß- und Rachephantasien. In den individuellen und kollektiven Phantasien über die Macht der Mütter erhalten und binden sich infantile Gefühle zu einer quasi rationalen Rechtfertigung patriarchalischer Herrschaft über die Frauen und das Weibliche.

Gemessen an dem Grad der Verhaftetheit in diesen Mythen wird jeder einzelne Mann und die Männergesellschaft Herrschaft über Frauen rechtfertigen, ohne daß ihnen ihre eigene ausbeutende Position bewußt wird. Männer wie Frauen teilen das Bild der allmächtigen Mutter in jeder Frau, die, wenn sie nur wollte, einen anderen Menschen vollkommen befriedigen könnte. Männliche Liebe heißt deshalb immer eine Mischung aus Abhängigkeit und Kontrolle auf der anderen Seite. Mit diesem Verhalten lösen Männer bei Frauen ebenfalls widersprüchliches Verhalten aus — das Schwanken zwischen Bemutterung und Unterordnung. Weibliche Bemutterung geschieht aber weniger oder zumindest nicht ausschließlich durch Versorgung, sondern indem Frauen unabhängig von deren realen Leistungen und Kompetenzen die Größenphantasien der Männer unterstützen. Sie teilen ihr ideales Ich!

Ihr Wunsch, an seiner Grandiosität teilzuhaben, läßt sich nur durch Übertreibung seiner Kompetenzen realisieren. Auch auf der realen Ebene partizipiert die Frau am Status des Mannes, gleichgültig, wie ihre reale Situation sich darstellt. Sie wird ebenfalls kleiner, wenn sie seine Illusionen über sich als Mann nicht mehr nährt. Gleichzeitig erhält sie so die Macht, sein grandioses Bild von sich potentiell zu stören — eine ständige Quelle seiner Beunruhigung. Entzieht sie ihm die Bewunderung, verliert er einen Teil seiner Potenz. Besonders der männliche Beschützerkomplex steht im Dienst männlicher Omnipotenzphantasien. In der Notwendigkeit, eine schwache Frau zu beschützen (was ihren Besitz einschließt), rationalisieren sich scheinbar ideale männliche Eigenschaften: Stärke, Durchsetzung, Selbstbehauptung. Es gehört zur kollektiven Alltagsphantasie von Männern, daß sie selbst im Krieg ihre Frauen und Kinder vor dem Feind beschützen. — Das Imago männlicher Potenz geht bis heute einher mit der Erotisierung und Sexualisierung von Waffen und Gewalt sowie der Militarisierung der Sexualität bzw. sexueller Akte. Militärische Aktionsfähigkeit wird zur Fortsetzung und Symbolisierung genitaler Aktionsfähigkeit. Dieses kulturelle Deutungsmuster findet sich ebenfalls in den Traditionen der Linken. Europäische Arbeiterlieder, besonders über den spanischen Bürgerkrieg, sind voll davon.

Doch zum letzten Mal zurück zur Liebe, das heißt zum destruktiven Arrangement der Geschlechter. Die Liebe der Frauen ist in diesem Arrangement kraftlos. Sie führt nicht zur Stärke, zum Selbst, zur Autonomie, sondern zur Verschiebung vitaler Bedürfnisse auf den Mann und zur Einforderung, an seinem Leben teilzuhaben. Männern sichert ihre innere Ambivalenz zur Liebe die Herrschaft über sich selbst und über die Frauen. Gibt es dennoch eine Utopie?

In dem Maße, in dem das gesamte institutionelle Gefüge der entwickelten Industriegesellschaften auf die Lebensvoraussetzungen von Familie und Partnerschaft hin durchdacht und verändert wird, kann eine neue Art der Gleichstellung jenseits von Frauen- und Männerrolle Schritt für Schritt erreicht werden. Es gibt also objektive Voraussetzungen; eine Utopie der Gleichberechtigung bleibt gebunden an gesellschaftliche Transformation. Doch sie allein wird das Problem der Fremdheit und Entfremdung von Frauen und Männern nicht lösen. Auch die sozialistische Utopie der freien Liebe hat sich als neue Quelle von Inauthentizität erwiesen. Ihr Gewand der Großherzigkeit und Offenheit entpuppte sich als unwirklich. Gerade in sogenannten freien Beziehungen, die auf Besitzansprüche verzichten wollten, ist viel gelogen und betrogen worden. Gefühlsdiffusität und Verunsicherung prägten und prägen Beziehungen, in denen Männer und Frauen sich jeweils als Exponenten des falschen Bewußtseins denunzieren. Auch die sexuelle Revolution, die Bindungs- und Liebeszyklen von fünf Jahren prognostizierte, da dann die sexuelle Lust der Gewöhnung weiche, geht von einem biologisch verkürzten Sexualtrieb aus, der Beziehungen steuere. Das komplexe Geflecht einer Liebesbeziehung läßt sich auch nicht in Triebhaftigkeit und deren Befriedigung quasi auflösen. Also: Quo Vadis Eros?

Eine Utopie der Gleichberechtigung der Geschlechter, die nicht in die Vereinzelung von Männern und Frauen münden will, wird über den Weg gehen müssen, das Fremde in sich selbst zu leben. In dieser Bereitschaft liegt ihre Kraft.

Fortschritt '90

Frieder Otto Wolf

Fortschritt in die Sackgasse!

Zur Kritik des »Fortschritt 90«-Konzepts

Vielerlei Kritik wäre denkbar angesichts der hier¹ vorgelegten neuen strategischen Konzeption der SPD. Bemüht sie sich doch darum, positiv zu sein, konstruktive Vorschläge zu machen, schließt — wenn auch unausdrücklich — Kompromisse innerhalb der SPD und bietet — ganz und gar implizit — Kompromisse an mit Kräften, die nicht nur weit außerhalb dieser Partei und ihrer traditionellen sozialen Basis liegen. Dieser Text stellt sich auf seine Weise dem nicht einfach von der Hand zu weisenden Problem eines Arbeitsprogramms einer sozialdemokratisch geführten Regierung ohne klare gesellschaftliche Mehrheit für einen tiefer greifenden Umbau, für eine Alternative im Westen, die diesen Namen verdient.²

In einer historischen Situation, in der gleichzeitig Alexander Dubček vor dem wieder zum aufrechten Gang erhobenen Volk der Tschechoslowakei und der strategisch vorgehende (vgl. Haug 1989) Initiator der Perestrojka in der Sowjetunion, Michail Gorbatschow³, die Konzeption des »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« erneut heraufbeschwören, die im Sommer 1968 in Prag unter den Panzern der Warschauer-Pakt-Truppen zermalmt zu sein schien, kann es im Westen nicht darum gehen, kleinklein Konzeptionen zu schmieden, mit denen eine politische Kraft beweisen kann, daß auch sie kompetent an der Verwaltung des status quo teilnehmen kann. Das ist auch deswegen relativ witzlos geworden, weil auch hierzulande tiefgreifende Veränderungen längst in Gange sind — allerdings nicht von den Kräften der Linken oder der gesellschaftlichen Selbstentwicklung initiiert: Mit EG-Binnenmarkt (vgl. Bartelheimer/Wolf 1989), Flexibilisierung/Urbanisierung/Modernisierung (vgl. Bartelheimer 1989) sowie dem Toyota-Modell der »in-letzter-Minute-immer-bunter-und-für-immer-weniger«-Gesellschaft hat sich auch hierzulande bereits ein tiefgreifender Umgestaltungsprozeß beschleunigt, dem gegenüber jede bloß »konservative« Strategie bestenfalls kompensierend, aber nicht mehr gestaltend wirken kann.

Das Konzept »Fortschritt '90« ist in der Tat in dieser Lage geradezu das Gegenteil dessen, was gefragt ist: Es geht nicht nur »von einer ökonomischen und sozialen 'Machtneutralität'« (Kremer/Möbbeck 1989) aus, sondern arbeitet geradezu konzeptionell daran, auch noch den gegenwärtig sich quer stellenden Interessen und Impulsen innerhalb der bundesrepublikanischen Gesellschaft die Selbsteinreihung — d. h. letztlich Selbst-Unterordnung — in die herrschende Machtkonstellation schmackhaft zu machen, und das heißt, sie als Oppositionspotentiale ebenso wie als Potentiale eines

alternativen Entwicklungsweges zu neutralisieren. — Die ökologische Krisensituation, die wir seit den sechziger Jahren mit zunehmendem Bewußtsein erleben und die immer breitere Auflehnung von Frauen gegen die Lasten und Fesseln eines patriarchalischen Geschlechterverhältnisses⁴ — neben allen den Forderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, die sich einer raschen Übersetzung in monetäre Verteilungskompromisse widersetzen⁵ — waren in den vergangenen Jahrzehnten die hauptsächlichen gesellschaftlichen Kraftlinien oppositioneller Bewegungen in der Bundesrepublik. Massenarbeitslosigkeit, Wohnungsnot und sich neuerdings wieder auch in der Bundesrepublik ausbreitende Armut sind bisher erst in schwachen Ansätzen zu Ausgangspunkten oppositioneller Selbstorganisation geworden. Und genau an diesen Kraftlinien setzt das neue SPD-Konzept an: zur Umfunktionierung von oben!

Das massenhafte Streben nach einer einschneidenden ökologischen Umgestaltung von Produktion und Konsumtion wird — unter dem irreführenden Titel »ökologischer Umbau der Industriegesellschaft« — umfunktioniert in eine regierungsamtlich zu betreibende »Mobilisierung der Kräfte des Marktes für den Umweltschutz durch eine ökologische Orientierung des Steuer- und Abgabensystems«. ⁶ Aus der Forderung nach einer umfassenden Frauenbefreiung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wird so unter der Hand, schon vom Titel her reduziert, die nach »Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen«. Und, gut regierungssozialdemokratisch, wird gleich auch noch ein Konzept angedacht, wie ohne allzu großen Aufwand verhindert werden kann, daß Massenarbeitslosigkeit und Armut zu ernsthaften politischen Problemen werden: Hinter dem Slogan »Wohlstand und Arbeit für alle« verbergen sich ein Mindestmaß an Qualifizierungs- und Eingliederungsmaßnahmen plus Investitionsförderung sowie die trockenen Versicherung des wohlthätigen Charakters der ohnehin laufenden Prozesse von Weltmarktorientierung und Flexibilisierung; hinter der Forderung nach einem »Umbau des Sozialstaates« erscheint die Übernahme wesentlicher Grundlagen der Blümschen Gesundheitsreformen, bei Nachbesserungen in einigen nicht unwichtigen Punkten, eine Problematisierung des dringend zu behandelnden Problems der Pflegebedürftigen sowie Maßnahmen der Armutsbekämpfung, die weit hinter dem Notwendigen zurückbleiben. Wirklich zentrales Anliegen des gesamten Konzeptes ist offenbar die »Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Staates« — was in der Tat den Durchgangspunkt jeder politischen Umsetzungsstrategie darstellt, was aber ohne eine Orientierung auf eine Strategie der gesellschaftlichen Bündnisbildung bloße technokratische Selbstvergewisserung bleiben muß.

In dieser Konzeption fehlen nicht nur alle Forderungen, die einen wirklichen Umbau der Produktion nach sich ziehen würden, beginnend bei der Konversion der angesichts der weltpolitischen Entwicklungen noch sinnloser gewordenen Rüstungsproduktionskapazitäten, über die Entgiftung der chemischen Industrie bis hin zur Kommunalisierung der Energiepolitik — ganz zu schweigen von einem wirksamen Einstieg auch nur in die Vorbereitung einer Alternative zur Automobilgesellschaft oder in eine Energieversorgung auf der Grundlage erneuerbarer Energien.

Es fehlen auch alle Konzeptionen einer globalen Umsteuerung der ökonomischen

Entwicklung, für die in der Tat Instrumente des Regierungshandelns zur Verfügung stehen würden (vgl. Kremer, Möbbeck 1989). Vor allem aber fehlt jeder Ansatz einer Reflektion des in jedem Fall für Sozialdemokraten zentralen Problems, wie die gesellschaftliche Mehrheit für eine politische »Rück-Wende« zustandegebracht werden könnte. Dabei müßte es nicht nur darum gehen zu reflektieren, wie sich Regierungshandeln mit dem Handeln gesellschaftlicher Organisationen und Bewegungen produktiv so verknüpfen ließe, daß dadurch neue gesellschaftliche Mehrheiten produziert, stabilisiert und ausgeweitet werden könnten. Es müßte auch darum gehen, Konzepte zu entwickeln, wie eine sozialdemokratische Erneuerungspolitik — ohne Konzessionen an nationalistische und rassistische Ideologien — gerade auch diejenigen »kleinen Leute« erreichen könnte, die gegenwärtig von den Sündenbock-Projektionen und den neuen deutschnationalen Mobilisierungen der Rechten angesprochen werden. Beides macht es erforderlich zu überlegen, wie eine Erneuerungspolitik auch an Orte getragen werden kann, wo sie bisher nicht stattfindet: an den Arbeitsplatz im Betrieb, in die Nachbarschaft oder in Haushalt und Familie. Erst wo dies diskutiert würde, lohnte sich dann auch eine Diskussion etwa über neue, produktive Formen des Zusammenwirkens von Parlamentsfraktionen und Regierungen, von Parteien, gesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen — und in diesem Zusammenhang dann auch über eine eventuelle »rot-grüne« Zusammenarbeit.

In allen diesen Punkten ist vollständige Fehlanzeige. Damit wird sich nichts mobilisieren lassen — außer dem Konsens der führenden Staatsbeamten für eine sozialdemokratisch geführte Regierung als neue Variante des »business as usual«. Falls die Wähler dann dennoch unter dem Eindruck der gegenwärtigen historischen Prozesse Ende 1990 für neue Mehrheiten im Bundestag sorgen sollten, wäre dieses Konzept daher eine ganz schlechte Grundlage. Allenfalls eine »sozialliberale« Koalition der modifizierten Fortsetzung der herrschenden Politik könnte damit leben: Die notwendigen Erneuerungen würden dann eben die Deutsche Bank und Mercedes-Benz betreiben ...

Diese Kritik zieht nicht nach sich, daß ein wirklich aufrechter Linker mit allen denjenigen, die sich einen solchen Kompromiß aufdrücken lassen, nichts mehr zu tun haben darf. Eher im Gegenteil. Auch hier ist die jüngste Entwicklung in der DDR durchaus lehrreich: Wenn die linken Oppositionsgruppen die kritische Auseinandersetzung mit ihrer Staatspartei aufgesteckt hätten und es innerhalb dieser Staatspartei keine (kleine) kritische Minderheit gegeben hätte, so daß heute bloß gehärtete, aber isolierte Oppositionelle einerseits und »Wendehälse« andererseits einander gegenüberstünden, wäre die Lage wahrscheinlich noch erheblich verfahrenener, als sie es ohnehin ist: nämlich ohne eine friedliche — d.h. real ohne jegliche — Lösungsperspektive.

Wenn die »68«er-APO auch, insgesamt gesehen, historisch folgenschwer gerirrt hat, als sie das politische System hierzulande als eine »Einparteienherrschaft mit mehreren Parteiorganisationen« beschrieb (vgl. etwa Agnoli 1967 oder Narr 1982), hat sie doch immerhin jenen Aspekt der Realität getroffen, der sich mit Bad Godesberg als »Konsens der Demokraten« bleiern über die bundesrepublikanische Gesellschaft zu senken begonnen hatte. Und sie trifft auch heute wieder den sich auch und gerade durch das Papier »Fortschritt 90« hindurch abzeichnenden »Modernisierungskonsens«. Da

kommt es darauf an, der immer wieder von der Geschichte blamierten konservativen These »Es gibt keine Alternative!« nicht bloß den — für alle die noch nicht von ihr bewegt sind, abstrakt bleibenden — stolzen Verweis auf »unsere große Emanzipationsbewegung« entgegenzuhalten, sondern — durchaus und unbedingt mit allen kritischen Sozialdemokraten, welche Kröten sie auch immer parteiintern schlucken mögen — theoretisch und praktisch hart daran zu arbeiten, den *ökologischen und feministischen Sozialismus*⁷ zur »Vernunft unserer Zeit« zu machen.⁸ Denn das wäre die erste Voraussetzung für den historisch immer dringlicher werdenden Erfolg der auch hierzulande längst überfälligen und immer dringender werdenden »demokratischen Revolution«.

Und allein *dieses* Ziel kann den Maßstab abgeben für unsere eigenen strategischen Initiativen.

Anmerkungen

- 1 Ich beziehe mich im Folgenden auf den in »intern. Informationsdienst der SPD«, Nr. 16, 1989 gegebenen Arbeitsstand-Bericht »Arbeitsbericht Fortschritt '90: Zukunftsaufgabe ökologischer Umbau«, der m.W. den neuesten Stand dieser konzeptionellen Arbeit zusammenfaßt.
- 2 Die AL wird im Juni 1990 zusammen mit der Bundespartei der GRÜNEN und in Partnerschaft mit offiziellen ebenso wie »informellen« Vertretern aus der Sowjetunion einen Kongreß »Perestrojka im Osten — Alternative im Westen« durchführen, der dieser Fragestellung nachgehen soll.
- 3 Ich beziehe mich hier insbesondere auf seinen programmatischen Artikel in der *Prawda* vom 26.11.1989.
- 4 Das auch in den reichen Ländern des »Nordens« dieser Erde wachsende Bewußtsein über die Ausbeutung und Verelendung der Völker des »Südens« ist demgegenüber immer eine in ihrer gesellschaftlichen Reichweite begrenzte, wenn auch in der strategischen Ausarbeitung ihrer Forderungen immer besonders fortgeschrittene Kraft geblieben.
- 5 Hierher gehören selbstverständlich nicht nur »qualitative« Forderungen, sondern durchaus auch »quantitative«, wie die nach einer radikalen Arbeitszeitverkürzung oder nach einschneidenden und solidarisch verteilten Lohnerhöhungen.
- 6 Zur Kritik entsprechender Tendenzen bei den Grünen vgl. Briefs 1989.
- 7 Vgl. Antunes, C., u.a. 1989.
- 8 Vgl. die von Roy Bhaskar vorgelegte Schlußformulierung seiner philosophischen Thesen gegen einen falschen, weil sich auf Anpassung und Unterwerfung beschränkenden »Realismus« in Politik und Philosophie im Namen eines »kritischen Realismus« in Philosophie und Wissenschaft ebenso wie in der politischen Praxis (Bhaskar 1989, 10).

Literaturverzeichnis

- Agnoli, J., und P. Brückner, 1967: Transformation der Demokratie. Frankfurt/M.
- Antunes, C., Juquin, P., Kemp, P. und F.O. Wolf, 1989: Für eine grüne Alternative in Europa. Ökologisch-sozialistisches Manifest. Typoskript
- Bartelheimer, P., 1989: Umheimlich modern. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 ders. 1989a: Alles zu werden strömt zu Hauff! In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5 ders., und F.O.Wolf, 1989: EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«. In: *spw* 46, 104ff.
- Bhaskar, R., 1989: Reclaiming Reality. London
- Briefs, U., 1989: Auf dem Weg in den grünen Steuerstaat. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 12
- Haug, W.F., 1989: Gorbatschow. Hamburg
- Kremer, U., und S. Möbbeck, S., 1989: Ökologisches Strohfeuer oder Strukturreform? In: *spw* 49, 395ff.
- Narr, W., 1982: Parlamentarisches Ritual und politische Praxis. Frankfurt/M.

Michael Krätke

Mit Öko-Steuern steuern?

Alle reden von Öko-Steuern

Die meisten haben es gemerkt: das Umweltbewußtsein wächst in der Bundesrepublik wie in den übrigen europäischen Industrieländern; immer mehr Wahlbürger sind bereit, für einen effektiven Umweltschutz auch persönliche Opfer zu bringen. Ebenso wächst die Unzufriedenheit mit der bisherigen Umweltpolitik. Wer in den neunziger Jahren regieren will, muß umweltpolitische Kompetenz zeigen. Die Programmkommission »Fortschritt '90« hat mit ihren im Juli dieses Jahres präsentierten Vorschlägen für eine ökologisch Weiterentwicklung des Steuersystems gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe erwischt: Sie hat ein Konzept präsentiert, das sich vom Weitermachen und Durchwursteln der Regierungsparteien abhebt. Sie hat sich auf ein Feld begeben, auf dem einer der potentiellen Partner, *Die Grünen*, bislang fast allein auf weiter Flur mit durchaus diskutablen Vorschlägen agierte. Sie hat eine Diskussion ausgelöst, in der die in vielen Köpfen festgemauerten Abteilungsgrenzen zwischen den »Politikbereichen« fortlaufend fröhlich übersprungen werden. Zu guter Letzt kann dabei ein Gesamtkonzept zur Gesellschaftsreform herauskommen.

Es scheint auf den ersten Blick ein wenig naiv, die Fahrt in die diversen Umweltkatastrophen durch Steuerreformen aufhalten oder gar vermeiden zu wollen. Allerdings hat die Steuerpolitik in der Geschichte der Industrialisierung schon immer eine Rolle gespielt — und keine kleine. Am Anfang der beschleunigten Industrialisierung und fortschreitenden Ersetzung von Tier- und Menschenkraft durch Maschinerie im Fabrikssystem stehen Steuern — die hohen Zölle auf Importgetreide und die Verbrauchssteuern, mit denen die politisch herrschende Klasse der Grundeigentümer in England die Getreidepreise, mithin die Preise für Lebens- und Futtermittel in die Höhe trieb bzw. künstlich hoch hielt. Um den Wirkungen dieser Steuern — hohen und steigenden Kosten des Gebrauchs von Pferdekraft und menschlicher Arbeitskraft — zu entgehen, haben britische Industrielle als erste ihr Kapital in beträchtlichem Umfang in die Förderung von solchen Erfindungen gesteckt, die menschliche und animalische Kraft durch mechanische zu ersetzen versprachen — und das mit großem Erfolg. Wenn eine Steuer imstande war, den Trend zur Entwicklung und massenhaften Anwendung »arbeitsparenden« technischen Fortschritts ganz erheblich zu beschleunigen, warum soll dann die notwendige Umstellung der Industriegesellschaften auf umweltschonende bzw. umweltverträgliche Produktionsverfahren und Produkte nicht durch eine gezielte Besteuerung beschleunigt werden können.

Der Grundgedanke der Öko-Steuern ist nicht neu. Die Standardformel der Ökonomen dafür lautet »Internalisierung externer Effekte« und ist von dem britischen Ökonomen A.C. Pigou bereits vor dem Ersten Weltkrieg (1912) geprägt worden. Umweltschäden sind geradezu das Paradebeispiel für »negative externe Effekte« privatwirtschaftlichen Handelns, für Schäden, die einzelne allen oder vielen anderen zu

fügen, ohne daß sie im Rahmen einer reinen Marktökonomie dafür aufzukommen hätten. Der Staat hat in einer Marktökonomie als einziger die Möglichkeit und zugleich die Pflicht, industriellen Produzenten (und Konsumenten) die sozialen Kosten, die sie verursachen, durch spezielle Steuern in Rechnung zu stellen. Gleichzeitig soll und kann er Produzenten (und Konsumenten) durch spezielle Subventionen bei der Schadensvermeidung unterstützen (vgl. Pigou 1912/1960: 183ff., 224f.). Pigou hat auch bereits auf die Problematik von Öko-Steuern aufmerksam gemacht — auf die schwierige Erhebung, auf das Problem der richtigen Dosierung und auf das Problem der unerwünschten Verteilungseffekte, die auftreten, da »die verschiedenen Güter in unterschiedlichen Proportionen von reichen und armen Leuten gekauft werden« (ders. 1928/1956: 100).

In der bundesdeutschen politischen Diskussion sind Steuern als Instrument der Umweltpolitik spätestens seit dem ersten Umweltprogramm, das die sozialliberale Koalition 1971 vorgelegt hat. Darin findet sich bereits, wenn auch verklausuliert, der plausible Gedanke, das Übel an der Wurzel zu packen, indem dem »Gut Umwelt« ein politischer Preis verpaßt wird. Im Umweltprogramm des DGB von 1974 wird selbst die Forderung nach speziellen Abgaben erhoben, die umweltschädigende Produkte, Produktionsverfahren und Produktionsstätten belasten sollen. Der DGB sieht dort das Problem der Abwälzung solcher Abgaben auf die Endverbraucher, mithin der unerwünschten Verteilungseffekte, weiß aber keinen Rat (vgl. DGB 1974: 30ff.). Seit 1982 (Sindelfinger Programm) haben *Die Grünen* für Öko-Steuern plädiert. Im grünen Umbauprogramm von 1986 findet sich ein durchgerechnetes Paket von sieben speziellen Öko-Abgaben. Seit 1985 hat die Bundestagsfraktion der *Grünen* vier Gesetzentwürfe zur Einführung von Öko-Steuern und -Abgaben eingebracht (Schadstoffabgabengesetz '85, Chlorsteuergesetz '86, Gesetz über Sonderabgaben auf Sondermüll '86, Primärenergie- und Atomstromsteuergesetz '88) — ohne jeden Erfolg. Zu einer öffentlichen Debatte haben diese Vorstöße und die gelegentlich von Wissenschaftlern im Umfeld der *Grünen* vorgetragenen Konzepte für eine ökologische Steuerreform (vgl. Binswanger u.a. 1983; Springmann 1986; UPI 1988; Müller-Witt/Springmann 1988) erst geführt, als sich die Programmkommission der SPD ernsthaft damit zu befassen begann. Mittlerweile haben auch die Regierungsparteien die Öko-Steuern als sogenannte »marktwirtschaftliche Instrumente« des Umweltschutzes für sich entdeckt. Einigermassen durchdachte und durchgerechnete Konzepte gibt es aber nur von der SPD (SPD 1989a, 1989b) und den *Grünen* (Bongaerts u.a. 1989).

Öko-Steuern und -Abgaben gibt es schon in einigen Ländern. Eine Abwasserabgabe kennt die Bundesrepublik seit 1976, in den Niederlanden gibt es sie seit 1969. Produktabgaben wie zum Beispiel eine Abgabe auf Wegwerfbehälter und Einwegflaschen gibt es in Schweden seit 1973, in Norwegen seit 1973. Japan kennt Emissionsabgaben (namentlich auf Schwefeldioxid) seit 1974. In Dänemark wird eine Abgabe auf Verpackungsmaterial erhoben, in Italien werden Plastiktüten mit ca. 10 Pfennig pro Stück besteuert. Energiesteuern gibt es in vielen Ländern. In der Bundesrepublik kennen wir neben der Mineralölsteuer auch Sonderabgaben auf Energieträger, verniedlichend als »Pfennig« bezeichnet (Kohle- und Ölpfennig). Öko-Steuern sind heute noch Bagatell-

steuern, die im Staatshaushalt kaum ins Gewicht fallen (0,2 % des gesamten Steueraufkommens in den Niederlanden, in der Bundesrepublik nicht mehr als 0,15 %, auch wenn man die nur von bestimmten Bundesländern erhobenen Abgaben mitrechnet).

Öko-Steuern und ökologische Steuerpolitik

Öko-Steuern sind erklärtermaßen Lenkungssteuern. Das sind Steuern, die der Staat erhebt, um das Verhalten seiner Bürger zu beeinflussen, wenn er das mit anderen Mitteln nicht erreichen kann oder will. Solche Steuern sollen nicht den Staatshaushalt finanzieren, sondern die Bürger mit sanftem finanziellen Druck zu einer politisch erwünschten Verhaltensänderung bewegen, indem bestimmte Verhaltensweisen oder Produkte gezielt verteuert und damit möglichst vielen verleidet werden. Die Bartsteuer, die Peter der Große 1699 in Rußland einfuhrte, ist ein schönes historisches Beispiel für eine solche Lenkungssteuer: Wer sich der vom Zaren erwünschten »westlichen« Mode des glattrasierten Gesichts nicht unterwerfen wollte, hatte für das Barttragen zu zahlen. Wer sich's nicht leisten konnte, mußte eben zum Barbier. Die Margarinesteuer, die auf Betreiben der organisierten Agrarinteressen eingeführt wurde und den Butterabsatz stabilisieren sollte, die Heizölsteuer, die eingeführt wurde, um den stockenden Heizkohleabsatz zu fördern, und die Baulandsteuer, die das Horten von unbebauten Grundstücken verteuern sollte, sind weitere Beispiele für Lenkungssteuern aus der deutschen Steuergeschichte.

Der Erfolg jeder Lenkungssteuer bemißt sich nicht danach, was sie dem Fiskus einbringt, sondern danach, wie viele Bürger ihr Verhalten in der erwünschten und erwarteten Richtung ändern, um die Steuer zu vermeiden. Am erfolgreichsten ist eine Lenkungssteuer also, wenn sie am wenigsten einbringt; die beste Lenkungssteuer ist die, die keiner mehr zahlt, weil alle ihr durch entsprechende Verhaltensänderung ausgewichen sind — hoffentlich in die gewünschte Richtung.

Reine Lenkungssteuern sind selten — aus dem einfachen Grund, daß mit ihnen auf Dauer kein Staatshaushalt zu finanzieren ist. Dafür enthalten die modernen Massensteuern reichlich Regulierungselemente, und das ist einer der wesentlichen Gründe für die altbekannte Unübersichtlichkeit der heutigen Steuertarife und -systeme (vgl. Krätke 1988). Bei manchen unserer heutigen Steuern ist der ursprünglich proklamierte Lenkungszweck längst ins Hintertreffen und in Vergessenheit geraten — so bei den Alkohol- und Tabaksteuern, von denen niemand mehr erwartet, daß sie Saufen und Rauchen bzw. die entsprechenden Gesundheitsschäden merklich verringern würden.

Zur Finanzierung staatlicher Umweltschutzmaßnahmen brauchen wir keine Öko-Steuern. Wohl aber, um das ordnungsrechtliche Instrumentarium der bisherigen Umweltpolitik zu ergänzen und verstärken. Kurz- und mittelfristig sind die Ziele der Umweltpolitik klar: drastische Reduzierung der Schadstoffemissionen in jeder Form und beschleunigter Übergang zu einer industriellen Produktionsweise, in der Energieverbrauch, Rohstoffeinsatz, Abfälle und Schadstoffemissionen systematisch minimiert werden. Effektive ökologische Lenkungssteuern, die Umweltverschmutzung in jeder Form für möglichst viele Umweltverschmutzer erheblich verteuern und Produzenten

und Konsumenten hinreichende finanzielle Anreize für umweltschonendes Verhalten geben, können dazu beitragen.

Wovon hängt der ökologische Steuerungseffekt von Öko-Steuern ab? Wie bei jeder Lenkungssteuer zunächst einmal davon, daß der Steuersatz hoch genug gewählt wird. Zweitens davon, daß sie umweltschädigendes Verhalten an den richtigen Stellen und im richtigen Moment treffen. Drittens davon, daß sie den Steuerzahlern die richtigen, das heißt ökologisch sinnvollen Ausweichmöglichkeiten läßt und die ökologisch (und nicht zu vergessen auch sozial) unerwünschten abschneidet.

In der Sprache der Modellökonomie läßt sich die Frage nach dem Steuersatz, der einen ökologischen Lenkungseffekt garantiert, leicht beantworten. Wenn wir zwei Produkte oder Produktionsverfahren haben, ein billiges und umweltbelastendes und ein teureres und umweltschonendes, dann muß der Steuersatz immer etwas höher als die Kostendifferenz plus Grenzumstellungskosten sein. Leider besteht unser umweltpolitisches Problem zu einem großen Teil darin, daß wir die umweltschonenden Produkte und Verfahren noch nicht haben, also auch die Kostendifferenz und eventuellen Umstellungskosten nicht kennen. Das Ziel ökologischer Lenkungssteuern ist gerade, den ökologischen Problemdruck für möglichst viele einzelne Produzenten und Konsumenten fühlbar zu machen und sie anzutreiben, nicht nur auf bekannte Alternativen umzusteigen, sondern neue umweltschonende Produkte und ganz neue umweltverträgliche Technologien zu entwickeln und erproben. Auf längere Sicht sollen die Konsumenten nicht nur weniger umweltbelastende Produkte kaufen und verbrauchen, sondern ihre Verbrauchsgewohnheiten radikal umstellen, die Produzenten nicht nur weniger Abfälle und Schadstoffemissionen produzieren, sondern ihre Produktionsmethoden radikal umstellen. Da wir die Kosten der Entwicklung neuer »umweltfreundlicher Technologien« nicht kennen, folglich auch die Umstellungskosten nicht abschätzen können, sind die Steuersätze von Öko-Steuern auch nur als politische Signale zu verstehen und zu begründen. Öko-Steuern müßten in der Tat prohibitiv ausfallen, um die erhofften Vermeidungshandlungen bei Produzenten und Konsumenten zu bewirken. Sie sollen in kürzester Frist zu möglichst drastischen Preis- und Kostensteigerungen führen, die das Gefüge der relativen Preise systematisch zugunsten umweltfreundlicher Verfahren und Produkte verzerren. Wenn das Ziel etwa lautet: drastische Verteuerung des Energieverbrauchs, um die industriellen Produzenten und die Konsumenten zum Energiesparen und zur Entwicklung und Anwendung energiesparender Technologien zu bewegen, dann sind Steuersätze von 100 % und mehr für eine Öko-Steuer auf Energie gar nicht abwegig. Denn in der Bundesrepublik beträgt der Anteil der Energiekosten in den wichtigsten Industriezweigen heute nicht mehr als 2 bis 4 % der gesamten Produktionskosten. Wenn der Autoverkehr drastisch eingeschränkt werden soll — zugunsten der Alternativen Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel —, dann sind Benzinpreissteigerungen nötig, die die berühmten Ölpreisschocks der siebziger Jahre in den Schatten stellen müssen. Wo genau die »Schmerzgrenze« liegt, bei der die autofahrende Minderheit ihr Fahrverhalten ändert — ob bei einer Verdoppelung oder erst bei einer Verdreifachung der heutigen Preise — weiß niemand. Wie bei allen Lenkungssteuern, läßt sich das nur durch Praxistests feststellen.

Es gibt noch eine zweite Möglichkeit, die Steuersätze von Öko-Steuern zu bestimmen, die zunächst rationaler erscheinen mag. Man nimmt ein umweltbelastendes Produkt, etwa das Auto, und berechnet die externen Kosten, insbesondere die Umweltschäden, die dieses Produkt bzw. sein Gebrauch verursacht. Die Summe dieser externen Kosten wird dann einfach auf die Verbraucher pro rata ihres Verbrauchs umgelegt — sei es in Form einer zusätzlichen Steuer, sei es in Form einer Erhöhung bereits vorhandener Steuern, etwa der Kfz- und Mineralölsteuer. Das ist die Methode, die das Heidelberger UPI-Institut anwendet (vgl. UPI 1988, Teufel 1988). Soweit es um die Legitimation von Öko-Steuern geht, hat dies Verfahren Vorteile. Es folgt scheinbar dem sogenannten »Verursacherprinzip« — wer die Schäden verursacht, soll auch für die Kosten aufkommen. Eine einfache Kostenumlage scheint auch besser in eine marktwirtschaftliche Ordnung zu passen als eine rein politisch bestimmte Lenkungssteuer. Leider lassen sich externe Effekte selten exakt messen und nie genau einzelnen Verursachern oder Verursachergruppen zurechnen — etwa so, wie sich Schadstoffemissionen mit den geeigneten Meßgeräten feststellen lassen. Ebenso wenig läßt sich genau feststellen, wer welchen Schaden nimmt, so daß der Zusammenhang zwischen Verursacher und Geschädigten auf Vermutungen und politischen Entscheidungen beruht. Um vom anteiligen Schaden auf die monetären Kosten zu kommen, wird in aller Regel auf die tatsächlichen oder für notwendig gehaltenen Umweltschutzausgaben (Ausgaben für Wasser- und Luftreinhaltung, Abfallbeseitigung, Lärmschutz, Gesundheitsschutz bzw. Krankheitskosten) zurückgegriffen — was wiederum eine politisch bestimmte Größe ist. Wird die Höhe der Öko-Steuer nach dem Verfahren der Umlage von anteiligen Umweltschutzausgaben berechnet, verändert sich ihr Charakter. Ihr Aufkommen wird ex ante festgelegt, ihre Höhe und mithin ihr Steuerungseffekt hängen davon ab, welche Ausgaben zur Reparatur von Umweltschäden jeweils für notwendig und akzeptabel erachtet werden. Das kann durchaus zu einer effektiven Lenkungssteuer führen, muß aber nicht.

Mal verschämt (Teufel 1988: 643), mal offen (van Ojik/de Roo 1989: 42) wird von den Anhängern dieser Methode zugegeben, daß sie eigentlich nur für solche umweltbelastenden Produkte gelten soll, die nicht durch umweltfreundliche Alternativen zu ersetzen und deren Verbrauch nicht wesentlich zu reduzieren, geschweige denn zu vermeiden sein wird. Folglich beinhaltet schon die Art und Weise, wie man die Steuersätze der Öko-Steuern bestimmt, eine umweltpolitische Entscheidung: will man ökologisch sinnvolle Verhaltensänderungen herbeiführen oder gibt man sich damit zufrieden, Schäden zu reparieren, Abfälle zu entsorgen und allerlei Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Im zweiten Fall werden die Öko-Steuern von politischen Entscheidungen über den Umfang der notwendigen Umweltschutzaufwendungen abhängig; steigen die Umweltschutzausgaben, steigen die Öko-Steuern.

Ökologische Lenkungssteuern müssen nicht nur hoch genug, sie müssen auch hinreichend differenziert und obendrein dynamisiert sein. Die Steuersätze sollten je nach Gefährlichkeit von Schadstoffen bzw. Dringlichkeit ihrer Vermeidung variieren. Da die Umweltbelastungen wachsen, kumulativ und in manchen Bereichen exponentiell, sollten auch die Sätze der ökologischen Lenkungssteuern fortlaufend erhöht werden —

von Jahr zu Jahr oder in kürzeren Perioden —, um den finanziellen Druck zum Umsteigen auf umweltverträgliche Produkte und Verfahren mit dem weiterhin wachsenden Druck der Umweltprobleme zu steigern.

Ökologische Lenkungssteuern sollten gezielt als »Mengensteuer« gestaltet, das heißt nach Einheiten des Roh- und Schadstoffs bzw. nach Energieeinheiten bemessen werden. Im Blick auf das umweltpolitische Ziel — Senkung des Verbrauchs von Energie und Schadstoffen — ist diese Steuertechnik allemal wirksamer als eine Wertsteuer, die auf den Preis des jeweiligen Schadstoffs oder Energieträgers bezogen wird.

Wo sollen Öko-Steuern ansetzen? Aus dem umweltpolitischen Ziel folgt, daß es spezielle Verbrauchssteuern auf umweltbelastende Produkte sein müssen, die Produzenten und Konsumenten treffen sollen. Ökologische Lenkungssteuern sollten allerdings vorzugsweise diejenigen Akteure treffen, die ihr Verhalten tatsächlich ändern können und deren Verhaltensänderungen den größten Effekt haben. Leider sind spezielle Verbrauchssteuern, zumal auf Produkte bezogene Mengensteuern, schwerlich danach zu differenzieren, wieviel und mit welchen Effekten (Schadstoffemissionen, Abfällen) einer verbraucht. Im Prinzip sind so viele spezielle Öko-Steuern denkbar, wie es umweltbelastende Produkte gibt. Mit einem Strauß von Dutzenden oder Hunderten von Öko-Steuern stiege nicht nur der Erhebungs- und Verwaltungsaufwand ganz unverhältnismäßig. Bei zuvielen Öko-Steuern würde auch der Steuerungseffekt leicht verpuffen in einer allgemeinen Preissteigerung. Es ist darum allemal besser, sich auf die schlimmsten Schäden und die großen Umweltsünder zu konzentrieren. Also lieber wenige und dafür hohe Öko-Steuern mit deutlicher Signalwirkung.

Öko-Steuern können als Produktsteuern, als Ressourcensteuern und als Emissionsabgaben erhoben werden. Emissionsabgaben, die direkt bei der Schadstoffemission, sei es in einem Betrieb, sei es in einem Haushalt ansetzen und nach der jeweiligen Schadstoffmenge bemessen werden, sind die weitaus wirksamste Form der Öko-Besteuerung. Der Zusammenhang zwischen Umweltschädigung und Steuer ist kurz und direkt. Bei Ressourcen- und Produktsteuern dagegen werden die besteuerten Produzenten stets versuchen, die Steuer abzuwälzen, so daß der gewünschte Steuerungseffekt — Verringerung eines oder mehrerer Umweltschäden — vergleichsweise ungewiß wird. Vor allem Ressourcensteuern (Steuern auf Energieträger) haben die für eine Lenkungssteuer unangenehme Eigenschaft, daß sie sich recht diffus über die ganze Wirtschaft hin verteilen. Emissionsabgaben wären also eigentlich vorzuziehen, sind aber oftmals wegen der schwierigen Messung bzw. des hohen Erhebungs- und Kontrollaufwandes (z.B. bei Schadstoffemissionen in Privathaushalten) nicht gut einzusetzen.

Öko-Steuern können die heutigen Massensteuern (Lohn-, Einkommen- und Umsatzsteuer) nicht ersetzen. Aber die vorhandenen Steuersubventionen und -vorteile, mit denen der Staat heute das ökonomische Verhalten — Sparen, Investieren, Konsumieren — seiner Bürger beeinflußt, können durchaus im Sinne einer ökologischen Steuerpolitik umgestaltet werden. Wenn der Staat Steuerentlastungen und -ersparnisse an umweltfreundliches Verhalten koppelt, schafft er den umweltpolitisch passenden Ausgleich dafür, daß er umweltschädigendes Verhalten systematisch mit Strafsteuern belegt. Dazu brauchen bloß heutige Steuersubventionen ökologisch umdefiniert bzw.

erweitert zu werden — man denke an eine Kilometerpauschale nicht nur für die lohnsteuerzahlenden Autofahrer, sondern auch für Fußgänger, Radfahrer, Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel oder an Sonderabschreibungen für Umweltschutzinvestitionen bzw. Investitionen in neue, umweltfreundliche Technologien in Unternehmen (und Privathaushalten). Umweltfreundliche Produkte können für eine Übergangszeit von der Umsatzsteuer befreit bzw. mit einem speziellen, ermäßigten Satz besteuert werden. Bestimmte Steuern wie die Kfz-Steuer können und sollten systematisch differenziert werden, so daß diejenigen, die auf schadstoffärmere und benzinsparende Autos umsteigen, einen finanziellen Anreiz erhalten. Ökologisch widersinnige Subventionen — wie etwa das Kilometergeld für Autofahrer — sind zu beseitigen.

Noch etwas kann der ökologisch reformierte Steuerstaat tun: Er kann die sehr beträchtlichen Mehreinnahmen, die ihm richtig eingesetzte Öko-Steuern zumindest vorübergehend bescherten, politisch für Umweltschutzausgaben reservieren, ohne daß er dazu einen Fonds oder ein Sondervermögen stiften müßte. Die generelle Verpflichtung, das Aufkommen der Öko-Steuern nur für Umweltschutzausgaben zu verwenden, genügt. Dazu zählt auch ein Ausgleich für die Steuereinnahmen, auf die der Staat mit ökologischen Steuersubventionen verzichtet, so daß dank dieser Zweckbindung in der Tat eine neuartige Umverteilung von Umweltverschmutzern zu Umweltschützern möglich würde.

Öko-Steuerpläne — rot und grün

In der Bundesrepublik wie anderswo sind diejenigen, die unter der Fahne der »Steuervereinfachung« vor allem das Steuerungspotential des Steuerstaats beseitigen wollen, alles andere als begeistert von der Idee ökologischer Lenkungssteuern. Immerhin scheint die simplizistische Formel »Steuervereinfachung = mehr Steuergerechtigkeit« weniger zu blenden als früher. Einfacher wird das Steuersystem mit der Einführung von Öko-Steuern gewiß nicht. Darum, und weil die Öko-Steuern allerlei unerwünschte Nebeneffekte haben, ist es politisch klug, sie in ein steuerpolitisches Gesamtkonzept einzubetten. Das ist, in Ansätzen, nur bei SPD und *Grünen* vorhanden. Ein Vergleich lohnt sich.

Öko-Steuerpläne von SPD und *Grünen* (Sept. 1989)

	SPD	<i>Grüne</i>
Gesamtumfang	ca. 35,8 Mrd DM	ca. 86 Mrd DM
A. <i>Öko-Steuern</i>		
1. Energiesteuern	zusammen	ca. 25 Mrd DM
2. Mineralölst.erhöhung	ca. 31,6 Mrd DM	ca. 25 Mrd DM
<i>Sonderabgaben</i>		
1. Abwasserabgabe und Grundwasserabgabe	ca. 0,35 Mrd DM	ca. 4,5 Mrd DM
2. Luftschadstoffabgabe	?	ca. 3,0 Mrd DM
3. Abgaben auf Einwegverpackungen	ca. 4,0 Mrd DM	ca. 2,0 Mrd DM
4. Emissionsabgabe	?	ca. 8,5 Mrd DM

	SPD	Grüne
5. Deponiegebühren		ca. 8,6 Mrd DM
6. Grundchemikalienabgabe		ca. 3,9 Mrd DM
7. Stickstoffabgabe		ca. 1,5 Mrd DM
8. Abgabe auf Massentierhaltung	?	
9. Schwerverkehrsabgabe		ca. 4,0 Mrd DM
<i>Steuerentlastungen</i>		
1. Senkung Lohn u. Einkommensteuer	ca. 15,2 Mrd DM	
2. Fortfall KFZ-Steuer	9,2 Mrd DM	
3. Entfernungspauschale	1,0 Mrd DM	
4. Fernpendlerpauschale	ca. 0,3 Mrd DM	
5. Ausgleichszahlungen für Transferempfänger	ca. 6,0 Mrd DM	
6. Fortfall Kohlepennig		ca. 4,8 Mrd DM
7. Ökol. Invest.förd. (§ 7 d EStG, § 82a EStDV)	ca. 1,1 Mrd DM	

Denkt man sich die diversen Sonderabgaben hinzu, die die Kommission Fortschritt '90 erwägt, dann wiegt das sozialdemokratische Programmpaket etwa halb so schwer wie das *grüne*. Der Schwerpunkt des SPD-Programms liegt klar bei den Energiesteuern, was im Blick auf den Anteil, den die Verbrennung fossiler Energieträger an den Umweltschäden hat, auch naheliegt. Kleinere Abgaben sollen flankierend zur ökologischen Feinststeuerung eingesetzt werden. Das *grüne* Paket enthält drei etwa gleichgewichtige Komponenten — Energie-, Mineralölsteuern und spezielle Abgaben. Die vorgesehenen Energiepreiserhöhungen (SPD: 20 bis 30 %) und Benzinpreissteigerungen (SPD: 0,60 DM, *Grüne*: 0,50 DM pro Liter) liegen weit unter dem, was als Anstoß für einen massenhaften Umstellungsprozeß für nötig gehalten wird. Die Energiepreissteigerung beträgt noch nicht ein Drittel von dem, was Konsumenten und Produzenten in den letzten Jahren an Entlastung infolge des weltweiten Verfalls der Energiepreise einstecken konnten. Die große Mehrheit der Autofahrer gehört durchaus nicht zu denen, die mit dem Pfennig rechnen müssen; überdies dient das Auto der Selbstdarstellung und Markierung sozialer Distanz mindestens ebensowohl wie der Fortbewegung. Benzinpreiserhöhungen in der vorgeschlagenen Größenordnung werden daher höchstens einigen Rentnern, Arbeitslosen und Studenten das Auto verleiden, nicht aber die Masse der Autofahrer zur Änderung ihres Fahrverhaltens bringen.

Der wichtigste Unterschied beider Pakete tritt zutage, wenn man sich die vorgesehene Verwendung der Mehreinnahmen aus Öko-Steuern vornimmt. Das SPD-Konzept zeichnet sich durch die laut erklärte Absicht aus, diese Mehreinnahmen voll und ganz (»aufkommenneutral«) wieder an die Unternehmen und Haushalte zurückzugeben. So soll die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt (durch Anhebung des Grundfreibetrags), die Kfz-Steuer abgeschafft werden, Rentner, Arbeitslose, Studenten und andere Transferempfänger sollen Ausgleichszahlungen erhalten. Ein Teil, leider der geringste, der Steuerentlastungen hat auch eine ökologische Steuerungsfunktion: Das gilt für die Umwandlung des bisherigen Kilometergeldes, das einseitig die Autofahrer subventionierte, zu einer generellen Entfernungspauschale, das gilt auch für die verbesserten Möglichkeiten, um Energieeinsparinvestitionen bei Gebäuden bzw. Umweltschutz-

investitionen abzuschreiben. Nur machen solche ökologisch sinnvollen Steuerentlastungen gerade mal 2,1 Mrd DM oder rund 6 % des Gesamtpakets aus.

Bei den *Grünen* sieht die Verwendungsseite des Öko-Steuerpakets ganz anders aus. Auch hier gibt es Steuerentlastungen — etwa die geplante Streichung des Kohlepfennigs als wichtigster Posten, aber die machen lediglich ca. 6 Mrd DM oder rund 7 % des Gesamtpakets aus. Alle übrigen Einnahmen sind deutlich für Umweltschutzausgaben bzw. für die Finanzierung ökologisch sinnvoller öffentlicher Investitionen (etwa im öffentlichen Verkehr) oder für ökologisch sinnvolle Technologieförderung (Energieeinsparung und Emissionsminderung) reserviert.

Hier, bei der »aufkommenneutralen« Rückgabe der Öko-Steermilliarden zum Zweck des »sozialen Ausgleichs«, liegt der Hauptunterschied zwischen beiden Vorschlägen. Die Form einer eventuellen Zweckbindung von Öko-Steuererinnahmen ist ganz nebensächlich, was zählt, ist die Art der beabsichtigten Verwendung. Ist es überhaupt notwendig, bei der Einführung von Öko-Steuern allerlei »unsoziale« Verteilungseffekte wieder auszugleichen? Wenn ja, wie macht man das? Ist es möglich, unerwünschte Verteilungseffekte auf eine ökologisch sinnvolle Weise auszugleichen?

Öko-Steuern haben als spezielle Verbrauchssteuern auf umweltbelastende Produkte die unangenehme Eigenschaft, daß sie sich nicht nach Einkommen oder Vermögen der verschiedenen Käufer differenzieren lassen. Daher verteilt sich ihre Last regressiv, das heißt, bei gleichem Kaufverhalten sind sie für Leute mit niedrigeren Einkommen schwerer zu verkraften als für Leute mit höheren Einkommen. Bei einer ökologischen Lenkungssteuer, die allen Privathaushalten eine merkliche Zusatzbelastung auflädt, führt das zu einer eigentlich unbeabsichtigten Ungleichheit: Leute mit höheren Einkommen können erheblich mehr an Preissteigerungen verkraften und akzeptieren als Leute mit niedrigen Einkommen, ohne daß sie sich gezwungen sähen, ihre umweltschädigenden Konsumgewohnheiten zu ändern. Unter den stärksten Umstellungsdruck geraten gerade Leute mit niedrigen und relativ fixen (Transfer-)Einkommen. Das kann durchaus dazu führen, daß statt einer allgemeinen Verhaltensänderung eine soziale Ausschließung entsteht: Es wird nicht etwa allgemein weniger und sparsamer Auto gefahren, sondern bestimmte Gruppen wie Rentner, Arbeitslose, Studenten werden vom Autofahren ausgeschlossen.

Der Ausweg, auf den die SPD-Kommission verfallen ist — volle Rückgabe der Öko-Steuererinnahmen —, ist nicht einmal im Sinne der vielberedeten »sozialen Gerechtigkeit« befriedigend. Im Blick auf das ökologische Steuerungsziel ist sie geradezu widersinnig. Wenn man einerseits ökologische Lenkungssteuern einführt, andererseits aber die Mehrbelastung, die dadurch entsteht, durch anderweitige Steuerentlastungen wieder kompensiert, ist es um den möglichen Steuerungseffekt der Öko-Steuern geschehen. Wenn diejenigen, die als Konsumenten auch ihren Beitrag zur Umweltverschmutzung leisten, für die Preissteigerungen, mit denen sie konfrontiert werden sollen, sogleich wieder durch höhere Nettoeinkommen entschädigt werden — und die Rückgabeaktion kommt keineswegs nur »Armen« zugute —, dann haben sie auch keinen ökonomischen Grund, ihr Konsumverhalten zu ändern. Dem durch Öko-Steuern signalisierten Zwang zum Sparen bzw. Umsteigen auf umweltfreundliche

Alternativen braucht derjenige nicht nachzugeben, der die höhere Steuerbelastung durch Einsparungen bei anderen Ausgaben bzw. durch Einkommenserhöhungen kompensieren kann. Die Rückgabe der Öko-Steuererinnahmen an die Lohn- und Einkommensteuerzahler und die Empfänger von Transfereinkommen konterkariert den erwarteten Steuerungseffekt; bestenfalls werden auf diesem Umweg in Zukunft große Umweltverschmutzer die kleinen subventionieren.

Einen besonderen Mißgriff im Rahmen der geplanten Rückgabe-Aktion stellt die Aufhebung der KFZ-Steuer dar. Gerade diese Steuer läßt sich leicht zu einer ökologischen Lenkungssteuer umbauen, indem man von der jetzigen Erhebung auf Basis von Hubraumgrößen übergeht zur Erhebung auf Basis von Abgasen (Schadstoffemission) und/oder Benzinverbrauch. Zumindest solange Katalysatoren und benzinsparende Motoren (nach dem Modell des Eco-Autos von VW) noch nicht allgemein durchgesetzt worden sind, kann eine nach Umweltschädlichkeit differenzierte Kfz-Steuer gute Dienste leisten.

Neutrale Öko-Steuern gibt es nicht

Umweltverschmutzer sind wir alle. Auch Lohnarbeiter und Sozialleistungsempfänger, auch die Klientel der Gewerkschaften, auch die Anhänger der Sozialdemokratie sind als Konsumenten Umweltsünder. Umweltschädigendes Verhalten ist keineswegs klassenspezifisch, wenn auch die Chancen des einzelnen, größere oder kleinere Umweltschäden anzurichten bzw. Katastrophen auszulösen, durchaus mit seiner Stellung im Produktionssystem zusammenhängen. Zumindest als Konsumenten, teilweise auch als Produzenten und Beschäftigte in umweltbelastenden Betrieben (Kraftwerken) werden Lohnarbeiter von Öko-Steuern getroffen. Das läßt sich nicht vermeiden. Ebenso wenig läßt sich vermeiden, daß eine Öko-Verbrauchssteuer die weniger begüterten Zeitgenossen härter trifft als die bessergestellten. Darin liegt ein klares Dilemma für die zur Ökologie bekehrte Sozialdemokratie: Als ökologisches Steuerungsinstrument soll und kann sie auf Öko-Steuern nicht verzichten. Sie kann aber auch nicht vermeiden, daß diese Steuern einen Großteil ihrer ureigenen Klientel teurer zu stehen kommen als die der anderen Parteien. Folglich fragt es sich, wie die unerwünschten Verteilungseffekte von Öko-Steuern kompensiert werden können, ohne daß dabei der ökologische Steuerungseffekt verloren geht.

Die Alternative zur ökologisch ziellosen Rückgabe ist nicht die sozialpolitische Umwidmung von Öko-Steuererträgen, etwa zur Finanzierung der Rentenversicherung (vgl. Binswanger u.a. 1983; Springmann 1986) oder, noch schöner, zur Finanzierung eines Grundeinkommens für jedermann, wie das André Gorz vorschlägt (1988). Daß das nicht funktioniert und in keiner der bisher vorgeschlagenen Varianten funktionieren kann, hat Gretschmann (1989) dargelegt. Öko-Steuern taugen nicht als finanzielle Basis des Sozialstaats.

Öko-Steuern sind um so wirksamer, je mehr Ausweichmöglichkeiten in der Form umweltverträglicher Alternativprodukte vorhanden und je zugänglicher diese Alternativen für potentielle Umsteiger sind. Es liegt auf der Hand, daß die Wirksamkeit von

Öko-Steuern erheblich gesteigert werden kann, wenn die entsprechenden Steuermehreinnahmen auch ökologisch gezielt eingesetzt werden. Da das Aufkommen einer wirksamen Öko-Steuer unweigerlich im Laufe der Zeit abnimmt, ist es am besten, sie für ebenfalls nur auf Zeit gedachte Umstellungsmaßnahmen zu verwenden. Dazu gehören ökologisch sinnvolle öffentliche Investitionen, z.B. im öffentlichen Verkehrsnetz, im öffentlichen Wohnungsbau, in kommunalen Ent- und Versorgungsbetrieben. Dazu gehören auch ökologisch gezielte Subventionen für Lohn- und Einkommensteuerzahler, wie z.B. die von der SPD-Kommission vorgeschlagene Einführung einer generellen Entfernungspauschale. Dazu können auch ökologisch gezielte Steuerentlastungen gehören, die aus dem Öko-Steueraufkommen zu kompensieren wären, wie etwa die Befreiung umweltfreundlicher Produkte von der Mehrwertsteuer. Eine Ermäßigung und/oder Aufhebung der Mehrwertsteuer für umweltverträgliche Produkte würde die Bezieher niedriger Einkommen für umweltschonendes Konsumverhalten relativ höher belohnen als die besser begüterten Umweltfreunde, wäre also ökologisch und sozial zugleich. Ähnliche soziale Komponenten lassen sich auch für die übrigen Verwendungsarten der Öko-Steuern konzipieren. Es spricht beispielsweise gar nichts dagegen, ökologisch sinnvolle Ausgaben von Privathaushalten — etwa für die Wohnungsisolation, Fahrradkauf — steuerlich zu subventionieren und diese Subventionen zugleich an Einkommensgrenzen zu binden. Empfänger von Transfereinkommen lassen sich (wiederrum bis zu bestimmten Einkommens- und Vermögensgrenzen) auch auf ökologisch sinnvolle Weise entlasten — z.B. durch Fahrpreisermäßigungen oder besser noch Freifahrscheine für alle öffentlichen Verkehrsmittel.

Um sich allerdings mit solchen Alternativen anfreunden zu können, müßte man sich erst einmal von dem merkwürdigen Glauben befreien, daß Öko-Steuern unbedingt »neutralisiert« werden müßten. Zur Neutralisierung der höheren Kosten der Öko-Steuern schlägt das UPI-Institut vor, die Mehrwertsteuer ganz abzuschaffen, die Lohnsteuer um 20 % zu senken und die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung um 40 % zu senken (UPI 1988). Müller-Witt will die Mehrbelastung durch Öko-Steuern wenigstens zu 70 % neutralisieren durch Senkung oder Wegfall anderer Steuern (ausgerechnet Mineralölsteuer!) (1988). Weizsäcker betont, daß die Öko-Steuern nur parallel mit der Senkung anderer Steuern eingeführt werden sollten, so daß die Steuerquote insgesamt konstant bliebe (1989). Aufkommensneutralität im Sinne einer gleichbleibenden Steuerquote ist überhaupt kein sinnvolles Ziel — weder für die Umwelt — noch für die Wirtschaftspolitik. Hinter der Neutralitätsformel steckt allemal die Angst des Politikers vor dem angeblich heiligen Zorn des überbelasteten Steuerzahlers. Empirische Untersuchungen in den siebziger und achtziger Jahren haben immer wieder gezeigt, daß die Steuerbürger sich viel weniger fiskalische Illusionen machen, als die Finanzpolitiker und die akademische Finanzwissenschaft überlicherweise annehmen (vgl. für die BRD Kessel/Zimmermann 1982). Die Zahlungsbereitschaft ist traditionell am höchsten bei staatliche Sozialausgaben; aber die Bereitschaft, um öffentliche Umweltschutzausgaben zu finanzieren, das heißt, sich dafür besteuern zu lassen, hat stark zugenommen und ist so hoch wie nie zuvor — nur noch übertroffen von der Zahlungsbereitschaft für Sozial- und Gesundheitsausgaben. Über die Akzeptanz hoher

Öko-Steuern brauchen sich die grün-roten Planer vorläufig keine Sorgen zu machen, vorausgesetzt, daß diese Steuern eine klare Zweckbindung für Umweltschutzausgaben bzw. ökologische Umstellungsmaßnahmen erhalten. Wer den »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft« ernsthaft in Angriff nehmen will, kann und sollte die Chimäre »neutraler Steuern« getrost vergessen.

Literaturverzeichnis

- Binswanger, H.C., u.a. (1983): Arbeit ohne Umweltzerstörung, Frankfurt/M.
- Bongaerts, J.C., u.a. (1989): Lösungsansätze für ein ganzheitliches System von Umweltsteuern und -sonderabgaben in der BRD. Gutachten im Auftrag der Bundestagsfraktion der Grünen, IÖW. Berlin/West
- DGB (1974): Umweltprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 6.3.1974. Köln
- Gretschmann, K. (1989): Ökosteuern — Zwischen Vision und Revision. In: WSI-Mitteilungen, 8/1989, S.423-431.
- Goetz, A. (1988): Métamorphoses du travail. Quête du sens — Critique de la raison économique, Paris (dt. 1989 beim Rotbuch Verlag, Berlin/West)
- Kessler, H., und K. Zimmermann, (1982): Zur Wertschätzung öffentlicher Ausgaben. Berlin/West
- Krätke, M. (1988): Steuern sind zum Steuern da! In: D. Albers u.a. (Hrsg.): Sozialismus der Zukunft. Berlin/West, S.117-145
- Öko-Steuern: Sechs Mark pro Liter Benzin? In: *Der Spiegel* 34/1989, S.17-22
- Hünemann, G. (1988): Fiscal Charges and Taxes as Economic Instruments for Environmental Policy, FU Berlin, Forschungsstelle Umweltpolitik, FFU rep 88-6
- Müller-Witt, H., und Springmann, F. (1988): Ökologischer Umbau des Steuersystems. Berlin/West: Schriftenreihe des IÖW 21
- Pigou, A.C. (1912/1969):, Wealth and Welfare. London
- ders. (1928/1956): A Study in Public Finance. London, New York
- SPD (1989a): Arbeitsbericht Fortschritt '90: Zukunftsaufgabe ökologischer Umbau. In: intern. Informationsdienst der SPD, Nr. 13. Bonn, den 20.7.
- SPD (1989b): Ökologischer Umbau — Markenzeichen der SPD. In: intern. Informationsdienst der SPD, Nr. 14. Bonn, den 25.8.
- Springmann, F. (1986): Steuerreform zum Abbau von Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung, WZB Diskussionspapier IIUG 86-11. Berlin/West
- Teufel, D. (1988): Vorschläge zu einer ökologischen Steuerreform. In: WSI-Mitteilungen 11, S.641-648
- UPI-Institut (1988): Öko-Steuern als marktwirtschaftliches Instrument im Umweltschutz — Vorschläge für eine ökologische Steuerreform. Heidelberg
- Ojik, B. van, und A. de Roo (1989): Groentax — de prijs voor een schoon milieu. Amsterdam

Eurolinke

Matthias Machnig

New Times

Konferenz von *Marxism Today*, 27. bis 29.10.1989 in London

Die Zeitschrift *Marxism Today*, Theorieorgan der Kommunistischen Partei Großbritanniens, hat eine Ausstrahlungskraft weit über deren Grenzen hinaus. Es ist dieser Zeitschrift wie kaum einer anderen gelungen, die politische Debatte der Linken paradigmatisch zu beeinflussen und zu strukturieren. Der Begriff »New Times« ist ein solches Paradigma, eine heuristische Kategorie geworden und symbolisiert den Versuch der britischen Linken und vor allem auch der KP, die ideologischen Trampelpfade der traditionellen Linken zu verlassen, die Krise des Marxismus und sozialistischer Politik in Theorie und Praxis zum Ausgangspunkt für eine Rekonstruktion und Modernisierung sozialistischer Theorie und Politik zu machen.

»New Times« war auch das Stichwort, unter dem die Konferenz von *Marxism Today* in London stattfand und an der sich mehr als 500 TeilnehmerInnen aus allen Bereichen der politischen Linken in Großbritannien zusammenfanden. In mehr als 20 Foren wurde an drei Tagen die »Tagesordnung« für die neunziger Jahre aus Sicht der britischen Linken diskutiert. Nach der Programmschrift »Facing up the Future« hat die KP mit dem »Manifesto für New Times«, das den Anstoß zur Konferenz gab, ein überarbeitetes, weiterentwickeltes Strategiekonzept für die Erneuerung und hegemoniefähige Politik in den neunziger Jahren vorgelegt. Das Manifest ist ein Versuch zu definieren, wie Großbritannien reale Fortschritte bei der Lösung ökonomischer, sozialer, ökologischer, ethnischer und globaler Probleme im kommenden Jahrzehnt machen kann.

Der fundamentale gesellschaftliche Umbruchprozeß im Sektor der Ökonomie, aber auch im Bereich der Lebensweise, verlangt nach Auffassung der Autoren des Manifests eine grundlegende Restrukturierung progressiver sozialistischer Politik vor allem unter folgenden drei Aspekten:

1. Die sozialen und ökonomischen Innovationen brechen eine Vielzahl kollektiver Grundlagen, auf denen entscheidende Elemente linker Identität beruhen. Ein linkes Reformprojekt steht vor der strategischen Herausforderung, eine Rekombination von Individualität und Solidarität reformpolitisch zu ermöglichen.

2. Eine gemeinsame politische Plattform zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen wird nur auf Grundlage einer zukunftsweisenden Fortschrittsvision möglich sein. Eine solche Vision wird sich nur gegenüber der regressiven Modernisierungsstrategie des Thatcherismus durchsetzen, wenn sie an den fortschrittlichen Elementen der »New Times« anknüpft.

3. Ein neuer historischer Block wird sich nur dann etablieren können, wenn sich ein neues Verhältnis von neuen und alten sozialen Bewegungen realisiert.

Auf seiten der Arbeiterbewegung setzt dies neue Formen und Inhalte des politischen Diskurses voraus. Sie muß sich lösen aus ihrer Staatsfixiertheit, um adäquate Formen der Politik unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu entwickeln. Entscheidend ist dafür ein neuer Diskurs zwischen der Linken und der Gesellschaft.

Der Kongreß begann mit einem Beitrag von Stuart Hall. Er versuchte, »New Times« als ein Programm für die britische Linke vorzustellen im Sinne einer Modernisierung und Rekonstruktion linker Gesellschaftsanalyse und Programmatik. Das Programm von »New Times« soll die Linke stimulieren, eine Debatte zu beginnen, eine veränderte gesellschaftliche Realität mit neuen Kategorien und Analysen zu begreifen. Die Kategorie »New Times« ist für ihn dabei der Versuch, eine heuristische Kategorie zu entwickeln, die in der Lage ist, unterschiedliche Facetten der sozialen Veränderungsprozesse, die auf den ersten Blick nicht konsistente und nachvollziehbare Verbindungslinien besitzen, zu verdichten. Unterschiedliche Begriffe wie »Postindustrialismus«, »Postfordismus«, »Postmoderne« oder »Wertewandel« erfassen dabei unterschiedliche Facetten dieses tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungsprozesses. »New Times« ist der Versuch, den Beginn einer neuen Ära begrifflich zumindest anzudeuten. Der Begriff versucht, so Hall, folgende Elemente des gesellschaftlichen Umbruchs einzufangen:

1. Den technologischen Innovationsprozeß und Veränderungsprozeß von den chemischen und elektronischen Technologien, die Träger der ersten industriellen Revolution waren, hin zu neuen Basis- und Querschnittstechnologien wie die neuen Informationstechnologien.
2. Die Entwicklung von neuen flexiblen, spezialisierten und dezentralisierten Formen des Arbeitsprozesses und der Arbeitsorganisation.
3. Die wachsende Bedeutung des Dienstleistungssektors.
4. Die überragende Bedeutung des Konsums, die sich in einer immer stärkeren Betonung von individuellen Auswahlmöglichkeiten, Produktdifferenzierungen, Marketing, Design etc. niederschlägt, wobei Fragen des individuellen Lebensstils, des Geschmacks und der Kultur für die Lebensweise eine größere Bedeutung erlangen als die Frage von Klassenstrukturen.
5. Ein tiefgreifender Wandel des Klassenformierungsprozesses und der inneren Struktur der Arbeiterbewegung mit der wachsenden Bedeutung von wissenschaftlich-technischer Intelligenz im Arbeitsprozeß und mit einer »Feminisierung« und »Ethisierung« der Arbeiterbewegung.
6. Die ökonomische Dominanz multinationaler Konzerne und ihrer internationalen Arbeitsteilung und dem damit verbundenen Prozeß eingeschränkter nationaler, demokratischer Handlungskompetenzen.
7. Die Globalisierung der internationalen Finanzmärkte.
8. Gattungs- und Menschheitsfragen als neue Herausforderung.

Diese neuen Herausforderungen treten nach den Worten Halls parallel zu einer weitreichenden Erosion sozialistischer Perspektiven auf. Die Linke steht damit vor der Aufgabe, ihr etatistisch orientiertes Sozialismuskonzept grundlegend zu überdenken und

neue Felder der politischen Auseinandersetzung, neue Arenen gesellschaftlicher Widersprüche sowohl analytisch als auch reformpolitisch einzubinden. Hall verwies hier ausdrücklich auf den Produktivismus als neuen gesellschaftlichen Antagonismus. Gerade um diesen neuen Antagonismus haben sich die neuen sozialen Bewegungen gruppiert und damit neue Felder des politischen Kampfes besetzt.

Am Ende des 20. Jahrhunderts seien die Leit motive der Moderne brüchig und widersprüchlich geworden. Die uneingelösten Versprechungen und ein neues Verständnis der Moderne müssen daher im Zentrum eines veränderten Sozialismuskonzepts stehen.

In der anschließenden Diskussion zwischen *Beatrix Champell* (Mitautorin des Manifests), *Bryan Gould* (Labour Party), *Karsten Voigt* und *G. Napolitano* (PCI) bestand große Übereinstimmung in der Frage, daß die Linke in vielen Feldern, die für die Tagesordnung der neunziger Jahre von entscheidender Bedeutung sind, bisher noch wenig überzeugende politische Antworten entwickelt hat. *Napolitano* wies vor allem auf die schwindenden Möglichkeiten nationalstaatlicher ökonomischer Regulierungsperspektiven hin. Der Neokonservatismus war in Großbritannien in den Augen von Bryan Gould deshalb so erfolgreich, weil er früher als die Linke die neuen Territorien der politischen Auseinandersetzung aufgegriffen und die Linke diese Felder dem Thatcherismus bis heute überlassen hat.

Im Zentrum der Analysen des gesellschaftlichen Umbruchs stand die Frage eines neuen Akkumulationsregimes in Form des Postfordismus. *Robin Murray* wies in seinem Beitrag auf die prägende Kraft des Fordismus auch jenseits des ökonomischen Sektors hin. Nach seiner Überzeugung waren auch die Politikkonzepte der politischen Linken und ihre Revolutionsvorstellungen stark von fordistischen Strukturen geprägt. Die sowjetische Ökonomie stellt in seinen Augen den Höhepunkt fordistischer Regulierungs- und Produktionskonzepte dar. Die Linke habe viel zu lange die Frage des Eigentums an Produktionsmitteln als wesentliches Moment von Entfremdung in den Vordergrund gerückt und die prägende Kraft fordistisch geprägter Arbeits- und Lebensformen vernachlässigt. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen seit Ende der sechziger Jahre und die neuen sozialen Bewegungen sind für ihn Ausdruck einer Auseinandersetzung mit und um die grundlegenden Prinzipien des Fordismus. Das Aufbrechen dieser fordistisch geprägten Strukturen bietet neue Chancen für ein linkes Reformprojekt im Bereich der ökonomischen Regulierung wie bei der Gestaltung der Arbeitsstrukturen. Dies setzt für Murray jedoch voraus, von den organisatorischen Innovationen des Postfordismus zu lernen. Innerhalb eines linken Reformprojektes heißt dies auch eine Reformulierung der Rolle des Staates als strategischer Gestaltungsinstanz, als Innovator, Koordinator und Anwalt von Verbraucherinteressen.

Die Weiterentwicklung des Sozialstaatsprojektes gehört nach Auffassung von *Göran Therborn* zu den fundamentalen reformpolitischen Herausforderungen für eine modernisierte linke Politik. Das Sozialstaatsprojekt als strategische Konzeption, als Realisierungsfeld von sozialistischen Elementen innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, hat sich als das erfolgreichste Projekt der Linken erwiesen — erfolgreicher als jede Konzeption der Eroberung der Kommandohöhen der Gesellschaft als Voraussetzung für eine demokratisch sozialistische Perspektive. In Zeiten von neuen Formen der

Lebensweise, von Umbrüchen in der Lebensweise und neuen Individualitätsansprüchen stellt sich das Problem eines neuen Verhältnisses von Individualität und Solidarität, einer Rekombination von individuellen Ansprüchen, individualisierten Lebensformen, also einer »Subjektivierung des Sozialen« (N. Elias). Die Auflösung dieses strategischen Dilemmas bildet den Fokus eines qualitativ weiterentwickelten Sozialstaatsprojektes.

Abschluß des dreitägigen Kongresses bildete das Forum über die Konturen eines neuen ökonomischen Sozialismuskonzeptes, an dem *Robert Murray*, der emigrierte polnische Ökonom *Wlodimierz Brus* und *Charlie Leadbeater*, Mitautor des Manifests und Redakteur der *Financial Times* teilnahm. Brus postulierte in seinem Debattenbeitrag vor allem, daß das Heraufziehen einer neuen gesellschaftlichen Epoche auch ein fundamental neues Verständnis von Sozialismus bedeute. Die Vorstellung einer planwirtschaftlichen Ressourcenallokation nach realsozialistischem Muster sei gescheitert. Es stelle sich die Frage nach einem sozialdemokratischen Weg, der innerhalb einer mixed economy Sozialstaatlichkeit durch den Markt und einen starken öffentlichen Sektor sichert. Die Vorstellung eines Sozialismuskonzeptes umfassender ökonomischer Regulierung muß ersetzt werden durch ein Reformprojekt, das die progressiven, evolutionären Elemente der technischen und ökonomischen Entwicklung gestaltet.

Robin Murray betonte vor allem, daß der in der Linken so lange gepflegte Markt-Plan-Antagonismus wenig hilfreich gewesen sei. Der Thatcherismus sei kein Projekt des Marktes, sondern ein Konzept »hinter dem Markt«, das diesen nur nutzt als Legitimationsinstanz bestehender Strukturen. Demgegenüber sage das von der Linken so lange hoch gehaltene Instrument des Planes nichts über die Erfordernisse und Notwendigkeiten neuer Strukturen und Qualitäten etwa im Bereich des Verkehrssektors aus. Das Markt-Plan-Verhältnis sei vor allem ein Problem der Zirkulation. Im Unterschied zu den fordistisch, tayloristischen Konzeptionen osteuropäischer Prägung gehe es heute vor allem um die Entwicklung eines postfordistischen Marxismus und einer postfordistischen Ökonomie, in deren Zentrum ein demokratisches Modernisierungsprojekt steht.

Charlie Leadbeater stellte vor allem das linke Fortschritts- und Reformkonzept der Nachkriegsperiode zur Disposition. Diese Konzeption begriff den Erfolg linker Reformpolitik vor allem als Expansion des öffentlichen Sektors, öffentlicher Erziehungseinrichtungen und Ausdehnung der öffentlichen Gesundheitsprogramme und wohlfahrtsstaatlicher Institutionen. Fortschritt in der heutigen Epoche sei jedoch vor allem die Ausweitung individueller Rechte, Verantwortlichkeiten und Partizipationsmöglichkeiten. Die Linke müsse daher in der Zukunft zum Synonym für gewachsene Ansprüche, gewachsene Möglichkeiten für jedes Individuum und deren demokratische Realisierung werden.

Der Kongreß von *Marxism Today* war ein Versuch, neue Antworten auf die Erosion des sozialistischen Linken zu geben. Auch wenn sicherlich vieles nur angerissen oder nur sehr verkürzt diskutiert werden konnte, so war er eine wichtige Zwischenetappe auf dem Weg zur Rekonstruktion der sozialistischen Linken — ein Versuch, der in dieser Form in der Bundesrepublik noch aussteht.

Bundesdeutsche Linke

Bernd Biehl

Nach der Ebene die Berge

Bericht vom Erneuerungskongreß

Mühsam versuchen die von der Politik der DKP enttäuschten GenossInnen, neue Politik- und Organisationsformen zu entwickeln.

»Der deutsche Marxismus hat die Gicht«, diese Worte Rosa Luxemburgs konnte man am Abend des 22. Oktobers im gleichnamigen Film des deutschen Fernsehens hören. Sehr wohl, kann man da zustimmend nicken, unter dem Eindruck des gerade zu Ende gehenden Wochenendes in Frankfurt, an dem der »Kongreß Erneuerung« stattgefunden hat. Aber zum Glück sind noch nicht alle Körperteile von dieser Krankheit erfaßt.

Die Prozesse innerhalb der DKP, ihre »Krise« sind das augenfälligste Symptom einer Krise der Linken, die sich in einem Stadium befindet, das von einer Hegemonie noch weit entfernt ist. Bei der DKP schlägt diese Orientierungslosigkeit scheinbar um so härter zu, weil man sich in dieser Partei viel zu lange als die Vorhut des Marxismus, die Avantgarde der bundesdeutschen Linken gefühlt hat.

Der Frankfurter Kongreß Erneuerung sollte einen Diskussionsansatz, der aus dem Dilemma der kritischen Genossinnen und Genossen herausführt, bieten. Dilemma, weil es so, wie es war in dieser Partei für viele nicht mehr weiter geht, aber auch noch keine organisatorische und programmatische Alternative in Sicht ist.

Es hieße in Ungerechtigkeit gegenüber den vielen ernsthaften Diskutanten zu verfallen, wollte man die Phänomene, die auf diesem Kongreß sichtbar waren, über einen Kamm scheren. Man sprach von 1500 bis 2000, die dagegewesen sein sollen. Genau-soviele individuelle Biographien und subjektive Erfahrungen haben sich hier artikuliert. Das Spektrum war groß, das Pendel der Meinungen ist weit ausgeschlagen.

Grund dafür war die tiefe Enttäuschung und die Unzufriedenheit der zahlreichen Genossinnen und Genossen über die Politik ihrer Partei, besonders, seit diese in den letzten Jahren kritisiert wurde. Aber viel zu viele bezogen sich auf die eigene biographische Entwicklung und ihre Probleme in dieser Partei. Zu Tage traten dabei viele Dinge, die man nun wirklich nicht dieser Partei anlasten kann. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und den eigenen Fehlern ist politisch notwendig, aber sinnvoll ist sie nur, wenn man zum Kern der Probleme vorstößt. Das scheint mir bei einigen (oder auch vielen) noch (!) nicht der Fall zu sein. So wurde aus vielen Äußerungen deutlich, daß die Rolle des Individuums in der Politik der DKP zu gering geschätzt wurde, immer wieder sei unter Subjekt nur die Klasse verstanden worden.

Diesem Fehler, den man als solchen konstatieren muß, sitzen diejenigen noch heute auf, die zum Beispiel ihre nicht stattgefundene Trotzki- oder Bucharin-Lektüre der Partei ankreiden. Zahlreich waren die Selbstanklagen, daß man die falsche Politik mitbetrieben habe.

Um dieses Ende des Pendels noch klarer zu verdeutlichen: In der Arbeitsgruppe »Marxismus in der Zukunft« sind Äußerungen gefallen wie: »Die Grundlagen des Marxismus existieren nicht mehr« und »Ich habe alle meine Lehrbücher des Marxismus zum Altpapier gebracht«. Es ist zu hoffen, daß dies subjektive Extremreaktionen, konkreter Ausdruck für die Tiefe der ideologischen Krise sind. Man darf sie nicht vorschnell abtun, aber es wäre wünschenswert, in zukünftigen Klärungsprozessen das, was an marxistischem Gedankengut nach wie vor richtig ist, zur Analyse des Kapitalismus und zur Entwicklung einer Strategie zu seiner Überwindung, herauszuarbeiten.

Diesem Ziel sollte, wenn man die Vorbereitungspapiere liest, dieser Kongreß dienen. Das hat er noch nicht geschafft. Noch sind einige Diskussionen nötig, um die vorhandene Verwirrung in eine neue politische Orientierung umzumünzen.

Die Papiere, mit denen sich die Vorbereitungsgruppe viel Mühe gegeben hatte, waren zu selten Grundlage der Diskussion. So hat Vera Achenbach ihrer Erklärung zum Selbstverständnis des Kongresses formuliert: »Weder unser Denken noch unsere Gefühle waren vorbereitet auf das Ausmaß und die Tiefe der Krise, die die Theorie und Praxis des Sozialismus in fast allen Bereichen schüttelt. Wir müssen erkennen, daß unsere Methode der Aneignung und der Entwicklung der marxistischen Theorie uns sowohl von der Realität als auch vom Marxismus entfernt hat. (...) Aus dem Zusammenbruch alter Dogmen und falscher Lehrsätze rettet uns weder die Suche nach Rezepten und endgültigen Antworten noch die Flucht in eine neue Weinerlichkeit, mit der wir uns zu Opfern altstalinistischer Überväter stilisieren.«

Diese Anregungen sind weitgehend nicht befolgt worden. Es ist zu konstatieren, daß sich in den Diskussionen immer wieder verschiedene Kausalzusammenhänge überlappen und die nächste Arbeit darin bestehen muß, diese zu separieren. Zum einen sind die Prozesse in den sozialistischen Staaten in ihrer unübersichtlichen Vielfältigkeit und in der Offenheit ihres Ausgangs für viele, die glaubten, ein klares Weltbild zu haben, ein Unsicherheitsfaktor. Zu diesen Prozessen, die in ihrer Dramatik, was die DDR angeht, damals noch gar nicht abzusehen waren, gibt es in der gesamten Linken momentan wenig befriedigende Einschätzungen, die diesem Bedürfnis nachkommen.

Ein zweiter Strang ist die spezifische Aneignung des Marxismus in der DKP und die Anwendung desselben, die man in der Gesamtheit nicht als »schöpferisch« bezeichnen kann. Das Bedürfnis, zu einer lebendigeren, streithafteren und im Sinne Engels' »undogmatischen« Anwendung der marxistischen Lehre zu kommen, war zwar bei vielen spürbar, aber die Ansätze waren noch dürftig.

Und als Drittes ist die fehlende Aneignung der bisher eben nicht als »linientreu« bezeichneten marxistischen Ansätze zu nennen (wahrscheinlich wissen zu wenige etwas mit Althusser oder auch Gramsci anzufangen). Was aber die Diskussionen noch erheblich erschwerte, ist, daß auch die verschiedenen subjektwissenschaftlichen Theorien, die im Gefolge der kulturhistorischen Schule auch in der Bundesrepublik in den letzten

zehn Jahren zur Verfügung standen, und vom DKP-Spektrum mitbearbeitet wurden (z.B. Klaus Holzkamps »Grundlegung der Psychologie«) vielen offensichtlich noch überhaupt nicht bekannt sind.

Dem dialektischen Materialismus ist jede Dogmatik fremd, weil er sich die sich verändernde Welt täglich neu anschaut und Erkenntnisse gewinnt. Von daher ist es mir, als Nicht-DKP-Marxisten, ein Widerspruch, wenn Achenbach einige Zeilen weiter formuliert: »... beginnen wir, uns selbst verantwortlich zu fühlen für die Befreiung des Marxismus von Dogmen ...«.

Hier differenziert sie weniger scharf als Harald Werner, der in einem Beitrag zum Reader formulierte: »... das schematische Lehrgebäude des katechismushaften Marxismus-Leninismus ist keine geeignete Erneuerungsgrundlage.« Weiter kritisierte er den »Alleinvertretungsanspruch der DKP auf den Marxismus« und bezeichnete dies als Ursache ihrer Isolation.

Auf einer solchen Grundlage sind die Ansätze für fruchtbare Diskussionen zur Weiterentwicklung des Marxismus auf bundesdeutschem Boden gegeben. Dabei sollte nicht gegen Dogmen polemisiert, sondern es muß die Frage gestellt werden, welche Instrumentarien in der BRD und in den sozialistischen Staaten angewandt wurden und warum sie nicht die gewünschten Erfolge gebracht haben.

In diesem Sinne wurden im Reader einige der bisherigen Begriffe und Orientierungen in Frage gestellt, ohne jedoch schon zu Antworten zu führen. Gabi Hesselbein kritisierte, daß »gesellschaftliche Kontrolle der Produktion bislang vereinfacht mit Verstaatlichung übersetzt« wurde. Klaus Peters befand, daß sich die marxistische Analyse in der DKP von den Klassikern entfernt hat und die »Entwicklung in den sozialistischen Staaten zum Kriterium ihrer Beurteilungen gemacht hat«. Harald Werner ging auf Lenin zurück, daß nämlich »die Organisation der KommunistInnen in erster Linie dem Ziel verpflichtet ist, die Initiative der einzelnen zu entwickeln, ihnen einen Rahmen für Lernprozesse zu geben und demokratische Strukturen zu entwickeln«. Die stalinistische Phase der kommunistischen Weltbewegung habe dieses Prinzip auf den Kopf gestellt. Frank Iwer äußerte sich zum Reformprojekt Rot-Grün als Zukunftsaufgabe für die Bundesrepublik, dem organisationspolitische Fragen verpflichtet sein müßten. Seines Erachtens liege in einer »Marxistischen Strömung plus linker Politik bei den Grünen« eine strategische Perspektive.

Es steht noch ein Stück Wiederaneignung von Theorie und Entwicklung neuer politischer Praxis an. Dieses Stück Weg brauchen die versprengten Genossinnen und Genossen aber nicht alleine zu gehen. Vor diesem Problem stehen auch wir und andere linke Gruppen in unserem Land. Das haben die InitiatorInnen des Kongresses auch erkannt und die Partner der Strategiediskussionen der Linken benannt:

- Das DKP-Spektrum mit »BRD 2000« und »Für eine moderne kommunistische Partei«;
- Die Juso-Linke mit den »53 Thesen«;
- Das linke Forum bei den Grünen;
- Die Bürgerinitiative Sozialismus von Eckart Spoo sowie
- Die radikale Linke von Fülbert, Ebermann u.a.

Sozialdemokratie

Tom Janssen

Signal für ein neues Klima

Zum Parteitag der Hamburger SPD am 10./11. November

Im Juni 1988 wurde die frühere Stellvertretende Bundesvorsitzende der Jusos, Traute Müller, zur Landesvorsitzenden der Hamburger SPD gewählt (*spw* berichtete in der Nr. 42/88). Auf dem ordentlichen Landesparteitag vom 10./11. November stand jetzt ihre Wiederwahl an — ein Vorgang, der die Hamburger SPD in eine neue Zerreißprobe stürzte. In einer Kampf Abstimmung setzte sich Traute Müller erneut durch, nach wochenlangen parteiinternen Auseinandersetzungen, die auch in den Medien große Beachtung fanden. *spw* bat Tom Janssen, Redakteur bei der *Hamburger Morgenpost*, um eine Stellungnahme:

Seit dem 10. November 1989 wird SPD-Parteigeschichte in Hamburg anders geschrieben. Die Linke Traute Müller wurde gegen den erbitterten Widerstand von Bürgermeister Hennig Voscherau mit großer Mehrheit zur Landesvorsitzenden wiedergewählt. Ohne die übliche Hamburger Polit-Kungelei hinter den Kulissen. Beileibe kein »Linksruck« in einer Partei, die im SPD-Spektrum als »CSU des Nordens« gilt. Aber ein Signal, daß sich ein anderes politkulturelles Klima an der Basis der durch einen starren Links-Rechts-Konflikt gebeutelten Partei durchzusetzen beginnt. Ein Prozeß, der noch nicht absehbar ist.

Wie üblich begann alles Elb-Metropolen gemäß. Traute Müller wurde vor knapp einhalb Jahren in einer unnachahmlichen Mischung aus Seilschaftsintrigen, Absprache von linken und rechten Machtzirkeln, aber auch emotionaler Aufbruchstimmung als Landesvorsitzende gewählt. Hennig Voscherau, rechter Nachlaßverwalter Klaus von Dohnanyis, wurde in den Tagen des Frühlommers 1988 nicht müde, Zuckerbrot zu verteilen und die Peitsche zu schwingen. Als Bürgermeister wollte er innerhalb der Partei die Senatoren selbst bestimmen (bisher wurden sie innerhalb der verschiedenen Parteigruppierungen und Kreise austariert), als Parteipolitiker propagierte er unverdrossen ein neues »Wir-Gefühl«.

Das hatte die Elb-SPD auch dringend nötig. Seit dem erzwungenen Rücktritt von Hans Ulrich Klose gelang es der Partei — auch in der Ära Klaus von Dohnanyis — nur schwer, wieder festen Tritt zu fassen. Der Burgfrieden zwischen der Mitte-Rechts-Mehrheit (60 %) und der linken Minderheit (40 %) erwies sich als trügerisch: Immer wieder standen sich die beiden Blöcke unversöhnlich gegenüber. Ihre Auseinandersetzungen kamen in der Öffentlichkeit mehr und mehr als interne Streitigkeiten von Machtblöcken über, inhaltliche Positionen verkamen innerhalb einer Art »Nomenklatur à la Hamburg«. Die Bevölkerung, durch Strukturkrise und Sparhaushalte

verunsichert, bedankte sich, indem sie per Stimmzettel zweimal »Hamburger Verhältnisse« schuf. Die SPD konnte nicht allein regieren, die CDU — obwohl zweimal stärkste Fraktion — ebenfalls nicht. Der für die SPD denkbare Koalitionspartner GAL setzte — spiegelbildlich zur Beton-SPD — auf die hehren Prinzipien des Fundamentalismus. Die SPD-Linke orientierte vorsichtig auf die GAL — und wurde vorgeführt. Die SPD-Rechte schielte unverhohlen auf die Große Koalition — doch die lag nicht im Bundestrend. Schließlich setzte Klaus von Dohnanyi alles auf eine Karte und propagierte die sozialliberale Koalition mit der FDP. Eine Koalition, die, als sie zustande kam, bei rechts und links gleichermaßen unbeliebt war. Ein Koalitionskrach jagte den anderen.

Soweit kurz umrissen die Situation, als Hennig Voscherau Bürgermeister wurde und Traute Müller Landesvorsitzende. Doch die Kombination Voscherau/Müller mobilisierte auch innerparteiliche Hoffnungen: So geht es nicht weiter, der Bürgermeister muß nun an Sachthemen orientiert, neue Mehrheiten schaffen. Flügelübergreifend sprachen einige schon von einem Mitte-Links Bündnis. Trügerische Hoffnungen, denn der Bürgermeister wagte es nicht, sich gegen seine rechten Seilschaften durchzusetzen. Andererseits konnte er auch nicht mehr den Zuchtmeister der Rechten spielen. Folge: die Parteirechte zerfiel in immer unberechenbarer werdende Gruppen und Grüppchen.

In dieser Situation machte Traute Müller das ihr zugedachte Rollenspiel nicht mehr mit. Hier ein starker Bürgermeister mit einer einheitlichen Partei im Rücken, dort die linke Landesvorsitzende, die dem Bürgermeister nicht nur den Rücken freihält, sondern Regierungspolitik und Regierungsauseinandersetzungen in alle Parteebenen trägt. Traute Müller wagte den begrenzten Konflikt, hatte sehr wohl eigene Meinungen. Der erste Anlaß war eher läppisch: Während Voscherau das selbstgemachte Trauma von Hamburgs »Schmuddelkindern«, der Hafensstraße, bis in die Grenzbereiche der Hysterie pflegte, sprach Traute Müller anlässlich von Räumungsszenarien von einem »Verlust politischer Kultur«. Der Bürgermeister (intern rhetorisch etwa auf dem Stand des alten Cato: »Im übrigen bin ich der Meinung, daß die Hafensstraße geräumt werden muß«) reagierte allergisch: Er verzichtete auf das Amt des Stellvertreters unter »dieser Landesvorsitzenden«.

Damit waren die Kettenhunde von der Leine. In sämtlichen rechten Parteizirkeln wurde erst geflüstert, dann gemurmelt und schließlich laut geschrien: »Traute Müller fällt dem Bürgermeister in den Rücken.« Egal, wie sie sich verhielt, egal, was sie sagte, alles wurde an dieser Elle gemessen und für schlecht befunden. Die Ironie der Geschichte: Wurde Traute Müller bei ihrer Wahl vorgeworfen, sie würde knallharte »Stamokap-Politik« exekutieren (sie stammt aus diesen Diskussionszusammenhängen), so hieß es jetzt, »Traute ist unberechenbar«. Ein Vorwurf, den auch in Postenerben ergraute und »berechenbare« Stamokaps hinter vorgehaltener Hand machten.

Hennig Voscherau lehnte sich derweil zurück und wollte mit den Geistern, die er indirekt rief, nichts mehr zu tun haben. Die wiederum merkten schnell, daß Traute Müller nicht enerviert das Handtuch warf. Im Gegenteil: Die Parteilinke scharte sich, trotz mancher Kritik an ihrem Stil, um sie, wollte das durchsichtige Spiel nicht mitmachen. So zog die Rechte die Bürgermeister-Notbremse. Hennig Voscherau erwäge,

selbst zu kandidieren, hieß es nun. Und wieder ließ sich Voscherau, mehr getrieben als treibend, auf das Spiel ein. Er überlege noch, lautete es wochenlang stereotyp. Da Traute Müller hart blieb, zwei gleichberechtigte Kulturen in der Hamburger SPD feststellte und sagte: »Die stelle ich mit meiner Person zur Abstimmung«, dämmerte selbst dem härtesten Rechten das Ausmaß des Desasters. Sicher hätte Voscherau die Abstimmung gegen Traute Müller knapp gewonnen, aber nur um den Preis der enormen Beschädigung. Gleichermaßen wütend wie hilflos mußte Voscherau Bilanz ziehen: Vom Zuchtmeister war er zum Gefangenen einer Rechten geworden, die nicht einmal fähig war, eine einheitliche Strategie und Taktik jenseits des Bürgermeisters zu entwickeln.

Jetzt wurde Eva Leithäuser per Landesvorstandsempfehlung als Gegenkandidatin in die Schlacht geworfen. Eva Leithäuser, eine honorige und nachdenkliche Frau, die sich als Justizsenatorin — auch gegen parteiinterne Widerstände — Meriten im liberalen Strafvollzug erwarb, ist Hennig Voscherau in erheblicher Loyalität verbunden. Als stellvertretende Landesvorsitzende kritisierte sie schon früh Traute Müller — allerdings ohne die diffamierenden Untertöne vieler ihrer männlichen Genossen. Traute Müller revanchierte sich durch harte, aber wohlthuende Sachlichkeit — vielleicht der einzige Lichtblick in dieser Phase der Schlammschlacht. Die ging derweil munter weiter. Die Umgebung des Bürgermeisters ließ ausstreuen, die Wahl Traute Müllers würde zwangsläufig früher oder später Voscherau zwingen, die Bürgermeisterfrage zu stellen. Hier wurde es den meisten Delegierten zu viel. Abschaffung des preußischen Grenadierstocks selbst in der SED und prügeln mit demselben in Hamburgs SPD — das wollten sie nicht einsehen. Ein Hauch von antiautoritärer Revolte durchwehte trotz aller staatstragender Reden den Parteitag — Traute Müller gewann.

Vordergründig hat sich also Unkonventionalität und Mut gegenüber einem Parteiverständnis durchgesetzt, das die SPD primär als Anhang des Regierungsapparates sah. Schon das ist innerhalb der verkrusteten Elb-Sozialdemokratie ein kleines Wunder. Auch wenn es zum Teil dem ungeschickten Vorgehen der Rechten und der Schaukelpolitik des Bürgermeisters geschuldet war. Wichtiger ist jedoch: die alten »Hamburger Verhältnisse« lösen sich in der Elb-Sozialdemokratie auf. Eine sich zersetzende Rechte kann die Themen immer weniger bestimmen. Flügelübergreifend und bis in die Gewerkschaften hinein wird zunehmend sachbezogener diskutiert, jenseits eingeschliffener Mehrheiten entschieden.

Gewerkschaften

Klaus Peter Kisker

Lehrstück Demokratie

Der Gewerkschaftstag der IG Metall vom 22. bis 28.10.1989
in Berlin (West)

Sichtlich erleichtert dankte Franz Steinkühler für das große Vertrauen, das ihm die 555 Delegierten — unter ihnen in der traditionell von Männern geprägten Organisation immerhin 101 Frauen — auf dem 16. Gewerkschaftstag der IG Metall ausgesprochen hatten. Für viele überraschend hatte er mit 88 Prozent Ja-Stimmen 5 Prozent mehr bekommen als bei der ersten Wahl zum IG Metall-Chef vor drei Jahren.

Der Wahl des Ersten Vorsitzenden waren zwei spannende, turbulente Sitzungstage im West-Berliner Congress-Centrum vorausgegangen. Anders als auf Gewerkschafts- oder Parteitagten sonst üblich zeichnete Steinkühler zu Beginn in seiner Ergänzung des schriftlichen Geschäftsberichtes ein sehr differenziertes Bild der Erfolge und Mißerfolge der Organisation. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche hat in der Metallindustrie in den Jahren 1988 und 1989 ca. 90 000 Arbeitsplätzen gesichert. Auf der anderen Seite mußte er feststellen, daß die verteilungspolitischen Ergebnisse des letzten Tarifabschlusses negativ sind. Die Unternehmensgewinne sind den Arbeitnehmer-einkommen davongelaufen.

Mit der »Beschäftigungsgesellschaft Stahl« und der »Entwicklungsgesellschaft Werften« hat sich die IG Metall auf absolutes Neuland begeben und mit diesen konzeptionellen Ansätzen eine erfolversprechende strukturpolitische Strategie entwickelt, ohne daß die damit verbundenen Ziele den Mitgliedern bisher hinreichend vermittelt werden konnten. Die anhaltende Massenarbeitslosigkeit, die zunehmende Armut, die Beschleunigung des Konzentrationsprozesses und die sozialen Probleme bei der Schaffung des EG-Binnenmarktes haben ein politisches Klima geschaffen, das es nicht leicht macht, die Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen für den Kampf, »in ein besseres Morgen aufzubrechen«, zu mobilisieren. Den Arbeitgebern, die die Not eines Teiles der Gesellschaft schlicht leugnen, warf er unerträglichen Zynismus vor. Er warnte aber auch die eigenen Mitglieder davor, angesichts dieser Zustände im eigenen Mief und in Selbstzufriedenheit zu ersticken oder in politischer Agonie nach rechts zu fallen. Die Gewerkschaften müssen nach seinen Worten heute mehr tun als nur reagieren, sie müssen deutlich machen, daß es Alternativen gibt. Damit war ein wesentliches Ziel dieses Gewerkschaftstages angesprochen, die Ideen und Konzepte des großen Zukunftskongresses vom Oktober 1988 (siehe *spw* 44, S.514ff.) zu konkretisieren, sie in der Organisation zu verankern und anzufangen, sie in Alltagshandeln zu

übertragen. Dazu ist nach Steinkühlers Worten notwendig, daß Entscheidungen auf der Basis differenzierter Analysen und unter Einbeziehung der Mitglieder getroffen werden und daß Ziele und Strategien entwickelt werden, die von allen aus innerer Überzeugung getragen werden.

Ergänzend unterstrich der aus Altersgründen ausscheidende zweite Vorsitzende Karl-Heinz Janzen die Notwendigkeit, die Geschlossenheit nach außen durch mehr Offenheit nach innen zu ergänzen. Dazu wurde — zum ersten Mal auf einem Gewerkschaftstag — vom Vorstand eine organisationspolitische Entschließung vorgelegt.

»Mit leerem Kopf nickt sich's leichter, aber für Politik reicht's nicht aus.« Mit diesen Worten beendete der ebenfalls ausscheidende Hans Preiss sein mit Bravo-Rufen und langanhaltendem Beifall aufgenommenes Plädoyer für den Ausbau der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Mit großem Engagement setzte sich Karin Benz-Overhage dafür ein, Mut zu machen, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in Anspruch zu nehmen. Sie unterstrich damit eine Position, die in der bürgerlichen Presse vor einem halben Jahr eine polemische und diffamierende Kampagne ausgelöst hatte und deretwegen sie auch von dem ersten Vorsitzenden öffentlich zurückgepfiffen worden war. Der starke Beifall zeigte, daß sie mit ihrer kritischen Einstellung in der IG Metall nicht alleine steht.

Mit 61 Wortmeldungen wurde »Das Kind des Widerspruchs«, wie sich Steinkühler am Vortag selbst charakterisiert hatte, in der Aussprache am zweiten Tag des Gewerkschaftstages geballt und schonungslos kritisiert. Gemäß des Kongreßmottos »Die Zukunft gestalten — menschlich, offen, gerecht« forderten die Diskussionsrednerinnen und -redner mehr Glasnost, mehr Glaubwürdigkeit in Sachen Demokratie innerhalb der IGM. Scharf wurde kritisiert, daß sich die Gremien unterhalb der Vorstandsebene oft überflüssig fühlten, da sie entweder keine tatsächliche Verantwortung und Entscheidungsfreiheit hätten oder aber »von oben« ausgehebelt würden. Die IGM fordert Mitbestimmung in den Unternehmen und in der Gesellschaft, Mitbestimmung müsse aber auch in ihren eigenen Reihen verwirklicht werden, wurde betont, und die IGM brauche dezentrale, demokratische und betriebsnahe Organisationsstrukturen. Steinkühler könne die Funktionäre nicht nur auffordern, selbst Verantwortung zu tragen, er müsse auch bereit sein, Verantwortung zu teilen. Unter großem Beifall erklärte Otto König aus Hattingen, ein von Steinkühler entgegen dem einstimmigen Basisvotum abgelehnter Kandidat für den Ersten Bevollmächtigten in Wuppertal, daß es die von den Gewerkschaftsgegnern festgestellte Vertrauenskrise zwischen Basis und Führung nicht gibt, daß aber Loyalität nicht Unterwerfung bedeuten darf. Heftig wurde in diesem Zusammenhang auch die Stahlpolitik der IGM kritisiert. Die Auseinandersetzungen um Hattingen und Rheinhausen zeige die Aktualität der Forderung nach Vergesellschaftung, die neu aufgegriffen und verteidigt werden müsse.

Rund sieben Stunden hörte sich Steinkühler die Kritik über verkrustete Strukturen der IG Metall und über seinen autoritären Führungsstil an, ehe er in einer freien, von vielen Delegierten als bemerkenswert eingestuften, zweistündigen Rede auf die Vorwürfe einging. Selbstkritisch bekannte er, daß er sich bei manchen Entscheidungen nicht wohl gefühlt hätte und dankbar für die offene Diskussion sei, die ihn zwingt,

darüber nachzudenken, was anders zu machen sei. Er räumte ein, daß die IGM die Ausländer schlecht behandelt habe, andererseits aber die Betriebsräte und Vertrauensleute mehr für deren Integration getan hätten als irgendeine andere Organisation.

Vehement verteidigte er die »Frankfurter Vereinbarung« als eine Voraussetzung dafür, daß in Hattingen und Rheinhausen überhaupt noch gekämpft werden konnte. Hoffnungen auf den Erhalt der Arbeitsplätze zu machen und parallel dazu um neue Arbeitsplätze zu kämpfen, dies zu vermitteln sei äußerst schwierig gewesen und nicht immer gelungen. Es sei deshalb notwendig, deutlicher zu machen, daß die IGM mit Schutz alleine nicht mehr auskommt, sondern Schutz- und Gestaltungsaufgaben in der Stahlindustrie wie auch in der Struktur- und Tarifpolitik übernehmen muß.

Stolz verwies Steinkühler auf die Verbindung neuer Kampfformen mit neuen Kampfzielen und die Tatsache, daß die IGM als einzige Organisation strukturpolitische Alternativen — wie zum Beispiel die Beschäftigungsgesellschaften — vorweisen kann, hinter denen alle Pläne von Landesregierungen und der Bundesregierung weit zurückbleiben.

Nach der harten Auseinandersetzung zeigten die Metaller ein demokratisches Lehrstück. In kritischer Solidarität stellten sie sich hinter ihren Vorsitzenden und zeigten ihm zugleich, daß Geschlossenheit für sie nicht heißt, dem Vorsitzenden bedingungslos zu folgen. Die von ihm kritisierte Karin Benz-Overhage konnte mit 490 Ja-Stimmen 17 mehr als er bei ihrer Wiederwahl in den geschäftsführenden Vorstand verbuchen und obwohl (oder weil?) Steinkühler sich mit allen Kräften für seinen Mann einsetzte, wurde nicht dieser, sondern der von den eher linken Kräften unterstützte Horst Schmitthenner gewählt.

In seinem fast dreistündigen Grundsatzreferat stellte Steinkühler gleich zu Beginn unmißverständlich fest, »die Zukunft liegt nicht beim Kapitalismus«. Bankrott ist auf Grund der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa nicht die Idee des Sozialismus, sondern die der »stalinkommunistischen Perversion des sozialistischen Gedankens«. An die Adresse unserer Kolleginnen und Kollegen in der DDR, in der UdSSR, in Polen und Ungarn gerichtet, warnte Steinkühler, durch eine leichtfertige Übernahme des real existierenden Kapitalismus die Zukunft zu verspielen, die allein in der Entwicklung eines Demokratischen Sozialismus liege.

Auf Grund der Entwicklung in der Sowjetunion sieht Steinkühler eine einmalige historische Chance für eine Abrüstung. Diese zu nutzen, bedarf einer starken Friedensbewegung bei uns, »um den bornierten Regierungen Dampf zu machen«, die Ressourcenverschleuderung zu beenden und die Mittel zur ökologischen Umgestaltung unserer Industriegesellschaft sowie für eine ökologische Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer einzusetzen.

Mit dem Hinweis auf die Entwicklung in der Energie- und Regionalpolitik sowie in der Luft- und Raumfahrt stellte er fest, daß die Richtlinienkompetenz für die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nicht bei der Bundesregierung, sondern bei den großen Konzernen liegt. Deshalb ist zur ökologischen Umgestaltung neben einer starken Friedensbewegung die Demokratisierung der Wirtschaft durch institutionelle Reformen, inhaltliche Erneuerungen, durch gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung,

Mitbestimmung am Arbeitsplatz und durch paritätische Wirtschafts- und Sozialräte sowie durch die praktische Beteiligung der Betroffenen notwendiger denn je.

Bereits am Vortag hatte die IGM beschlossen, die Satzung um den »Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit« zu erweitern. In seinem Grundsatzreferat zeigte Steinkühler, daß dies unter anderem bedeutet, die Automobilproduktion — einer der wichtigsten Bereiche der Organisation — zu Gunsten eines ökologisch verträglicheren Verkehrssystems umzubauen.

Den Grünen bescheinigte Steinkühler, sich zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft entwickelt zu haben, mit der die IGM bereit sei, zusammenzuarbeiten. Hart ging er mit der SPD ins Gericht. Bei allem Verständnis für die Öffnung hin zu neuen Wählerschichten ermahnte er sie, wenigstens im Kern Interessenvertreterin der abhängig Beschäftigten zu bleiben und sich nicht weiter opportunistisch dem Zeitgeist anzupassen, was immer die 50jährigen Enkel darunter auch verstehen mögen.

Der langanhaltende, stehend dargebrachte Beifall zeigte, daß die IGM geschlossen hinter den vorgetragenen Forderungen steht, die sich in Form und Inhalt wohltuend deutlich von den vielfach vagen Formulierungen des SPD-Grundsatzprogramm-entwurfes zum Thema Wirtschaft und vor allem von den bisherigen Veröffentlichungen der Kommission »Fortschritt 90« unterscheiden.

Aussiedlerpolitik

Gert Wartenberg

Wie weiter mit der Aussiedlerpolitik?

Welche Veränderungen sind rechtlich möglich?

Die Zuwanderung der Aus- und Übersiedler hat in den letzten zwei Jahren erhebliche neue Probleme mit sich gebracht. Hier soll nur die Aussiedlerproblematik analysiert werden. Im Jahre 1988 sind 203 000 Aussiedler, davon etwa 140 000 aus Polen, in die Bundesrepublik gekommen. Im Jahre 1989 sind bis zum 31. August etwa 226 000 Aussiedler, davon 149 000 aus Polen zu uns gekommen. Die Einreise der Aussiedler in die Bundesrepublik Deutschland hat ihre Ursache in der liberaleren Ausreisepolitik der Herkunftsländer, insbesondere Polen und Sowjetunion. Die rechtlichen Grundlagen, die die Anerkennung als Deutsche oder als Aussiedler möglich machen, haben sich in den letzten Jahren nicht geändert. Wenn man diese Probleme diskutiert, dann müssen die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen, die für die Aussiedler aus Osteuropa gelten, erst einmal dargestellt werden. Der Status ist ausschlaggebend dafür, ob durch Gesetzesänderungen Einschränkungen der Einreise verfassungsrechtlich möglich sind. Unabhängig vom Status muß in den Fällen der Familienzusammenführung dem Zuzug schon aus verfassungsrechtlichen Gründen (Art. 6 GG) stattgegeben werden. Das Verfahren muß der KSZE-Schlußakte entsprechen. Einreisewünsche zwecks Eheschließung sind entsprechend der KSZE-Schlußakte zu ermöglichen.

Bei den Aussiedlern sind drei unterschiedliche Rechtsgrundlagen darzustellen:

Deutsche Staatsangehörige sind zum einen Personen, die von deutschen Staatsangehörigen abstammen. Das sind ehemalige Reichsdeutsche und deren eheliche Kinder in den ehemaligen deutschen Ostgebieten, ferner uneheliche Kinder einer Mutter mit deutscher Staatsangehörigkeit. Zum anderen handelt es sich um deutsche Volkszugehörige, das heißt, Personen, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht ausgeschlagen haben, denen die deutsche Staatsangehörigkeit zwischen 1938 und 1945 durch sogenannte Sammeleinbürgerungen verliehen worden ist, wenn nicht auf Grund von Verträgen des deutschen Reiches mit der CSSR und Litauen oder auf Grund reichsdeutscher Verordnungen (die sogenannten Volksdeutschen von Böhmen und Mähren und Teilen Jugoslawiens), oder die in »deutschen Volkslisten« erfaßten Personen aus dem Baltikum, aus Polen und aus der Ukraine. — Welche praktische Bedeutung hat dieser Status?

— Deutsche Staatsangehörige genießen uneingeschränktes Einreise- und Zuzugsrecht in die Bundesrepublik Deutschland nach § 11 GG.

- Einschränkungen sind nur unter den äußerst engen Voraussetzungen des Art. 11 Abs. 2 GG zulässig. Nicht nur, so wie bei DDR-Flüchtlingen, durch das Notaufnahmegesetz.
- Der Vorbehalt anderweitiger »gesetzlicher Regelungen« in Art. 116 Abs. 1 GG gilt für deutsche Staatsangehörige nicht.
- Das heißt, Kontingentierung der Einreise oder des Zuzugs deutscher Staatsangehöriger ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Statusdeutsche nach Art. 116 Abs. 1 GG sind Personen deutscher Volkszugehörigkeit, uneheliche Abkömmlinge eines Vaters mit deutscher Staatsangehörigkeit und Ehegatten deutscher Staatsangehöriger, wenn sie im Gebiet des deutschen Reiches nach dem Stand des 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden haben. — Praktisch bedeutet dies:

- Auf Grund des Art. 11 GG haben Statusdeutsche Einreise- und Zuzugsrecht in die Bundesrepublik Deutschland.
- Eine gesetzliche Aberkennung des bereits erworbenen Status als Deutscher ist nicht zulässig. Dies ist mit Sinn und Zweck des Art. 116 Abs. GG nicht vereinbar.
- Eine Kontingentierung ist nicht zulässig.

Vertriebene deutscher Volkszugehörigkeit sind deutsche Volkszugehörige sobald sie bestimmte im Bundesvertriebenengesetz genannte Staaten (alle Staaten des Warschauer Paktes sowie Jugoslawien und China) verlassen. — Dieser Status hat folgende praktische Bedeutung:

- Vertriebene haben grundsätzlich das Recht, in der Bundesrepublik Deutschland ihren Aufenthaltsort zu nehmen.
- Von diesem Recht ausgenommen wird lediglich eine Person, bei der die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sie die innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet.

Nach dieser Erläuterung des unterschiedlichen Rechtsstatus der Aussiedler sollen nun einige Veränderungsmöglichkeiten vorgeschlagen werden. — Der Status der *Vertriebenen* bietet folgende gesetzliche Veränderungsmöglichkeiten:

- Eine Begrenzung des künftigen Erwerbs der Vertriebenen-Eigenschaft kann durch Terminierung der Inanspruchnahme der bisherigen Rechte (Aufnahme, Abschlußtermin) erfolgen, zum Beispiel durch ein Gesetz zu Art. 116 Abs. 1 GG mit dem Inhalt: Den Status als Flüchtling oder als Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit erhält nur noch, wer bis zum xx.xx.xx in die Bundesrepublik Deutschland einreist.
- Außerdem ist die Einschränkung des Bundesvertriebenengesetzes möglich durch die Einschränkung der Möglichkeit des künftigen Erwerbs der Vertriebenen-eigenschaft. Inhaltliche Kriterien zum Beispiel durch Ergänzung des § 1 Abs. 2 Nr. 3 des Bundesvertriebenengesetzes (»wer zum Zeitpunkt des Ausreiseantrags noch von Vertreibungsfolgen betroffen war«) könnten eingeführt werden.
- Oder man schüfe eine Regelung, die als Aussiedler für die Zukunft nur noch solche Personen ansieht, die aus Furcht vor bestimmten gegen sie als Angehörige der deutschen Minderheit gerichtete Maßnahmen, das gesetzlich festgelegte ehemalige Vertreibungsgebiet verlassen wollen.

- Veränderungsmöglichkeiten bestünden weiterhin in einer Regelung, die die Definition der »deutschen Volkszugehörigkeit« in § 6 BVG anders gestaltet.
- Schließlich ist es möglich, die Vergünstigungen, die das Bundesvertriebenengesetz gewährt, abzubauen — ja, das Bundesvertriebenengesetz letztendlich sogar völlig aufzuheben.

Sinnvoll wäre es, von dem Vorhalt »anderweitiger gesetzlicher Regelung« in Art. 116 Abs. 1 GG Gebrauch zu machen.

Von verfassungsrechtlichen Risiken frei läßt sich die Rechtsstellung der *Statusdeutschen* nur zukunftsgerichtet und unter Inkaufnahme von Übergangszeiten regeln. Solch ein Vorhaben entspricht zugleich aber auch dem erkennbaren geschichtlichen Sinn des Verfassungsartikels, einen Schlußstrich unter die Vertreibungsfolgenregelung des Art. 116 Abs. 1 GG, eine gewisse — vom Verfassungsgesetzgeber ins Auge gefaßte — Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs, zu ziehen.

Weitergehende Regelungen wären hingegen mit größeren verfassungsrechtlichen Risiken behaftet:

- Die sofortige Einbeziehung aller nach Inkrafttreten eines Vertreibungsabschlußgesetzes das Bundesgebiet erreichenden Aussiedler ohne Übergangsfristen würde die Frage nach der Verletzung des Vertrauensschutzgrundsatzes aufwerfen.
- Die rückwirkende Aberkennung des Aussiedlerstatus würde Ansprüche auf Einbürgerung sowie vermögensrechtliche und sozialrechtliche Ansprüche oder Anwartschaften entziehen. Zwingende Gründe des Gemeinwohls oder das Fehlen schutzbedürftigen Vertrauens des einzelnen Aussiedlers lassen sich hierfür gewiß nicht ins Feld führen.

Verfassungsrechtlich ausgeschlossen ist, die Rechtsstellung derjenigen Zuwanderer zu ändern, die die deutsche Staatsangehörigkeit — wenn auch auf Grund von zweifelhaften Einbürgerungsmaßnahmen in der nationalsozialistischen Zeit — besitzen.

Besprechungen

Stuart Hall: Ausgewählte Schriften (Ideologie, Kultur, Medien, Neue Rechte, Rassismus). Argument Verlag, Hamburg, Berlin/West 1989 (240 Seiten, br., 28,- DM)

Eine Entrümpelung genauer: eine Dekonstruktion/Rekonstruktion des Marxismus verspricht der Klappentext dieser Aufsatzsammlung. Stuart Halls Marxismus ist in der Tat frei von Lehrbuchorthodoxie, Determinismus und Ableitungsdenken; entrümpelt werden die ökonomistischen, leninistischen und stalinistischen Anteile. Hall macht ernst mit dem Prozeßcharakter des Marxismus, sein Politikverständnis ist eines, das auf den Widersprüchen, auf der Bewegtheit der Gegenwart gründet und in dem es kein garantiertes sozialistisches happy end gibt.

Im ersten und längsten Aufsatz des Bandes entfaltet Hall diesen Ansatz in der Reinterpretation und Weiterentwicklung marxistischen Gedankengutes. *Das Politische und das Ökonomische in der Marx'schen Klassentheorie* ist eine komplexe theoretische Abhandlung, in der Hall das lineare und deterministische Geschichts- und Politikverständnis der marxistischen Orthodoxie umstößt. Hier wie in vielen seiner Aufsätze ist der prägende Einfluß Antonio Gramscis zu spüren. *Antonio Gramscis Erneuerung des Marxismus und ihre Bedeutung für die Erforschung von »Rasse« und Ethnizität* ist der Titel des Aufsatzes, in dem Hall darlegt, daß die theoretischen Schriften des Italieners ihm seine wichtigsten Kategorien für die Gesellschaftsanalyse lieferten. Für Hall wird in Gramscis Schriften die komplexe und vielschichtige Natur von Herrschaft und Macht in modernen Gesellschaften deutlich: Die herrschende Klasse übt, wenn sie herrscht, nicht einfach nur Repression aus, sondern es gelingt ihr meist, Zustimmung innerhalb der Gesellschaft zu gewinnen. Sie stützt ihre Macht durch einen klassenübergreifenden historischen Block. Wegen dieses Umstandes empfiehlt Hall dringend, sich von dem Winterpalais-Revolutionenbegriff zu verabschieden und sich statt heroischer Gesten auf den Stellungskrieg um die ideologische Vormachtstellung, um die gesellschaftliche Hegemonie, zu konzentrieren.

Machtausübung innerhalb moderner Gesellschaften ist auch das Thema des brillantesten Aufsatzes der Sammlung, *Massenkultur und Staat*, der darüber hinaus noch durch hervorragende Übersetzung besticht. Hall argumentiert, daß Massenkultur und Medien keine passiven Instrumente sind, mit denen der Staat linear von oben manipuliert. Am Beispiel des Fußball zeigt er auf, wie eine organische populäre Kultur gezähmt und der bürgerlichen Gesellschaft einverleibt wurde. Auch die Medien werden durch Inkorporation populärkultureller Elemente bestimmt. Zugleich demonstriert Hall zentrale Begriffe der Massenkommunikation: Er stellt dem Mythos der *freien Presse*, die eben deshalb frei sei, weil sie sich in Privatbesitz befinde, die Herausbildung der nationalen Institution BBC gegenüber, wo (Rundfunk-)Freiheit gerade die Freiheit vom kommerziellen Konkurrenzkampf bedeutete. Ein ähnliches Themenfeld behandelt Hall in *Die strukturierte Vermittlung von Ereignissen*, gemeint ist die

Herstellung von Nachrichten. Das Machen einer Nachricht bedeutet Produzieren von Bedeutungen, impliziert eine komplexe ideologische Praxis. Die herrschenden Ideen sind, wie Hall ausführt, nicht einfach die Ideen der Herrschenden, sondern sie werden u.a. als Nachrichten, die das Wahrnehmen von Realität strukturieren, entlang des gesellschaftlichen Konsenses präsentiert und interpretiert. Detailliert verfolgt Hall diesen Prozeß im Aufsatz *Die Konstruktion von Rasse in den Medien*.

In *Der Thatcherismus und die Theoretiker* weist Hall die linke Einschätzung zurück, daß der Thatcherismus die Fortsetzung des traditionellen Konservatismus mit anderen Mitteln sei. Er betont vielmehr das Moment des Bruchs mit dem bisher herrschenden gesellschaftlichen Konsens, den der Sieg des Thatcherismus markiert, und beschreibt dessen Aufstieg innerhalb der Zivilgesellschaft. Hall konstatiert die Unfähigkeit des Marxismus, sein eigenes Denken so zu erneuern, daß er hinreichend erklären könnte, wie sich der moderne Kapitalismus am Leben erhält, wie er es schafft, eine hegemonale Stellung in den modernen Industriegesellschaften einzunehmen. Eine abgrundtiefe Kluft zwischen der empirischen Welt und den theoretischen marxistischen Einschätzungen tut sich auf, besonders im Bereich der Bewußtseinsentwicklung, wo sich anachronistische Theoreme wie das vom *falschen Bewußtsein* immer noch am Leben erhalten.

Für die *Neuorientierung der Linken* formuliert Hall Eckpunkte. Zentral ist hier die Abkehr von dem in der Kultur der Linken so tief verankerten Patriarchalismus: Die Öffnung hin zu den Forderungen der Frauen-, aber auch der Lesben- und Schwulenzbewegung würde die gesamte politische Kultur der Linken umwälzen, wenn sie ernsthaft statt mit der rein opportunistischen Übernahme von einigen Forderungen betrieben würde. Die sozialistische Ästhetik datiert für Hall aus der Zeit der russischen Revolution und hat wenig mit der heutigen Realität der Arbeitswelt zu tun. Genauso rückständig erscheint ihm die theoretische und politische Privilegierung des produktiven Sektors gegenüber dem Dienstleistungsbereich, die immer noch die Politik der Linken bestimmt. Gegen die Staatsfixierung sozialistischer Zukunftsentwürfe empfiehlt Hall, libertären Impulsen stärkeres Gewicht zu verschaffen, die Selbstbestimmung der Individuen in den Mittelpunkt zu stellen.

Vordringlich ist für Hall eine andere politische und theoretische Kultur der Linken, ein Politikverständnis, das der Vielfalt von Antagonismen entspricht, das nicht nur auf dem Feld des Klassenkampfes, sondern auf diversen Feldern wie Geschlecht, Rasse, sexueller Orientierung sowie Arbeitswelt den Kampf um die gesellschaftliche Hegemonie aufnimmt.

Es ist ein Verdienst des Argument Verlages, Halls Schriften dem deutschsprachigen Publikum zugänglich gemacht zu haben. Die Auswahl, die in diesem Buch präsentiert wird, macht Lust auf weitere Lektüre seiner Schriften. In der Argument-Auswahl kommen die kulturtheoretischen Schriften Halls leider zu kurz. Der Band hätte sicher durch die Einbeziehung der Arbeiten, die aus seiner Zeit als Direktor des *Center for Contemporary Cultural Studies* (CCCS) in Birmingham datieren, noch gewonnen.

Leider beschränkt sich die Einleitung zu sehr darauf, die unbestrittenen Qualitäten Halls hervorzuheben, die schließlich auch aus den Texten erkennbar sind. Eine

zumindest kurze Skizzierung der Konfliktlinien, die es zwischen Hall und anderen wichtigen britischen Marxisten wie Raymond Williams oder Perry Anderson gibt, hätte zur Einordnung Halls in die britischen Diskussionen (die schließlich in den Aufsätzen selber immer wieder erwähnt werden) aufschlußreich sein können. Bedauerlicherweise ist die Aufmachung des spannenden Buches so einfalllos wie nur eben möglich.

Christina Ujma (Marburg)

Dowe, Dieter, und Kurt Klotzbach (Hrsg.): Kämpfe — Krisen — Kompromisse. Kritische Beiträge zum 125jährigen Jubiläum der SPD. J.H.W. Dietz Verlag, Bonn 1989, (128 S., br., 19,80 DM)

Aus Anlaß des 125jährigen Bestehens der SPD veranstaltete die Friedrich-Ebert-Stiftung 1988 eine Vortragsreihe. Die Vorträge und kurzen Diskussionsprotokolle sind jetzt in einem Sammelband erschienen. Den Herausgebern ging es dabei nicht um eine umfassende Darstellung der Geschichte der SPD, sondern um die »Herausarbeitung von Ursprüngen, wichtigen Entwicklungsstadien und Zäsuren, von Leistungen, Problemen und Krisen« (7). Insgesamt fünf Beiträge sind in dem Band versammelt: Sie befassen sich mit den Ursprüngen (Dowe), der Zeit nach dem Sozialistengesetz bis zum Ersten Weltkrieg (Boll), der Weimarer Zeit (Schneider), dem Faschismus (von zur Mühlen) und der Nachkriegszeit (Klotzbach).

Dieter Dowe stellt seine Ausführungen unter die Fragestellung »Mehr als 125 Jahre?« (9). Auch er kann der von der SPD durch ihre Feierlichkeiten bevorzugten Datierung einen Sinn abgewinnen. Allerdings nur wenn man seinen Blick auf die Organisationsgeschichte zentriert, da »mit dem ADAV die Epoche kontinuierlicher zentraler Organisation der deutschen Arbeiterbewegung anhub« (9). Öffnet man jedoch seinen Blick, reichen die Anfänge weiter zurück.

Dowe beschreibt zunächst die verschiedenen Gruppen, die sich seit dem Vormärz »aus recht heterogenen Elementen« (14) zur Arbeiterklasse konstituierten. Damit dies gelingen konnte, waren die territoriale Nähe von Handwerk, Heimindustrie und starker Manufaktur-/Fabrik-Industrie erforderlich. Hinzu kamen als notwendige Bedingung Kommunikation und Bildung: Hilfskassen, Bildungsvereine und die wandernden Gesellen bildeten die ersten Ansätze der Arbeiterbewegung. In der Revolutionszeit entstanden dann die ersten nationalen, gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse (Buchdrucker und Zigarrenarbeiter). Dowe wendet sich — u.a. mit Hinweis auf die Streikwelle von 1857 (20) — gegen die organisationszentrierte These vom Verschwinden der Arbeiterbewegung in der Restaurationszeit der 1850er Jahre. Allerdings hat auch seine Vorgehensweise Schwächen: Dowe ist zu sehr an den Theorien orientiert, die zu den Wurzeln der ABW werden, statt von deren Kämpfen auszugehen. Die Auseinandersetzungen werden auf bloße Ideenkämpfe reduziert. So ging es für ihn von Anfang an um den »Dualismus von sozialer Revolution und sozialer Reform von proletarischem Klassenbewußtsein und an bürgerlichen Wertvorstellungen orientiertem Standesbewußtsein« (17f.). Man kann diese Linien ja so begreifen, doch sollte dann aufgezeigt werden, welche Auswirkungen diese Bewußtseinsformen auf die praktischen Kämpfe (Streiks etc.) hatten. Diese Kämpfe werden von Dowe zwar angesprochen und ihr

unterschiedlicher Charakter betont (Maschinenstürmerei/Unruhen/Streiks), das theoretisch Spannende aber nicht versucht: Die Bewußtseinsformen als Sprache des wirklichen Lebens zu entziffern, d. h. sie als bestimmte Formen bewußten Seins zu verstehen. Die Theorien (Reform/Revolution) stehen somit unverbunden neben den Praxen (Streiks etc.), eine gegenseitige Erhellung findet nicht statt.

Boll beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit einer zentralen Kontroverse deutscher Arbeitergeschichtsschreibung: Warum stimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1914 den Kriegskrediten zu? Diese Frage ist von kommunistischer Seite in der Regel mit der Verratsthese, von sozialdemokratischer mit dem Verweis auf die staatspolitische Notwendigkeit solchen Handelns beantwortet worden. Stellt Bolls Aufsatz zunächst die Voraussetzung der Verratsthese in Frage, die Behauptung nämlich, vor 1914 habe es eine einheitliche Haltung gegen den Krieg in der internationalen Sozialdemokratie gegeben, sucht er im folgenden Alternativen zumindest zur Burgfriedenspolitik im Krieg. Eine solche alternative Politik hätte nicht nur als positive Haltung, sondern auch perspektivisch Sinn gemacht, möglicherweise »eine größere Distanz zum herrschenden Nationalismus, eine Stärkung der Demokratie in Deutschland und eine Verbesserung der Startbedingungen der Weimarer Republik bedeutet.« (34f.) Die Zustimmung zu den Kriegskrediten 1914 hatte nach Boll andere Ursachen: Für die deutschen Arbeiter stand die prinzipielle Bereitschaft zur Landesverteidigung außer Frage, allerdings ohne »einen nennenswerten Hurratriotismus« (40). Die reale Kriegsgefahr wurde unterschätzt. War das Handeln der Parteimehrheit zu Kriegsbeginn so für Boll zumindest noch verstehbar, kritisiert er scharf ihr Verhalten im Krieg. Obwohl der offensive Charakter der Kriegsführung immer deutlicher wurde, hielt die SPD an der Politik des 4. August fest.

Schneiders Vortrag beschäftigt sich mit der Weimarer Sozialdemokratie. Er setzt seine Schwerpunkte bei Anfang und Ende der Republik und versucht deren Zusammenhang zu denken. Die SPD kam eher passiv und unvorbereitet an die Macht. Mit Militär und Unternehmern wurde nicht gebrochen, vielmehr eine Kompromißpolitik betrieben. Diese Staatsloyalität wurde von der SPD noch in der Endphase der Republik betrieben, als ihre Gegner die Republik nur noch taktisch benutzten. Die SPD blieb »staatsloyal bis zum bitteren Ende« (57).

Von zur Mühlen beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der Entwicklung der Politik der Sozialdemokratie zu Beginn des Faschismus und versucht, sie mit den Begriffen Gegnerschaft, Opposition, Widerstand zu fassen. Von *Gegnerschaft* zur faschistischen Bewegung will er nur bis zum 30. Januar 1933 sprechen, da für diese ein halbwegs intaktes demokratisches System die Voraussetzung war. Die Sozialdemokraten unterschätzten den Faschismus, konnten sich allerschlimmstens »Sozialistengesetz-Zustände« vorstellen. Danach wurde aus Gegnerschaft *Opposition*. Und noch ein halbes Jahr dauerte es, bis sich diese zu *Widerstand* wandelte. Nach dem 22. Juni 1933 waren »nur noch illegale Formen der Gegenwehr möglich« (83).

»Die Opposition unterscheidet sich vom Widerstand durch die Beschränkung der Mittel auf das legal Zulässige, also auf parlamentarische Aktionen sowie öffentlich-manifestative Formen wie Demonstrationen, Pressekampagnen usw.« (83f.) Aber wäre

es nicht sinnvoller, sich die Auseinandersetzungen anzusehen und nach (ihrer Ernsthaftigkeit und) ihrem praktischen Erfolg zu fragen? Ein wenig wird man bei von zur Mühlen das Gefühl nicht los, daß er Begriffe von außen an die Geschichte heranträgt, statt aus den beobachteten Vorgängen die Begriffe zu bilden.

Interessanter wird sein Vortrag denn auch, wenn er die verschiedenen Widerstandsformen nach 1933 untersucht. Er will von 1932 bis 1944 eine Entwicklung in der sozialdemokratischen Politik beobachten, die von »bloßer Abwehrhaltung« (97) »über eine legalistisch begrenzte, aber doch zielklare Frontstellung bis hin zum Umsturzversuch mit gewalttätigen Mitteln« (97) reichte. Er beobachtet dabei den »Übergang von einer mehr passiven, reaktiven Haltung zum Versuch als handelnde Kraft einzugreifen.« (97) Von zur Mühlen muß zwar — gemessen am Ziel (Ende der Diktatur) — letztendliche Erfolglosigkeit allen Widerstandes quittieren, sieht ihn aber nicht als sinnlos an: »Er hat das Regime geschwächt und seiner Allmacht Grenzen gesetzt, Opfer gerettet, demokratisches und soziales Gedankengut bewahrt und humanistische Traditionen lebendig erhalten.« (98) Und er hat auch die Nachkriegspolitik vorgeprägt: »Der Widerstand bildete eines der wichtigsten Fundamente, auf der die Partei ihr Selbstverständnis stützen konnte.« (99)

Kurt Klotzbach [im August 1989 nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben] hat sich der schwierigsten Aufgabe dieses Bandes angenommen. Er beschäftigt sich mit dem gewaltigen Zeitraum von 1945 bis in die achtziger Jahre und befindet sich damit in einer für Historiker so unangenehmen *Nähe* zum Gegenstand. Schließlich ist er als Parteiideologe auch selbst in die programmatischen Auseinandersetzungen unserer Tage verstrickt, über die er als Historiker mit Abstand schreiben soll. Wie Dowe, mit dem zusammen er den Sammelband des SPD-nahen Dietz-Verlages zur SPD-Programmatik herausgab, teilt er den »Programmblick« auf die Geschichte der Arbeiterbewegung. Sein Ausgangspunkt ist die unmittelbare Nachkriegszeit. Bei der Durchsetzung ihrer Konzeptionen stießen die 'Neuerer' in der SPD auf die Schwierigkeiten, ein neues sozialdemokratisches Selbstverständnis gegen alte Mentalitäten der vorwiegend Weimar-geprägten Mitgliedschaft durchzusetzen. Erst Wahlniederlagen beförderten diesen für Klotzbach notwendigen Prozeß: Seit 1957 — bei der Bundestagswahl erringt die Union die absolute Mehrheit — kommt es zu entscheidenden Wandlungen, die schließlich zum Godesberger Programm führen, was der Autor nicht als Bruch mit bisheriger SPD-Programmatik empfindet, sondern als »konsequente Fortschreibung eines Selbstverständigungsprozesses, der spätestens während der Emigrationszeit nach 1933 in Gang gekommen war und sich in den vierziger und fünfziger Jahren weiter verdichtet hatte.« (111) Meines Erachtens widerspricht seine Analyse des Programmes jedoch selbst seiner These, wenn er von einem weiterentwickelten »Liberaldemokratismus« (112) spricht und das »spezifisch Sozialistische« (112) wohl *soziale* Marktwirtschaft nennen würde. Für Klotzbach bleibt das Fazit, »daß die Godesberger Aussage wie kein anderes Programm der Parteigeschichte zum Abbau der Theorie-Praxis-Spannung und zur Klärung der Rolle einer sozialen Reformpartei im System der pluralistischen Demokratie beigetragen hat.« (113)

Ein Jahr später bildete Wehners Bundestagsrede den Ausgangspunkt einer Entwick-

lung, in der sich die SPD (insbesondere durch ihre Politik in der Großen Koalition) als »dynamische Kraft der wirtschaftlichen und sozialstaatlichen Modernisierung« (114) präsentieren konnte, um damit die Voraussetzungen für die eigene 'Macht'-übernahme zu schaffen. Die Regierungspolitik seit 1969 habe dann sogar »systemverändernde Wirkungen« (115) gehabt, und der Radikalismus der Jusos — gerade in dieser Zeit — sei eigentlich unverständlich. Klotzbach überschätzt diese Politik, vergißt ihre Grenzen (Umverteilungspolitik in Wachstumszeiten), die ja in der Krise 1973/74 deutlich zu Tage traten und untersucht nicht, in welchen Bereichen die SPD einschneidende Veränderungen vornahm. Bildungsreform und Ostpolitik waren durchaus auch im Interesse von kapitalistischen Kreisen (Qualitätsverbesserung der AK / Osthandel). Daß damit radikale Reformbrüche obsolet geworden wären — und damit die Kritik der Jusos —, kann Klotzbach nicht zeigen.

Abschließend konstatiert Klotzbach selbst die negativen Folgen einer 'begrenzten Reformpolitik': »Ihre [der Ölkrise] auf die materiellen Reformen durchschlagenden Folgen versetzten die Sozialdemokratie in einen Schockzustand und in eine Orientierungskrise, die noch über viele Jahre hinweg fortwirkte.« (117)

Klotzbach beobachtet seit 1973 eine Sinnkrise in der Gesellschaft, die sich zu einer »Vertrauenskrise zwischen Bevölkerung und SPD« (119) entwickelte. Die SPD gerät und bleibt bis weit in die achtziger Jahre in der gesellschaftspolitischen Defensive. »Drei Vorgänge und Erfahrungen« (118) hatten dabei eine zentrale Rolle gespielt: 1) »die Fähigkeit der konservativen Parteigruppen, sich das wachsende Sicherheitsbedürfnis großer Bevölkerungsteile ... politisch nutzbar zu machen« (118); 2) die Grenzen keynesianischer Wirtschaftslenkung (ebd.); 3) die »Herausforderung durch neue, alternative soziale Bewegungen« (118). Klotzbach empfiehlt der SPD eine Politik der »Integration« (121) von sozialen Problematiken und Bewegungen. Zu fragen bliebe, ob 'Integration' das richtige Mittel ist und ob nicht eine gewisse Arbeitsteilung mit den *Grünen* ein sinnvollerer Konzept für Klotzbachs 'Mehrheitsfähigkeit' wäre, als zu hoffen, man könne *allein* allen Problemen und Anforderungen gerecht werden.

Jürgen Blume (Berlin/West)

Über die Autorinnen und Autoren

Albers, Detlev, geb. 1943; Hochschullehrer an der Univ. Bremen, FB Arbeitslehre/Politik. Veröffentlichungen u.a.: *Versuch über Bauer und Gramsci* (1983); *Über Irsee hinaus* (Mitautor, 1987); *Sozialismus im Westen* (1987). Mitglied in SPD und GEW, Vertreter der Bremer SPD in der Programmkommission beim Parteivorstand, Mitherausgeber der *spw*

Biehl, Bernd, geb. 1958; Wirtschaftsredakteur, Mitglied in IG Medien, SPD, arbeitet bei den Jusos Frankfurt/M.

Blume, Jürgen, geb. 1960; Buchhändler, 1. Staatsexamen Deutsch/Geschichte. Mitglied in SPD, HBV und der *spw*-Redaktion

Chung, Carl, geb. 1963; Student der Politologie, Mitglied in der SPD

Gröning, Katharina, geb. 1957; Erziehungswissenschaftlerin und Soziologin, Frauenbeauftragte in Maintal (Hessen). Mitglied in SPD, ÖTV und Pro-Familia

Günther, Joachim, geb. 1951; Mitglied des Abgeordnetenhauses in Berlin (West), der SPD

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung u.a.: *Arbeiterbildung und Kulturpolitik* (1983). Mitglied in SPD, GEW und *spw*-Redaktion

Janssen, Tom, 42 Jahre alt; Redakteur bei der *Hamburger Morgenpost*

Kisker, Klaus Peter, geb. 1932; Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre/Politische Ökonomie an der FU Berlin. Veröffentlichungen u.a.: *Wirtschaftswunder Berlin?* (Mithrsg., 1987); *Multinationale Konzerne* (1982). Mitglied in SPD, GEW sowie Mithrsg. der *spw*

Krätke, Michael, geb. 1949; Promotion zur Geschichte des Sozialstaates. Zur Zeit tätig an der Univ. Amsterdam. Veröffentlichung u.a.: *Victor Agartz - Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik* (zus. mit V.Gransow; 1978) Mitglied der SPD

Machnig, Matthias, geb. 1960; Mitglied in SPD, GEW, DFG-VK, SHB

Momper, Walter, Regierender Bürgermeister von Berlin/West, Mitglied in der SPD

Rosendahl, Silvia, geb. 1961; Studentin in den Fächern Geschichte, Völkerkunde und Spanisch; stellvertretende Juso-Landesvorsitzende NRW, AGE: Antifaschismus, Frauenpolitik und Hochschulpolitik, Mitglied in VVN und ÖTV

Schöler, Uli, geb. 1953; Jurist, Doktorand, Mitglied in SPD und ÖTV

Wartenberg, Gert; Berliner Mitglied des Bundestages und der SPD

Westphal, Andreas, geb. 1958; Dipl. Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der FU Berlin, AGE: Geld- und Währungstheorie, westeuropäische Integration. Mitglied der SPD und der *spw*-Redaktion

Wolf, Frieder Otto, geb. 1943; Philosoph und Politologe; Privatdozent an der FU Berlin; Redakteur der Zeitschrift *Das Argument*; Mitglied des Europaparlaments für die *Grünen*



Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis
12. Jahrgang 1989
***spw* 45 bis 50**

***spw*-Verlag Berlin/West**

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

Werbung: Michael Karnatz

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170—4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend Dezember 1989.

Die spw erscheint 1989 in 6 Heften mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Abzahlungen ausschließlich auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 —105 (BLZ 100 100 10)

Editorials / Mitteilungen / Bonner Tagebuch

Editorial	45/ 3
Bonner Tagebuch	45/ 5
Verlagsmitteilung	45/ 4
Editorial	46/ 99
Bonner Tagebuch	46/102
Editorial	47/195
Bonner Tagebuch	47/199
Editorial	48/191
Bonner Tagebuch	48/293
Editorial	49/387
Bonner Tagebuch	49/389
Überlegungen zur »Internationalen Peter-Weiss-Gesellschaft«	49/392
Nachdenken über Reinhold Walz	49/393
Editorial	50/483
In eigener Sache: Umbau <i>spw</i> 1990	50/485
Bonner Tagebuch	50/487

Aufsätze / Analysen / Kommentare

<i>Albers, Detlev</i> : Vor dem Finale der Programmdiskussion	47/201
<i>Altvater, Elmar, und Kurt Hübner</i> : Monetäre und realwirtschaftliche Aspekte der Hege- moniekrise der USA. Dreizehn Stationen eines Teufelskreises	47/236
<i>Axt, Hans-Jürgen</i> : Griechenland und der EG-Binnenmarkt	46/136
<i>Bartelheimer, Peter, und Frieder O. Wolf</i> : EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa«. Thesen zur Funktion des Gemeinsamen Binnenmarktes	46/104
<i>Brandt, Peter</i> : 1918/19: Sozialisierung und Räte. Gab es eine linke Alternative zur Politik der Mehrheitssozialdemokratie?	46/185
<i>ders.</i> : Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland in der Interpretation des Marxismus. Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg« (Erster Teil)	47/228
<i>ders.</i> : Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland in der Interpretation des Marxismus. Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg« (Zweiter Teil)	48/367
<i>Carnoy, Martin</i> : Das Vermächtnis der Reaganomics. Auswirkungen auf die Entwicklung der USA und die internationale Politik in den neunziger Jahren	47/243
<i>Chung, Carl</i> : Sozialistische Polemik über den Sozialismus und seine Perspektiven ...	50/502
<i>Dehm, Diether</i> : Erste Einschätzung des Frankfurter Kommunalwahlergebnisses	46/151
<i>Demele, Ottwald</i> : Sozialer Fortschritt — oder »Sozial-Dumping«? Konsequenzen des EG- Binnenmarktes aus gewerkschaftlicher Sicht	46/111
<i>Ferguson, Thomas</i> : Kapitalmacht und Politik im Übergang von Reagan zu Bush. Über po- litische Geschäfte, Parteien und Bündnisse in den USA	47/254
<i>Ghisu, Sebastiano</i> : Der PCI als Teil der europäischen Linken. Partei und Programmatik seit dem 18. Parteitag	49/460
<i>Gröning, Katharina</i> : Love is in the air ... Zur Kritik der aktuellen Auseinandersetzung in der Frauenbewegung mit einem ewigen Thema	50/525
<i>Günther, Joachim</i> : Wie umgehen mit den Republikanern? Zehn Monate Parlamentserfah- rung in Berlin/West	50/515
<i>Heidenreich, Frank, und Andreas Westphal</i> : DDR: Demokratischer Sozialismus oder Anschluß	50/489

<i>Heine, Michael</i> : Endogene Entwicklungspotentiale. »Sesam öffne dich« für strukturschwache Regionen?	45/ 63
<i>Henk, Ellen</i> : Verunsicherungen nutzen! Zur Diskussion um die »Feminisierung der Lohnarbeit«	46/172
<i>Hindels, Josef</i> : Otto Bauer und die Sozialdemokratie	49/422
<i>Hofschen, Heinz-Gerd</i> : Schöne Geschichte. Die Sozialdemokratie in der Deutschen Revolution 1918/19	45/ 58
<i>Holtfort, Werner</i> : Polizei, Staat und Gesellschaft. Polizeibegriff im Wandel der Zeiten	46/177
<i>Hübner, Kurt</i> : s.u. <i>Altwater, Elmar</i>	
<i>Huffschnid, Jörg</i> : Reformprogramm ohne Kampfperspektive. Kritik des wirtschaftspolitischen Teils des neuen Programms der SPD	48/310
<i>Ingersleben, Sigurd von</i> : Linke Zustände	49/431
<i>Jansen, Mechthild</i> : Deutsche Kommunistische Partei — eingekleidet zwischen Vergangenheit und Zukunft	45/ 51
<i>dies.</i> : Fortgeschritten und ausgeblendet. Feministische Kritik am zweiten Programmentwurf	48/301
<i>Kebir, Sabine</i> : Antonio Gramscis Zivilgesellschaft. Demokratietradition im PCI	49/466
<i>Kisker, Klaus Peter</i> : Europa der Kapitale oder Sozialraum Europa? Was bringt der geplante Binnenmarkt 1992?	45/ 9
<i>Krätker, Michael</i> : Mit Öko-Steuern steuern?	50/535
<i>Kremer, Uwe, und Susi Möbbeck</i> : Ökologisches Strohfeuer oder Strukturreform?	49/395
<i>Lehndorff, Steffen</i> : Erneuerung oder Sekte? Zur gegenwärtigen Auseinandersetzung in der DKP	47/222
<i>Lerch, Wolfgang</i> : Beschäftigungskrise im Saarland. Situation, Ursachen und Handlungsmöglichkeiten	45/ 79
<i>Magdoff, Harry, und Paul M. Sweezy</i> : Lehren aus den Wahlen von 1988. Die Erfolge Jacksons und die Aussichten der Linken	47/272
<i>Maier, Jürgen</i> : Rechtsruck? Zur Lage der Grünen nach dem Karlsruher Parteitag	45/ 46
<i>Mappes-Niediek, Norbert</i> : Wann kommt die nächste Gesundheitsreform?	47/215
<i>dies.</i> : Zur Krise des Sozialistischen Hochschulbundes	48/360
<i>dies.</i> : Neun Thesen zum neuen »Vorwärts«	49/407
<i>Meng, Richard</i> : Befund: gut — Patient: gefährdet. Erfolge und Schwierigkeiten der rot-grünen Kommunalpolitik in Hessen	45/ 29
<i>Möbbeck, Susi</i> : s.u. <i>Kremer, Uwe</i>	
<i>Neumann, Kurt</i> : Glasnost — wider publizistisches Nebelwerfen. Ein Bericht über die Arbeit der SPD-Programmkommission	46/157
<i>Occhetto, Achille</i> : Der neue PCI in Italien und in Europa: Die Zeit der Alternative	49/443
<i>Otto, Karl A.</i> : Repräsentative Demokratie und plebiszitäre Demokratisierung. Zur Forderung nach Volksabstimmungen	48/322
<i>Pelinka, Peter</i> : Umbruch statt Abbruch. Zur Perspektive der SPÖ	49/425
<i>Pfarr, Heide</i> : »Die Arbeit ist weiblich«. Neuer Arbeitsbegriff und gesellschaftliche Gleichheit im Programmentwurf	49/400
<i>Quante-Brandt, Eva</i> : SPD in Bremen	47/213
<i>Rehfeldt, Udo</i> : Konvergenz der Gewerkschaftsstrategien in Westeuropa? Ein italienisch-französisch-deutscher Vergleich	46/118
<i>Roth, Richard</i> : »Rentenreform '92«. Angebotsorientierung statt soziale Sicherheit mit Zustimmung der SPD?	49/414

<i>Sauer, Gustav W.</i> : Solar-Wasserstofftechnologie als Grundlage zukünftiger Entwicklung	47/278
<i>Schlupp, Frieder</i> : »Europa« als Hegemonialprojekt. Bundesdeutsche Welt(markt)machtstrategien und der EG-Binnenmarkt	46/127
<i>Schöler, Uli</i> : Abschaffung der Klassenherrschaft in einer Gesellschaft ohne Klassen? Zu den Grundlagenkapiteln	48/296
<i>Schöler, Uli, und Wolfgang Zellner</i> : »Sind die Grünen noch zu retten?«	45/ 36
<i>Schulze, Peter W.</i> : Regionalisierungstendenzen im internationalen System	47/265
<i>Schuster, Joachim</i> : Für eine friedliche und soziale Weltmacht EG!	48/343
<i>Sweezy, Paul M.</i> : s.u. <i>Magdoff, Harry</i>	
<i>Thomasberger, Claus</i> : Der ungerechtfertigte Preis vermeintlicher Harmonie. Das Dilemma des EWS aus italienischer Sicht	48/333
<i>Väter, Klaus</i> : Vom Umgang mit dem »Vorwärts«	45/ 23
<i>ders.</i> : Wen der »Vorwärts« störte und warum. Aktuelle Nachbetrachtung zur Politik der Liquidierung	47/205
<i>Wand, Kurt</i> : Arbeitsplätze für das Revier. Neue strukturpolitische Initiativen für eine Krisenregion	45/ 73
<i>Wartenberg, Gert</i> : Wie weiter mit der Aussiedlerpolitik? Welche Veränderungen sind rechtlich möglich?	50/561
<i>Wehr, Andreas</i> : Berlin als Vorbote? Anmerkungen zum Berliner Wahlergebnis	45/ 25
<i>ders.</i> : Rot-Grün in Berlin	46/147
<i>ders.</i> : Die Gefahr kommt aus dem Osten. Acht Thesen zur Entwicklung der DDR und zu den Aufgaben von Marxisten in der SPD	49/437
<i>Weinzen, Hans Willi</i> : Deutschland — Fehlanzeige? Über eine Schwäche des Grundsatzprogrammwurfes	48/329
<i>Wendl, Michael</i> : Zwischen Gestaltung und Anpassung. Kritik des wirtschaftspolitischen Teils	48/315
<i>Westphal, Andreas</i> : Notiz zu Schuster	48/347
<i>ders.</i> : s.u. <i>Heidenreich, Frank</i>	
<i>Wolf, Frieder O.</i> : Fortschritt in die Sackgasse! Zur Kritik des »Fortschritt 90«-Konzept	50/531
<i>ders.</i> : s.u. <i>Bartelheimer, Peter</i>	
<i>Zellner, Wolfgang</i> : s.u. <i>Schöler, Uli</i>	

Berichte

<i>Heidenreich, Frank</i> : Der Große Konsens über die Geschichte. »40 Jahre BRD — 40 Jahre Alternativen in der Demokratie«. Forum der SPD am 2. und 3.3.1989 in Bonn	48/357
<i>Kisker, Klaus Peter</i> : Lehrstück Demokratie. Der Gewerkschaftstag der IG Metall vom 22.-28.10.1989 in Berlin (West)	50/557
<i>Kremer, Uwe</i> : Kreisverkehr. Zur Tagung des Frankfurter Kreises vom 24. bis 26.2.1989	46/154
<i>Maier, Jürgen</i> : Die Grünen nach Duisburg — ein Neuanfang?	46/169
<i>Rünker, Reinhold</i> : Über das Subversive der Eigenarbeit und die Reichweite von Wirtschaftsdemokratie. Programmforum der Jusos Westliches Westfalen am 4.3.1989	46/165
<i>ders.</i> : Die Parteilinke neu formieren. Juso-Bundeskongreß in Osnabrück vom 31.3. bis 2.4.1989	47/209

Interview

»...Unternehmensentscheidungen auf sozialökologische Ziele lenken«. Gespräch mit <i>Peter v. Oertzen</i>	45/ 17
--	--------

Reaktionen

Betrifft: »Aufwertung der Betriebsarbeit« in *spw* 44 (Andreas Bach) 45/ 86

Besprechungen

- Albrecht, Richard*: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897-1943 (*Rolf Winkler*) 48/376
- Busch, Gabriele, u.a.*: Den Männern die Hälfte der Familie, den Frauen mehr Chancen im Beruf (*Margret Steffen*) 47/285
- Diner, Dan (Hrsg.)*: Ist der Nationalismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit (*Andreas Ludwig*) 48/350
- Dowe, Dieter, und Kurt Klotzbach (Hrsg.)*: Kämpfe — Krisen — Kompromisse. Kritische Beiträge zum 125jährigen Jubiläum der SPD (*Jürgen Blume*) 50/566
- Erler, Gernot, u.a.*: Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Vergangenheit (*Andreas Ludwig*) 48/350
- Foitzik, Jan*: Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker politischer Kleinorganisationen im Widerstand (*Peter Brandt*) 45/ 89
- Géliou, Claudia v.*: Geschichte der Frauenbewegung erfahren. Stadtrundfahrt in Berlin/West (*Bettina Michalski*) 45/ 88
- Götz, Christian*: Macher und Methoden. Apparate, Funktionäre, Bürger — ein satirisches Lesebuch (*Herbert Grimberg*) 48/380
- Gromyko, Anatolij, und Martin Hellman (Hrsg.)*: Breakthrough: Emerging New Thinking (*Frank Heidenreich*) 47/283
- Hall, Stuart*: Ausgewählte Schriften (*Christina Ujma*) 50/564
- Haug, Wolfgang F.*: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt (*Andreas Ludwig*) 48/350
- Jacoby, Edmund (Hrsg.)*: Lexikon linker Leitfiguren (*Uli Schöler*) 49/470
- Lösche, Peter, u.a. (Hrsg.)*: Vor dem Vergessen bewahren. Lebenswege Weimarer Sozialdemokraten (*Uli Schöler*) 49/470
- Maimann, Helene (Hrsg.)*: Die ersten hundert Jahre. Die österreichische Sozialdemokratie 1888-1988 (*Uli Schöler*) 49/469
- Meyer, Gert (Hrsg.)*: Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion (*Winfried Roth*) 48/381
- Pelinka, Peter, und Manfred Scheuch*: 100 Jahre AZ. Die Geschichte der Arbeiter-Zeitung (*Frank Heidenreich*) 49/478
- Ruck, Michael*: Bollwerk gegen Hitler? Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus (*Rolf Winkler*) 48/383
- Seebacher-Brandt, Brigitte*: Bebel. Känder und Kärner im Kaiserreich (*Detlef Lehnert*) 46/188
- Stark, Rainer*: Berlin nach dem Vier-Mächte-Abkommen. Materialien zur Berlin-Politik (*Hans Willi Weinzen*) 45/ 87
- Steinkühler, Franz, und Siegfried Bleicher (Hrsg.)*: Zwischen Aufstieg und Rationalisierung — Die Angestellten (*Andreas Bach*) 48/378
- Teichler, Hans Joachim, und Gerhard Hauk (Hrsg.)*: Illustrierte Geschichte des Arbeitersports (*Christian Düntsch*) 49/476
- Wehler, Hans-Ulrich*: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? (*Andreas Ludwig*) ... 48/350

Bundesweite
Konferenz
in Köln am

**16./17.
Dez.'89**

Veranstalter:
Projekt Moderner Sozialismus

Es diskutieren u.a.:
Prof. Detlev Albers
Prof. Wolfgang Fritz Haug
Susi Möbbeck
Katja Barloschky
Harald Wolf
Joachim Bischoff
Karin Roth

über: 'Sozialismus - Krise und Zukunft'
Foren zu: 'Reformprojekt 1990-2000'
'Re-Formierung der Linken'

**heute
sozialismus**



Infos über: Kongreßbüro • c/o Kulturverein • Postfach 420366 • 5000 Köln 41

M



Rick Roderick

Habermas und das Problem der Rationalität

*Eine Werkmonographie
Aus dem Amerikanischen von
Michael Haupt
ca. 250 S., br., DM 28,—*

Jürgen Habermas, der im Juni 1989 60 Jahre alt geworden ist, wird auch in der angloamerikanischen Philosophie und Soziologie, der Habermas nach eigenem Bekunden viele Anregungen verdankt, in zunehmendem Maße als Vertreter einer Gesellschaftstheorie wahrgenommen, deren Wurzeln sowohl in der Philosophie des deutschen Idealismus als auch im Marxismus und der Frankfurter Schule zu finden sind. Kaum ein anderer Theoretiker hat so viele verschiedene, ja einander widersprechende Ansätze aufgenommen, um sie zu einer einheitlichen Theorie der Moderne und des ge-

dem er die verschiedenen traditionsstränge im Habermas'schen Werk analysiert, verdeutlicht er zugleich die Brüche und Inkonsistenzen, welche die Entwicklung einer radikal-kritischen Gesellschaftstheorie behindern. Dabei wird auch Habermas' Hinwendung zum »linguistic turn« der kritischen Reflexion ausgesetzt: Inwieweit tragen sprachphilosophische und evolutionstheoretische Rekonstruktionen des Historischen Materialismus tatsächlich zu einer Erneuerung marxistisch fundierter Gesellschaftstheorie bei? Radikale Theorie muß, so Roderick, über Habermas hinausgehen, um anhand neuer Untersuchungen zu Staat, Klasse, Ökonomie und Kulturapparaten eine fundamentale Kritik des entwickelten Kapitalismus leisten zu können.

Zusammen mit der Einleitung, die der Autor für die deutsche Ausgabe geschrieben hat, ist der Band nicht nur ein Dokument kritischer Rezeption im angelsächsischen Bereich, sondern, aufgrund der umfassenden Darlegung des historisch-theoretischen Hintergrundes von Habermas' Werk, auch eine gelungene Einführung in die Probleme und Wandlungen kritischer Gesellschaftstheorie.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13